

ödp

Geplante Obsoleszenz:
Interview mit Prof. Christian Kreiß 24

Gemeinwohl-Ökonomie:
Interview mit Jörn Wiedemann 28

Gebäudemodernisierung:
Zu langsam für eine Energiewende? 34

Das ÖDP-Journal

Nr. 159 August 2013

Ökologie Politik



Sozialpolitik

INHALT

UMSCHAU

Ökolumne: Lagerung des Atommülls	4
Umwelt & Gesellschaft	5
Bücher	8

TITELTHEMA: SOZIALPOLITIK

Kritik am Rentensystem Die Enteignung von Eltern und Jugend von Dr. Johannes Resch	10
Kritik an Norbert Blüm Lauter Klagen, aber keine Ursachenanalyse von Dr. Johannes Resch	15
Streithema Frauenquote „Mit Emanzipation hat das nichts mehr zu tun“ Interview mit Prof. Dr. Günter Buchholz	16
Gesetzlicher Mindestlohn Menschenwürdiges Arbeiten beginnt bei 11 Euro pro Stunde! von Dr. Klaus Klumpers	20
Kritik an Mietrechtsreform Wohnen ist ein Menschenrecht von Karl Heinz Jobst	22

WIRTSCHAFTSPOLITIK

Geplante Obsoleszenz „Eine unverantwortliche Verschwendung!“ Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß	24
Fragen zur Gemeinwohl-Ökonomie „Ziel ist, die Lebensqualität zu steigern!“ Interview mit Jörn Wiedemann	28
Wasserprivatisierung Wasser als Ware? von Hermann Striedl	30

BAUPOLITIK

Energetische Gebäudemodernisierung Die schwierigen 35 Prozent von Günther Hartmann	34
--	----

SOZIALE BEWEGUNGEN

Bewegungsstiftung Damit sich was bewegt! von Wiebke Johanning	38
---	----

ÖDP INTERN

An alle Mitglieder von Sebastian Frankenberger	40
Neues aus dem Bundesverband von Dr. Claudius Moseler	41
ÖDP-Wahlkampf	42
Neues aus der ÖDP von Florence von Bodisco	54
Verbände	56
Presseticker	62
Kommentare	64
Leserbriefe	66
Pressespiegel	70
Mitglieder berichten von Hanns-Dieter Schlierf	74
Impressum	27

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Anfang Juli entdeckte Angela Merkel plötzlich die Jugendarbeitslosigkeit als großes europäisches Thema und verspricht Milliarden Euro zu deren Bekämpfung. Reichlich spät, aber es ist Wahlkampf. Ein bisschen Menschlichkeit kann da nie schaden. Die Bilanz ihrer achtjährigen Regierungszeit sieht aber anders aus: Sie setzte den von der rot-grünen Regierung Gerhard Schröders begonnenen Abbau des einstigen deutschen Erfolgsmodells „Soziale Marktwirtschaft“ nahtlos fort. Wir haben heute sinkende Reallöhne, einen „flexiblen Arbeitsmarkt“, keinen gesetzlichen Mindestlohn, dafür Armut trotz Arbeit und Wirtschaftswachstum.

Legitimiert hat Merkel die Einschnitte mit der Begründung „Wettbewerbsfähigkeit“. Und sie empfiehlt unseren europäischen Nachbarn die gleiche Strategie – als wäre Wettbewerbsfähigkeit etwas Absolutes und nicht etwas Relatives. Was würde das für unsere Wirtschaft bedeuten, wenn unsere Nachbarn plötzlich wettbewerbsfähiger würden? Richtig: Es würde bedeuten, dass wir die Reste unserer Sozialen Marktwirtschaft noch weiter abbauen müssten. Ein Teufelskreis aus Lohndumping – und Umweltdumping.

Die frühere Prämisse „Wohlstand für alle“ ist schon längst der Prämisse „Wohlstand für wenige auf Kosten vieler“ gewichen. Und während die Regierung Wasser predigte, erhöhte sich das Parlament seit Bestehen der Euro-Krise mehrfach und in Nacht-und-Nebel-Aktionen die Diäten. Das zeigt, dass auch von der Opposition keine andere Politik zu erwarten ist. Merkels Gegenspieler und Agenda-2010-Freund Peer Steinbrück steht nicht in Verdacht, die Soziale Marktwirtschaft zu reanimieren. „Das Sozialstaatsmodell hat ausgedient“, ist eine weit verbreitete Meinung bei den Spitzen von Wirtschaft und Politik – und wird auch immer öfter offen ausgesprochen.

Veränderungen traten in der Menschheitsgeschichte immer dann ein, wenn ein Leidensdruck zu groß wurde oder wenn etwas Neues auftauchte, das alle begeisterte – idealerweise beides gleichzeitig. Heute ist es wieder so weit: Wir haben scheinbar nur noch die Wahl zwischen einem sozialen Kollaps ohne und einem ökologischen Kollaps mit Wachstum. Was fehlt, ist die neue Perspektive, nach der sich immer mehr Menschen sehnen. Das ist die große Chance für unverbrauchte Parteien. Das ist die große Chance für die ÖDP.

Herzlichen Dank und schönen Gruß

Ihr

und Ihre

Günther Hartmann

Florence von Bodisco



Günther Hartmann
Verantwortlicher
Redakteur



Florence von Bodisco
Stellv. Verantwortliche
Redakteurin



Ökolumne von Ulrich Brehme

Lagerung des Atommülls

Nach den Vorstellungen von Bundesumweltminister Altmaier soll es einen Neuanfang in der Endlagersuche geben. Er hofft, dass bis zum Jahr 2031 ein neues Atommüllendlager in Betrieb gehen könnte. Deshalb sollen die Ministerpräsidenten aller Bundesländer am 5. Juli 2013 dem Endlagersuchgesetz zustimmen.

Die Endlagerung von Atommüll muss aber über Millionen Jahre rückholbar erfolgen. Für zukünftige Generationen muss immer die Option bestehen, den radioaktiven Müll an neue, dann sichere Orte zu verbringen. Es gibt daher keine Alternative zur Endlagerung in oberflächennahen Atommülllagern.

Das Betreiben von Atommülllagern in der Nähe von Meeren, Flüssen, Flughäfen oder erdbebengefährdeten Gebieten ist nicht

verantwortbar. Salzbergwerke sind grundsätzlich ungeeignet, da immer die Gefahr von Wassereintrüchen (wie in den Atommüllendlagern Asse und Morsleben) besteht. Eine sichere „Entsorgung in Endlagern“ kann es niemals geben. Diese Vorstellungen entspringen der Lo-

gik von AKW-Betreibern, die eine Lagerung zu möglichst geringen Kosten anstreben. Außerdem muss der hoch radioaktive Atommüll in regelmäßigen Abständen umgefüllt werden, wenn nicht mehr von der Dichtigkeit der Behälter ausgegangen werden kann.

Der „Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte“ des Bundesumweltministers stellte im Jahre 2002 sogar wasserführende

Deckschichten über einem Endlager als günstige Eigenschaft dar, weil dies „oft zu einer Verdünnung der aus dem Endlager freigesetzten Radioaktivität führt“. Genau dazu sollte es aber niemals kommen.

Gegenwärtig stehen in Deutschland 80 GW an gesicherter elektrischer Leistung zur Verfügung. Bisher wurden erst 8,5 GW (von 20 GW) AKW-Leistung abgeschaltet. Noch immer erzeugen neun AKW in Deutschland weiterhin hochradioaktiven Atommüll bis 2022.

Im 1. Quartal 2013 wurden durchschnittlich 7,4 GW mehr Strom exportiert als importiert.

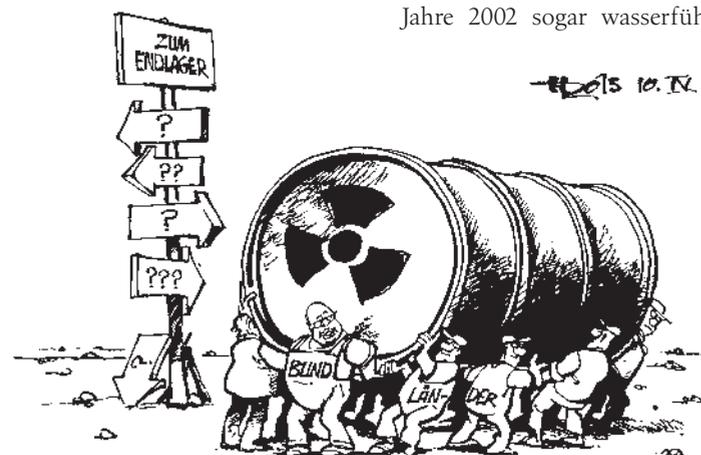
Im 1. Quartal 2013 wurden durchschnittlich 7,4 GW mehr Strom exportiert als importiert.

Im Schnitt liefen also während der ganzen Zeit sechs AKW nur für den Exportüberschuss.

Während dieser Monate sind in Deutschland vermehrt die Stein- und Braunkohlekraftwerke gelaufen. Die Gaskraftwerke hingegen waren weit unterdurchschnittlich in Betrieb. Vermutlich liegt das an den Regeln für den CO₂-Zertifikatehandel: Der CO₂-Preis ist im Keller. Dadurch ist es lukrativ, die besonders klimaschädlichen Kohlekraftwerke laufen und die weniger klimaschädlichen Gaskraftwerke stehen zu lassen.

Die Energiewirtschaft geht davon aus, dass bis zum Jahr 2019 50 neue Kraftwerke mit insgesamt 30 GW neu errichtet werden. Besonders sinnvoll wären Gaskraftwerke mit Abwärmenutzung (Kraft-Wärme-Kopplung).

Bei den privaten Haushalten bestehen große Effizienzpotenziale von bis zu 60%.



Karikatur: Horst Haitzinger

Umwelt & Gesellschaft von Ulrich Brehme

Erneuerbaren Energien oft am falschen Ort

Siemens hat die elektrischen Energiesysteme in Europa analysiert und dabei erhebliche Optimierungsmöglichkeiten identifiziert, insbesondere beim vorgesehenen Ausbau der Erneuerbaren Energien. Entscheidend ist die Standortwahl: Würde der Ausbau an den ertragreichsten Standorten Europas erfolgen, ließen sich bis 2030 rund 45 Mrd. Euro an Investitionen bei den Erneuerbaren Energien einsparen. Der dadurch bedingte zusätzliche Netzausbau ist in dieser Rechnung bereits berücksichtigt. In Deutschland wurden 2012 insgesamt rund 10 Mrd. Euro in neue Anlagen zur Stromerzeugung mittels Wind- und Solarkraft investiert.

» www.energy.siemens.com → Presse → Presseinformationen → 15.05.2013



USA korrigieren CO₂-Folgekosten nach oben

Das US-amerikanische Energieministerium hat die gesellschaftlichen Folgekosten für den Ausstoß von CO₂ nach oben korrigiert. Bisher wurden sie mit 22 Dollar pro ausgestoßener Tonne CO₂ veranschlagt, nun sind es 36 Dollar (= 27 Euro) – eine Steigerung um 63%.

Bei der Quantifizierung handelt es sich aber nur um grobe Schätzwerte. Unzählige Studien kommen zu ganz anderen Ergebnissen und auf bis zu 200 Euro pro Tonne. Allein in den USA wurden im Jahr 2011 rund 6,7 Mrd. Tonnen CO₂ ausgestoßen. „Das Problem ist, die verursachten Kosten werden nicht den für den Ausstoß Verantwortlichen auferlegt, sondern es ist die Gesellschaft als Ganzes, die dafür aufkommt“, kritisiert Greenpeace.

» www.sonnenseite.com → 11.06.2013

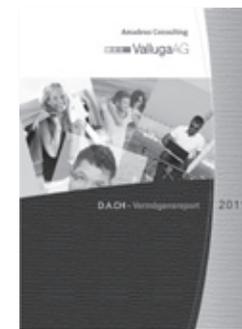
Arm-Reich-Schere spreizt sich immer weiter

Laut einer Untersuchung der Hans-Böckler-Stiftung wuchs allein in den Krisenjahren von 2008 bis 2010 die durchschnittliche Vergütung von Unternehmensvorständen um 21%, in den letzten zehn Jahren real – d.h. inflationsbereinigt – sogar um 94%. Die Reallöhne der Arbeitnehmer sanken derweil um 3%. 2010 lag für 11,5 Mio. Bundesbürger das verfügbare Einkommen unter der von der EU definierten Armutsrisikoschwelle. Nach Angaben der Allianz-Versicherung belief sich das reine Geldvermögen der Deutschen Ende 2010 auf 4,88 Bio. Euro, was einem Durchschnitt von 59.900 Euro entspricht, fast 3.000 Euro mehr als ein Jahr zuvor – statistisch gesehen. In der Realität ist der Vermögenszuwachs sehr ungleich verteilt. Die Vermögenszuwächse kamen fast ausschließlich der Oberschicht zugute. Laut D.A.CH-Vermögensreport gab es 2010 in Deutschland 829.900 Vermögensmillionäre – 6,5% mehr als im Vorjahr. Laut einer Studie der DIW besitzen die reichsten 0,1% der deutschen Haushalte 22,5% des deutschen Gesamtvermögens, die reichsten 1% besitzen 35,8%, die reichsten 10% besitzen zwei Drittel, die ärmsten 50% besitzen 1,4%.

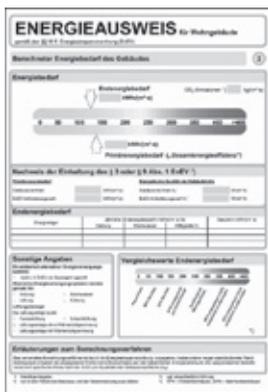
» www.monde-diplomatique.de → Archiv – Texte → Suche: Fataler Reichtum
 » www.valluga.li → D.A.CH-Report
 » www.diw.de → Suche: Vermögensverteilung

EnEV: Bayern blockiert besseren Klimaschutz

Die Gebäude sind Deutschlands größte Energieverbraucher: 40% unseres Gesamtenergieverbrauchs dient dem Heizen und der Warmwasserbereitung. Den Wärmebedarf zu senken, ist Ziel der Energieeinsparverordnung.



nung (EnEV). Schrittweise sollen Verschärfungen den Energiebedarf immer weiter senken. Der nächste Schritt stand Ende Juni an, doch kurz vor der Bundsratsitzung, in der die vom Bundestag schon beschlossene Novellierung der EnEV abgesegnet werden sollte, überraschte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann mit einem Vorstoß gegen schärfere Neubau-standards. In einer Pressemitteilung des Bayerischen Innenministeriums heißt es: „Völlig überzogene energetische Anforderungen treiben die Wohnungsbaukosten und Mieten in die Höhe. Bei aller Notwendigkeit von Energiesparmaßnahmen dürfen wir die Wirtschaftlichkeit nicht aus den Augen verlieren. Die Planungen des Bundes, die primärenergetischen Anforderungen um 25 % zu erhöhen, sind grober Unfug. Ein Gutachten zeigt, dass die Amortisationszeiträume für diese höheren Aufwendungen zwischen mindestens 32 und über 150 Jahren liegen werden. Das machen wir nicht mit!“ Zahlreiche Studien kommen allerdings zu völlig anderen Ergebnissen. Zudem hängt die Wirtschaftlichkeit stark von der Entwicklung der Energiepreise ab. Trotzdem kämpft Bayern dafür, den Heizenergiebedarf statt 2013 erst 2016 zu senken und dies „auf das Maß zu beschränken, für das die wirtschaftliche Vertretbarkeit



Autoverkehr: Merkel blockiert CO₂-Reduzierung

Nachdem die deutsche Autoindustrie offensichtlich starken Druck auf Kanzlerin Angela Merkel ausgeübt hat, setzte die sich persönlich dafür ein, dass der EU-Plan, den CO₂-Ausstoß bei Autos auf 95 g CO₂/km zu reduzieren, nicht in Kraft tritt. Alle 27 EU-Mitgliedsstaaten hatten sich vorher in einem langen Verhandlungsprozess auf dieses Ziel geeinigt und wollten es im Juni 2013 endgültig beschließen, doch Deutschland sperrte sich plötzlich dagegen. Laut Süddeutscher Zeitung sagte ein EU-Diplomat, Merkel habe auch persönlich zum Hörer gegriffen und unter anderem Irlands Premierminister Enda Kenny angerufen. Irland hat derzeit die EU-Ratspräsidentschaft inne und vertagte das Thema. Die ehrgeizigen Klimaschutzziele hätten die Hersteller großer Limousinen – Daimler, BMW, Audi – in Bedrängnis gebracht. Offiziell hieß es von deutscher



Foto: Gabi Eder/pixello.de

Seite, die Auflagen seien noch nicht „entscheidungsreif“. Vom Verband der Automobilindustrie (VDA) hieß es: „Bei einer so wichtigen industriepolitischen Entscheidung muss Sorgfalt vor Schnelligkeit gehen. Deswegen ist es richtig, dass die irische Ratspräsidentschaft den EU-Mitgliedsländern ausreichend Zeit zur Prüfung des Kompromissvorschlages einräumt.“ In einem Brief an Kanzlerin Merkel vor ein paar Wochen hatte VDA-Präsident Matthias Wissmann betont, es könne nicht sein, dass „wir unser leistungsfähiges und starkes Premiumsegment, das fast 60 % der Arbeitsplätze unserer Automobilhersteller in Deutschland ausmacht, über willkürlich gesetzte Grenzwerte buchstäblich kaputt regulieren lassen“. Greenpeace warf Merkel vor, „demokratische Prozesse zu kidnappen und andere Regierungen einzuschüchtern, um einige wenige Luxusautohersteller zu hätscheln“.

» www.greenpeace.de → Verkehr → Nachrichten → 28.06.2013

Lobbyreport: Schlechtes Zeugnis für Bundesregierung

Eine negative Bilanz der schwarz-gelben Politik zieht die Organisation „LobbyControl“ in ihrem „Lobbyreport 2013“. Trotz problematischer Fälle wie die Mövenpick-Spende oder der Seitenwechsel des Staatsministers Eckart von Kläden zu Daimler lehnte die Regierungskoalition Reformen für mehr Transparenz und zur Begrenzung von Lobbyeinflüssen ab. In fünf untersuchten Handlungsfeldern – Transparenz, Seitenwechsel von Spitzenpolitikern, Parteienfinanzierung, Nebeneinkünfte und Abgeordnetenkorruption – gab es lediglich bei den Nebeneinkünften eine Verbesserung. In der Debatte um die Nebeneinkünfte des SPD-Kanzlerkandidaten Steinbrück kam auch Schwarz-Gelb unter Druck, weil sie jahrelang Regeln für mehr Transparenz verschleppt hatte. Das Partesponsoring ist weiterhin völlig intransparent. Deutschland steht dafür auch international in der Kritik: Seit der Wahl 2009 ist Deutschland auf dem Weg zur Umsetzung der UN-Konvention gegen Korruption keinen Millimeter vorangekommen. Die Forderungen des Europarats nach mehr Transparenz und Kontrolle bei den Parteifinanzien ignorieren Union und FDP. Im Ausland fordert Merkel gerne gute Regierungs-



führung ein, in Deutschland blockieren ihre Regierung und ihre Partei die nötigen Reformen.

» www.lobbycontrol.de/wp-content/uploads/Lobbyreport2013.pdf

Windkraft auf Holztürmen hat bessere CO₂-Bilanz

Zwar hat die Windkraft schon eine hervorragende Effizienz, d.h. mit relativ geringen finanziellen Investitionen lässt sich relativ viel Energie gewinnen, doch das Herstellen der stählernen Türme bedeutet zunächst einmal selbst hohe CO₂-Emissionen. Seit Kurzem gibt es eine deutlich ökologischere Alternative: Windkraftanlagen mit einem Turm in Holzbauweise. Das niedersächsische Start-up-Unternehmen „TimberTower“ hat das Bausystem entwickelt und dafür schon einige renommierte Preise erhalten, darunter 2009 den europäischen Schweighofer Prize für Holzinnovation und 2013 den Deutschen Holzbaupreis. Nach jahrelanger Forschungs- und Entwicklungsarbeit war es Ende 2012 soweit: Im Hannoveraner Stadtteil Marienwerder konnte das Unternehmen den ersten 100 m hohen Holzturm für eine 1,5-Megawatt-Anlage errichten. Sie wird Strom für 1.000 Haushalte liefern. Die Vorteile von Holz sind vielfältig: Der Baustoff braucht von der Ernte bis zu seiner Montage kaum Energie, hat aber große Mengen CO₂ gespeichert. Zudem kommt er in Deutschland überall vor, sodass sich die Konstruktion von lokalen Holzbauunternehmen dezentral herstellen lässt.

» www.timbertower.de



gutachterlich belegt ist. Dies bedeutet für Wohnungsneubauten den Verzicht auf die zweite Stufe der vom Bund geplanten Anhebungen“. Die meisten Bauherren sind allerdings in puncto Umweltbewusstsein schon viel weiter als Herrmann. Eine aktuelle Studie des Bundesbauministeriums zeigt, dass in Deutschland bereits 50 % aller Neubauten die EnEV-Standards um 30 % und mehr unterschreiten, 10 % aller Neubauten sogar um 45 % und mehr. Der Bundesrat vertagte seine Entscheidung auf die Zeit nach der Sommerpause.

» www.stmi.bayern.de
→ Suche: Energieeinsparverordnung

» www.bbsr.bund.de
→ Suche: EU-Gebäudeenergieeffizienzrichtlinie



Fotos: Timbertower

Bücher

Politikmarketing

Joachim Zelter
Der Ministerpräsident
 Roman
 Klöpfer & Meyer, 2010
 190 Seiten, 18,90 Euro
 978-3-940086-83-9



Ein Mann wacht im Krankenhaus auf und kann sich an nichts mehr erinnern. Nach und nach erfährt er, dass er einen schlimmen Autounfall hatte, dass er zehn Tage im Koma lag, dass er Claus Urspring heißt, dass er der baden-württembergische Ministerpräsident ist – und dass er das auch bleiben soll. In wenigen Monaten sind Landtagswahlen und die heiße Phase des Wahlkampfes geht gerade los. Für das Wahlkampfteam ist der Zustand Ursprings kein Hindernis, frei nach dem Motto: Marionetten sind heutige Politiker ja sowieso alle. Der Wahlkampf nimmt Fahrt auf und Urspring muss auftreten, ohne zu wissen, um was es jeweils geht. So entstehen ständig aberwitzige Situationen, die das Wahlkampfteam irgendwie retten muss, damit der zwischen völliger Ahnungslosigkeit und kindlichem Erstaunen, zwischen Fremdsteuerung und eigensinniger Selbstbehauptung torkelnde Urspring doch noch die Herzen der Wähler erobert. Selten wurde in einem Buch die inhaltsleere Inszenierung des Politikbetriebs in unserer Mediendemokratie so scharfsinnig dargestellt. Wer das Buch gelesen hat, betrachtet die kommenden Wahlkämpfe mit anderen Augen. (gh)

Sozialpolitik

Joachim Zelter
Schule der Arbeitslosen
 Roman
 Klöpfer & Meyer, 2006
 208 Seiten, 19,90 Euro
 978-3-937667-71-3



Deutschland in naher Zukunft: Die Bundesagentur für Arbeit schickt Langzeitarbeitslose für drei Monate in kaserneartige „Schulen“ eines privaten Anbieters, der sie

dort mit einer dreimonatigen Gehirnwäsche für den Arbeitsmarkt fit machen soll. Mit dem Dogma „Arbeitslosigkeit ist das Ergebnis eines falsch gelebten Lebens!“ werden die radikalen Umerziehungsmaßnahmen begründet. Die „Schüler“ müssen sich völlig neu erfinden und mit fiktiven Lebensläufen ein besseres Ich kreieren. Aus ihnen sollen dynamische Bewerbungsprofis werden, rücksichtslose Kämpfer um offene Stellen, die selbst in Todesanzeigen jung Verstorbener eine Jobchance erkennen und gnadenlos danach jagen. Dazu werden sie oft auch mitten in der Nacht, die sie in großen Schlafsälen verbringen müssen, geweckt und in Einzelgesprächen mit Trainern und Psychologen aggressiv gedreht. Im Unterschied zu militärischen Ausbildungsstätten sind hier jedoch Männer und Frauen gemischt – und Flirts nicht nur geduldet, sondern ausdrücklich erwünscht. Paare erhalten Schlüssel für Doppelzimmer – aber nur einmal: Promiskuität ist das Ziel, denn emotionale Bindungen sind schlecht für die Flexibilität, die der Arbeitsmarkt fordert. Die Logik des Neoliberalismus hat der Schriftsteller Joachim Zelter konsequent zu Ende gedacht und daraus eine bitterböse Gesellschaftsatire entwickelt – hochaktuell, klug, spannend und brillant geschrieben. (gh)

Mobilfunk

Werner Thiede
Mythos Mobilfunk
 Kritik der strahlenden Vernunft
 Oekom, Oktober 2012
 299 Seiten, 19,95 Euro
 978-3-86581-404-3



Die Anlehnung des Titels an Immanuel Kants philosophisches Standardwerk mutet im ersten Moment abwegig an, doch schon nach wenigen Zeilen wird zweierlei klar: Der Autor nähert sich dem Thema von der geisteswissenschaftlichen Seite. Und: Dieses Buch hat bisher gefehlt! Umfassende technische Kenntnisse und das Verstehen des Komplexen bilden die Grundlage für Fragestellungen und Schlüsse. Als Professor für Systematische Theologie und Pfarrer verlässt Werner Thiede jedoch regelmäßig die Niederungen des Fachbuchs und erweitert durch seine ethischen Betrachtungen den Horizont des Lesers auf einer Metaebene. Im ersten Teil erklärt Thiede eindrucksvoll, wie es zum unnachahmlichen Erfolg des Mobilfunks kommen konnte und welche gesellschaftlichen Revo-

lutionen dadurch die Menschen unvorbereitet getroffen haben. Geld und Macht auf der einen, der Betreiber- und Staatsseite, werden dabei ebenso behandelt, wie Eitelkeit, Spiel- und Geltungsbedürfnis auf der anderen, der Nutzerseite. Der Mythos des Mobilfunks kommt dem Tanz um das Goldene Kalb gleich, mit dem bekannten Ausgang der noch bevorstehenden Bestrafung. Mobilfunk bringt Menschen dazu, die Sinnhaftigkeit zu unterdrücken und sich dem Machbaren anzuliefern. Und immer spielen Wirtschaftsinteressen, Politik und eine drittfinanzierte Forschung durchsichtige Rollen. Im zweiten Teil des Buches wird der Mobilfunk gesellschaftspolitisch entzaubert. Die Zerrissenheit zwischen der Vernunft über negative Folgen und dem zwanghaften Folgen eines Trends wird überdeutlich. Sie führt zu einem in der Geschichte noch nie erlebten gesellschaftlichen Verdrängungsmechanismus, der bis zur Rücksichtslosigkeit gegen die gesamte Schöpfung ausartet. Es verwundert nicht, dass der Ethiker Thiede am Ende weitreichende Schlüsse zieht, die die gesamte Gesellschaft betreffen. Er stellt Forderungen an die technologische Forschung, die Juristerei und nicht zuletzt auch an die Kirchen, sich aktiv einzumischen, um die gesellschaftliche Werte wieder geradzurück zu geben, die von der rasanten Mobilfunkentwicklung überrollt wurden. Ein lesenswertes Buch, das Mobilfunkkritikern Rückhalt und Bestärkung in ihrem Denken und Fühlen und Mobilfunkfreunden viel Stoff zum Nachdenken, Überdenken und Umdenken gibt. (khj)

Justizskandal

Uwe Ritzer,
 Olaf Przybilla
Die Affäre Mollath
 Der Mann, der zu viel wusste
 Droemer, Juni 2013
 240 Seiten, 19,99 Euro
 978-3-426-27622-8



Lange Zeit kannten Olaf Przybilla und Uwe Ritzer, Journalisten der „Süddeutschen Zeitung“, nur Gerüchte über den Fall Mollath. Dann stießen sie bei ihren Recherchen auf ein internes Dokument der Hypovereinsbank und begannen, einen der größten Justizskandale der Bundesrepublik aufzudecken: Gustl Mollath beschuldigte völlig zu Recht Banken, im großen Stil illegale Geldgeschäfte

abzuwickeln. Statt ihm Gehör zu schenken, wird er in die Psychiatrie eingewiesen. Dort sitzt er immer noch. Mollath wird von Psychiatern, die ihn nie untersucht haben, für verrückt erklärt und weggesperrt. Das interne Dokument der Hypovereinsbank beweist jedoch, dass Mollaths Anschuldigungen zutrafen. Wer sich mit dem Fall befasst, verliert den Glauben an ein zufälliges Versagen von Justiz und Psychiatrie. (gh)

Brillant zusammengefasst hat den Fall Mollath der Kabarettist Erwin Pelzig in seiner Sendung „Neues aus der Anstalt“ vom 25.06.2013 – zu finden auf:

» www.youtube.de → Suche: Pelzig Mollath

Finanzkrise

Thomas Fricke
Wie viel Bank braucht der Mensch?
 Raus aus der verrückten Finanzwelt
 Westend, März 2013
 256 Seiten, 19,99 Euro
 978-3-86489-036-9



Der Autor war bei der inzwischen eingestellten Tageszeitung „Financial Times Deutschland“ Chefökonom. Sein Buch befasst sich zum einen mit dem Scheitern des neoliberalen Dogmas von der Effizienz der Finanzmärkte, was er gründlich belegt und analysiert; zum anderen entwickelt er ein realistisches und einfach umsetzbares Konzept zur Regulierung des Finanzsystems. Die Märkte sind laut Fricke weder effizient noch selbstregulierend, sondern vom Herdentrieb und von prozyklischem Verhalten geprägt. Er stellt nicht das menschliche Versagen oder die Gier einiger Finanzhasardeure an den Pranger, sondern die gesamte Entwicklung der letzten 30 Jahre. Er widerspricht der Aussage, die Entfesselung der Finanzmärkte hätte seit den 1980er-Jahren für großen Wohlstand gesorgt: Ohne die immer grotesker hochgeschraubten Renditen auf Finanzanlagen wäre mehr Geld in vernünftige Investitionen geflossen. Eine Begrenzung der Boni für Bankmanager ist Fricke zu populistisch und nur ein Kurieren an Symptomen. Er plädiert stattdessen dafür, die Grundlogik des Bankensystems zu brechen und solch gigantische Summen gar nicht erst entstehen zu lassen. Weniger Bank ist mehr! Ein Großteil der Gelder muss für wichtige gesellschaftliche Aufgaben wie z.B. den Klimaschutz zur Verfügung stehen! (gh)

Kritik am Rentensystem

Die Enteignung von Eltern und Jugend

Angeblich bedroht der „demografische Wandel“ unser Rentensystem, doch er ist vor allem die Folge eines Konstruktionsfehlers im Rentensystem selbst. Das einseitige Umlageverfahren benachteiligt Eltern gegenüber Kinderlosen. Das machte „Familie“ zum Verlustgeschäft und das Kinderkriegen unattraktiv. Sämtliche Bundestagsparteien schweigen dieses Problem tot.

von Dr. Johannes Resch

Als im 19. Jahrhundert die Grundlagen für die Volkswirtschaftslehre entstanden, blieb die Erziehungsleistung der Eltern unbeachtet, weil sie nicht handelbar war. Sie wurde innerhalb der Familie von den Eltern erbracht und zahlte sich auch wieder innerhalb der Familie in Form einer sozialen Sicherung der Eltern für Alter und Krankheit aus. Die Erziehungsleistung interessierte die Ökonomen genauso wenig wie der Gemüseanbau im eigenen Garten, weil es sich um reinen „Eigenbedarf“ handelte und kein Austausch mit der Außenwelt stattfand.

Die Nichtbeachtung der Erziehungsleistung von Eltern zeigt sich heute noch darin, dass sie nicht zum Bruttosozialprodukt (BSP) zählt, während dies bei Erziehungsleistungen von Betreuungseinrichtungen der Fall ist. Die Kinderbetreuung gilt dann als handelbare Dienstleistung, unabhängig davon, ob sie von den Eltern, vom Staat oder von einer Wohlfahrtsorganisation finanziert wird. Hier wird auch deutlich, wie problematisch internationale Vergleiche sind: Die skandinavischen Staaten gelten als „reich“, weil sie ein höheres BSP als Deutschland haben. Aber dort

erfolgt ein größerer Anteil der Kinderbetreuung außerhalb der Familie, zählt also zum BSP, während in Deutschland noch mehr Kinder von ihren Eltern betreut werden, was dann nicht zum BSP zählt.

Adenauers Rentenreform „bestraft“ das Kinderkriegen

Die erste Rentengesetzgebung führte im 19. Jahrhundert Otto von Bismarck ein, doch die bedeutete noch keine nennenswerte Veränderung für die soziale Situation, denn die Renten waren gering und wurden zudem erst ab dem 70. Lebensjahr gewährt, sodass sie bei der damals viel kürzeren Lebenserwartung nur einer kleinen Minderheit zugute kamen. Die hohen Staatszuschüsse bedeuteten außerdem eine Transferleistung der Steuern zahlenden Bürgerschicht an die Arbeiterschicht.

Mit der Rentenreform 1957 unter der damaligen Regierung von Konrad Adenauer veränderte sich die Situation der Eltern jedoch grundlegend. Der Rentenanspruch wurde einfach an den Erwerbsohn der Arbeitnehmer gebunden, während die Renten selbst im Umlageverfahren ausschließlich von den nachfolgenden Generationen finanziert werden. Letztlich bedeutet das aber,

dass die gesamte Altersversorgung ausschließlich von Eltern und ihren Kindern erarbeitet wird. Und nicht nur das: Die Eltern selbst erwerben meist geringere Ansprüche gegenüber den Kindern als Kinderlose, weil die Aufgabe der Kindererziehung die Zeit für Erwerbstätigkeit und eine berufliche Karriere erheblich beeinträchtigt.

Die Erziehung von Kindern wurde durch die Rentenreform für die Eltern von einer lohnenden Investition zu einer Frondienstleistung für die Gesellschaft. Kinder wirkten zwar weiterhin wie ein Sparbuch, auf das Eltern einzahlen; doch fortan konnten andere bevorzugt davon abheben.

Der geistige Vater des Umlageverfahrens, Wilfrid Schreiber, sah sehr wohl, dass es sich ethisch nur dann rechtfertigen lässt und auch nur dann funktionieren kann, wenn Eltern für ihre Leistung eine Gegenleistung erhalten. Er schlug daher eine dynamische „Kindheits- und Jugendrente“ als Gegenstück zur dynamischen Altersrente vor. Bei der politischen Umsetzung durch die CDU-geführte Regierung wurde

allerdings die Gegenleistung für Eltern unterlassen. Als Wähler waren Adenauer die Rentner wichtiger als die nicht wahlberechtigten Kinder.

Geburtenrückgang, Arbeitslosigkeit, Fachkräftemangel

Bis heute ist weder der Öffentlichkeit noch der Mehrheit der Ökonomen wirklich bewusst, was damals geschah. Das seit alters her sich auch wirtschaftlich lohnende „Unternehmen Familie“ war zu einer Institution abgewertet worden, die zwangsläufig zur relativen Verarmung führt. Darauf wurde im 3. und im 5. Familienbericht (1979 und 1994) noch nachdrücklich hingewiesen, doch dann erfolgte mit dem 7. und 8. Familienbericht (2006 und 2012) eine scharfe Wendung: Sie thematisierten die wirt-

„Der Unterhalt der alten Generation ist zu fast 100 % kollektiviert, derjenige der nachwachsenden Generation dagegen nur zu etwa 25 %. Dieses Ungleichgewicht schlägt sich auch in der demografischen Entwicklung nieder, und diese verschärft ihrerseits die Finanzierungsprobleme des Sozialsektors.“

Franz-Xaver Kaufmann, Stellvertretender Vorsitzender der Sachverständigenkommission für den 5. Familienbericht

schaftliche Lage der Familien nicht mehr. Vermutlich wurden hier die Gutachter von vornherein so ausgewählt, dass Kritik an der Familienpolitik nicht mehr zu erwarten war.

Mit der massiven wirtschaftlichen Abwertung waren auch die Voraussetzungen für die ideelle Abwertung der Familie geschaffen. Ideologen,

die die Familie schon vorher für überholt hielten, sahen sich bestätigt. Feministinnen konnten jetzt zutreffend darauf hinweisen, dass die Erziehungsleistung der Mütter zur Verarmung führt. Die Abnahme des Kinderwunsches war eine logische Folge. Es ist eine traurige Ironie der deutschen Sozialgeschichte, dass die Zerstörung der wirtschaftlichen und damit auch der ideellen Grundlagen der Familie ausgerechnet von der damals noch konservativen CDU ausging. Marxistische, feministische und neoliberale Ideologien haben seither nur zustimmende Hilfestellung geleistet.

Der rund zehn Jahre nach der Rentenreform einsetzende Geburtenrückgang wird gerne mit der „Pille“ erklärt. Die Meinungsumfragen aber zeigen, dass auch der Kinderwunsch massiv abgenommen hat. Die „Pille“ erleichtert aber nur die Verwirklichung der Kinderlosigkeit, kann jedoch nicht für die Abnahme des Kinderwunsches verantwortlich sein. Eine naheliegende Erklärung ist der durch den Gesetzgeber erzwungene Wandel der Familie vom Hort sozialer Sicherheit zum Armutsrisiko.

Die Ökonomen beachteten den Wandel der Erziehungsleistung von einer lohnenden Investition zum



Foto: Rilke / pixelio.de

Verlustgeschäft kaum. Tatsächlich handelt es sich um eine Enteignung: Der in der Familie erarbeitete Wert „soziale Sicherheit“ wird vom Staat außerhalb der Familie verwertet. Das hat Auswirkungen auf die Volkswirtschaft, die aber nur selten richtig erkannt werden. Dabei ist es naheliegend, dass die seit Beginn des Geburtenrückgangs über Jahrzehnte hohe Arbeitslosigkeit damit zusammenhängt: Wenn Erwerbsarbeit immer attraktiver (höhere Löhne, höhere Renten) und Erziehungsarbeit immer unattraktiver (kein Lohn, kaum Rente) wird,

dann löst das einen Run auf den Erwerbsarbeitsmarkt aus, wobei bei gleichzeitigem Geburtenrückgang der Arbeitskräftebedarf in vielen Bereichen (z.B. Lehrerinnen und Lehrer) sinkt. Langfristig führt der Rückgang der Kinder allerdings zum heute immer stärker in den Vordergrund tretenden Fachkräftemangel.

Diese einfachen Zusammenhänge werden auf der politischen Ebene systematisch verdrängt, von der CDU, weil sie sich vor der Aufarbeitung der eigenen Fehler scheut, von den anderen Parteien,

weil das zunehmende Versagen der Familien ihre eigenen Ideologien zu bestätigen scheint. Die deutsche Wirtschaft sieht zwar die Folgen des Fachkräftemangels, versucht aber nicht, die Ursachen zu beseitigen, sondern aus den Eltern die letzten Arbeitskraftreserven herauszupressen. Das von der Wirtschaft propagierte und von allen Bundestagsparteien gedankenlos übernommene Mantra „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ist eine schönfärbische Umschreibung einer neuen Runde bei der rücksichtslosen Ausbeutung von Eltern.

Pseudowissenschaftliche Studien verbreiten das Märchen, Familien würden übermäßig mit Milliardenbeträgen „gefördert“ (siehe „Spiegel“ Nr. 6/2013 und Kritik dazu in „ÖkologiePolitik“ Nr. 158), dabei beträgt der ganze „Familienlastenausgleich“ tatsächlich nur etwa 30 % des Betrags, der den Eltern über die gesetzlichen Sozialversicherungen entzogen wird.

Umlageverfahren benachteiligt Kinder ihr ganzes Leben

Der zunehmende wirtschaftliche Druck auf Eltern, möglichst voll erwerbstätig zu sein, erstickt nicht nur den Kinderwunsch. Der Mangel an Zeit, die Eltern für ihre Kinder aufbringen können, erschwert die Bindung zwischen Eltern und Kindern und stellt nach allem, was wir heute wissen, ein erhebliches Risiko für die spätere soziale Entwicklung der Jugendlichen dar. So wird auch der Erziehungserfolg zunehmend gefährdet.

Neben dem Aufwachsen mit überforderten Eltern wird der jüngeren Generation im Erwachsenenalter dann auch noch die zunehmende Alterslast einer immer kinderärmeren älteren Generation aufgebürdet. Dies auf den Gebur-

tenrückgang zu schieben, scheint auf den ersten Blick plausibel, verhindert aber, das einseitige Umlageverfahren zulasten der Eltern selbst kritisch zu hinterfragen. Vor der Einführung unseres Rentenrechts mussten Menschen ohne Kinder selbst für ihr Alter vorsorgen und konnten sich nicht auf die Kinder

der Eltern sozusagen „wegzurationalisieren“, indem sie aus der Familie ausgelagert wird, um die Arbeitskraft der Eltern möglichst uneingeschränkt für die Interessen der Wirtschaft „verwerten“ zu können. Kurzfristig mag das erfolgreich sein, da infolge des größeren Arbeitskräfteangebots die

Es ist eine traurige Ironie, dass die Zerstörung der wirtschaftlichen Grundlagen der Familie ausgerechnet von der CDU ausging.

anderer Leute verlassen, wie das heute der Fall ist. Der Geburtenrückgang verschärft diese Problematik nur, ist aber nicht dessen eigentliche Ursache.

Anzumerken ist, dass die Enteignung von Eltern und Jugend nicht nur Folge der Gesetzlichen Rentenversicherung ist, sondern auch Folge der Gesetzlichen Pflege- und Krankenversicherung, weil erstere fast vollständig und letztere zu über

Löhne gedrückt werden können, um höhere Profite zu erzielen. Mittel- und langfristig wird es aber zu einer Qualitätsminderung der Erziehungsbedingungen führen, was sich wiederum zum Nachteil der Kinder und deren Leistungsfähigkeit auswirken muss. Um entsprechende Befürchtungen zu zerstreuen, wird gezielt das weitere Märchen propagiert, dass frühe Krippenbetreuung die Entwicklung

Die „Pille“ erleichtert die Kinderlosigkeit, kann jedoch nicht für die Abnahme des Kinderwunsches verantwortlich sein.

50% ebenfalls Altersversorgung ist, während die Krankheitskosten der Kinder im Vergleich dazu nur einen Bruchteil ausmachen.

Aktuelle Politik bietet keine langfristige Perspektive

Die Enteignung von Eltern und Jugend, die zumindest in Deutschland eine zentrale Ursache heutiger sozialer und auch ökonomischer Probleme ist, wird von der Politik nicht thematisiert. Sie versucht stattdessen, die Erziehungsleistung

der Kinder begünstige. Mit der Finanzmacht der Wirtschaft lassen sich selbst solche, allen wissenschaftlichen Erkenntnissen widersprechende Behauptungen in den Medien als „Wahrheit“ verkaufen.

Die staatlich geförderte bis erzwungene außerfamiliäre Kinderbetreuung wird aber auch den Geburtenrückgang weiter fördern, weil sich nur eine Minderheit von meist gut verdienenden Eltern eine Krippenbetreuung wünscht. Die Mehrheit der Eltern würde ihre

WEITERE INFOS

Johannes Resch
Vom Generationenvertrag zum Generationenbetrug
 Hintergründe, Folgen, Auswege
 März 2011, 49 Seiten, Download kostenfrei
www.johannes-resch.de ->
 Generationenbetrug



Kinder zumindest in den ersten Lebensjahren lieber selbst betreuen, wenn sie über die Mittel verfügen könnten, die eine Krippe kostet. Wird das durch wirtschaftlichen Druck, z.B. durch Benachteiligung beim Elterngeld und die einseitige Krippenförderung, immer weiter erschwert, sinkt der Wunsch nach Kindern weiter.

Nötig ist eine Korrektur der falsch gestellten Weichen

Als Konsequenz ergibt sich, dass die Familie als Lebensform keine Zukunft mehr hat, solange die grundfalsche Weichenstellung von 1957 nicht korrigiert wird. Da eine völlige Abkehr vom Umlageverfahren bei der Gesetzlichen Rentenversicherung als unrealistisch zu betrachten ist, kommt nur eine



Karikatur: Christiane Pföhmann

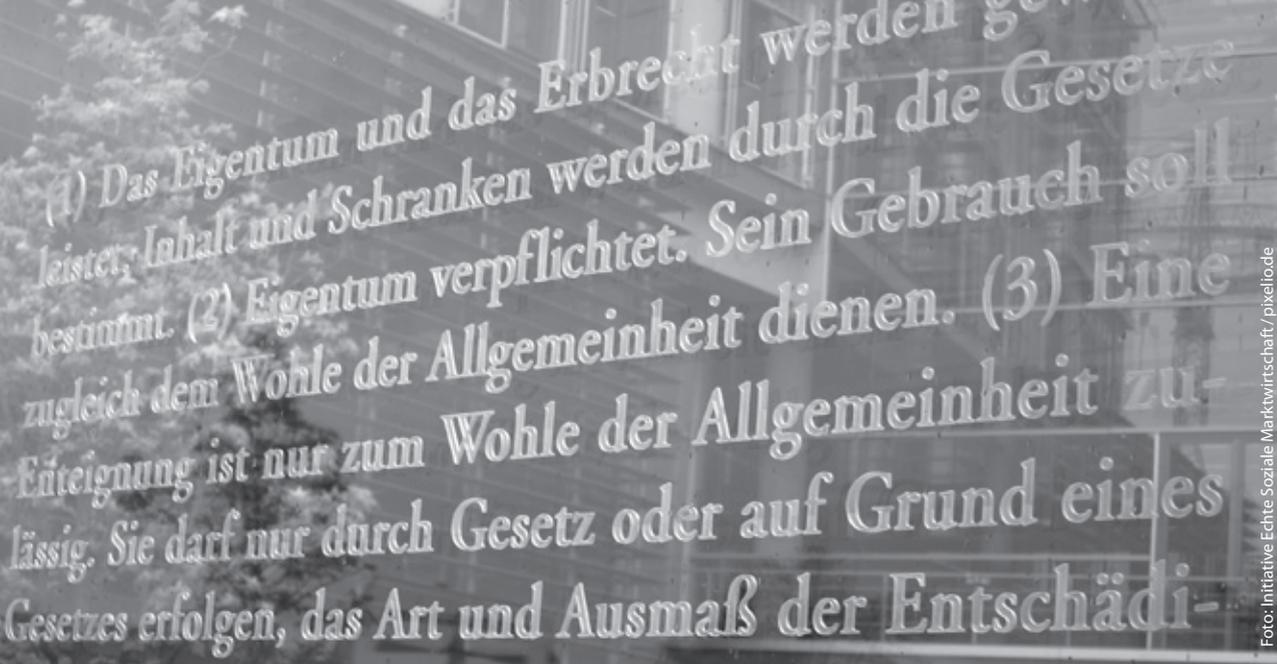


Foto: Initiative Echte Soziale Marktwirtschaft/pixelio.de

zumind. teilweise Finanzierung der Kindererziehung durch die Allgemeinheit als Gegenleistung für Eltern infrage. Mit anderen Worten: Das Umlageverfahren muss in dem Ausmaß zugunsten der Kinder ausgebaut werden, wie es zugunsten der Rentner erhalten bleibt. Anzustreben ist, dass es „unterm Strich“ zu keiner Umverteilung zulasten der Eltern mehr kommt. Würde das erreicht, wäre zugleich auch die Überforderung der jungen Generation behoben, da sich dann entweder die Kinderlosen an den Kinderkosten angemessen beteiligen oder sie für ihr Alter durch Ansparen

ökonomie“ oder die „Gemeinwohlökonomie“, werden nicht um eine Korrektur der falschen Weichenstellung von 1957 herumkommen. In diesem Zusammenhang ist vor allem das Streben nach allgemeiner Verkürzung der Arbeitszeit kritisch zu sehen.

Es gibt heute im Erziehungs- und Pflegebereich eine Fülle von Arbeit, die nicht oder nur unzulänglich geleistet wird, weil sie nicht bezahlt wird. Dazu gehören nicht zuletzt auch die von den Eltern geleistete Erziehungsarbeit und die Pflege von hilfsbedürftigen Angehörigen. Diese Arbeit muss im Interesse ei-

der Arbeitszeit stehen als eine bessere Verteilung der Bezahlung von Arbeit. Das Ziel einer Begrenzung des Ressourcenverbrauchs wäre auch dann zu erreichen.

Bessere Betreuung, Erziehung und Pflege mögen zwar das BSP erhöhen, nicht aber den Verbrauch von Energie und Rohstoffen. Erfolgt eine diesbezügliche Korrektur nicht, werden auch alle auf nur ökonomische Nachhaltigkeit zielenden Wirtschaftskonzepte an sozialen Problemen wie der Qualitätsminderung der Kindererziehung und der Überforderung unserer Sozialsysteme scheitern. ■

Das Mantra „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“ ist eine Umschreibung für die rücksichtslose Ausbeutung von Eltern.

von Kapital selbst Vorsorge treffen müssten.

Auch neuere Wirtschaftskonzepte, die zugunsten einer ökonomischen Nachhaltigkeit auf Wirtschaftswachstum verzichten wollen, wie etwa die „Postwachstums-

ner sozialen Nachhaltigkeit in den gesamten Arbeitsmarkt als bezahlte Arbeit eingegliedert werden, wenn das Umlageverfahren bei der Altersversorgung zumindest zum Teil erhalten bleiben soll. Zur Diskussion sollte also weniger eine Verkürzung

Dr. Johannes Resch, Jahrgang 1940, studierte Medizin und arbeitete 20 Jahre als Leitender Arzt eines Versorgungsamts. Seit 1998 ist er Mitglied der ÖDP-Bundesprogrammkommission und war von 2008 bis 2010 ihr Sprecher. Zurzeit ist er Sprecher des Bundesarbeitskreises „Familie, Soziales, Gesundheit“.



www.johannes-resch.de

Kritik an Norbert Blüm

Lautes Klagen, aber keine Ursachenanalyse

Konservative Politiker beklagen gerne den Verfall der Familie, blenden dabei aber völlig aus, dass ihre Politik dafür maßgeblich mitverantwortlich ist. Sie scheinen blind für die wirtschaftlichen Grundlagen der Familie.

von Dr. Johannes Resch

Norbert Blüm, von 1982 bis 1998 Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, beklagt in seinem viel beachteten Beitrag „Von Liebe bleibt der moderne Mensch verschont“, erschienen in der Süddeutschen Zeitung vom 6. Mai 2013, den Verfall der Familie. „Kinder werden vom Staat betreut – und der Gesetzgeber fördert das“, schreibt er. „Der neue Mensch wird nie und nirgends von der Liebe berührt.“ Und: „Die Gesellschaft verliert ihren Zusammenhalt“ – über die Ursachen dieser Entwicklung schweigt er sich aber aus.

Blüm prangert zu Recht eine besorgniserregende Entwicklung an, unterschlägt aber die Tatsache, dass er selbst in hohem Maße dafür mitverantwortlich ist. In der Regierung Helmut Kohl vertrat er als Minister über 16 Jahre lang eine Sozialpolitik, die der Familie regelrecht die wirtschaftliche Grundlage entzog. Sähe er das ein, wäre seine Erkenntnis ein großer Gewinn. So aber sind seine Gedanken nur ein Schulbeispiel weltfremden konservativen Denkens, das den Zusammenhang zwischen veränderten gesetzlichen Regelungen und neuen, daraus folgenden Wertvorstellungen nicht begreift. Während Ältere auch bei ge-

änderten Bedingungen dazu neigen, ihre erlernten und verinnerlichten Wertvorstellungen beizubehalten, stellt sich eine neue Generation auf die neue Situation ein.

„Ehe und Familie sind die großen Stabilisatoren der Evolution“, schreibt Blüm, übersieht aber, dass sich diese Stabilität aus der „Liebe“ speiste, die Folge des Gebens und Nehmens zwischen Eltern und Kindern war. Eltern sorgten für ihre Kinder und wurden im Gegenzug im Alter wieder von ihnen versorgt. Erst die Sozialpolitik

Konrad Adenauers, die von Blüm konsequent fortgeführt wurde, hat diese Beziehung zerstört. Erst durch die Bindung der Alterssicherung an Erwerbsarbeit wurde Kindererziehung zum Frondienst für die ganze Gesellschaft.

Der heutige „Familienlastenausgleich“ beträgt höchstens ein Drittel dessen, was den Eltern durch die gesetzlichen Versicherungen entzogen wird. Bleibt diese Enteignung bestehen, wird die Familie nicht überleben können. Wenn gesetzliche Absicherungen von Alter, Krankheit und Pflege im Umlageverfahren von den Kindern zu finanzieren sind, muss es als Gegenleistung ein vergleichbares Umlageverfahren für die Erziehungs- und Sachkosten der Kinder zugunsten der Eltern geben. Das gegenwärtige System zerstört zwangsläufig die Familie, die „Liebe“ zwischen Eltern und Kindern – und damit unsere Gesellschaft. ■

Der Artikel Norbert Blüms lässt sich im Internet nachlesen:

» www.sueddeutsche.de → Suche: Von der Liebe bleibt der moderne Mensch verschont

Süddeutsche.de Politik

Politik Panorama Kultur Wirtschaft Sport München Bayern Digital Auto Reise Video mehr -

Home Politik Ehe und Familie - Von der Liebe bleibt der Mensch verschont Hinweis nicht

Süddeutsche.de als Startseite einrichten

6. Mai 2013 11:02 Ehe und Familie

Von der Liebe bleibt der moderne Mensch verschont

Geheliratet wird nur noch auf Zeit, Kinder werden vom Staat betreut - und der Gesetzgeber fördert das. Der neue, erfolgreiche Mensch wird nie und nirgends von der Liebe berührt. Damit verliert die Gesellschaft ihren Zusammenhalt.

Ein Gastbeitrag von Norbert Blüm

Diskutieren Ehe und Familie sind die großen Stabilisatoren der Evolution. Selbst den Katastrophen der Natur und in den revolutionären Umbrüchen hielt der familiäre Kern des Zusammenlebens stand. Weder Robespierre noch Hitler, Stalin, Mao oder Pol Pot schafften es, die Familien zu eliminieren, so sehr sie sich auch darum bemühten. Ehe und Familie haben alle Frontalangriffe überlebt.

Versenden Bedrohlicher als die gewaltsamen Versuche von gestern sind möglicherweise die...

Drucken

Streitthema Frauenquote

„Mit Emanzipation hat das nichts mehr zu tun!“

Der Begriff „Gender Mainstreaming“ bezeichnet die Intention, beide Geschlechter auf allen gesellschaftlichen Ebenen gleichzustellen und dies politisch „top down“ durchzusetzen. Gegen dieses Ziel formiert sich inzwischen Widerstand. Ein emeritierter Wirtschaftsprofessor übt in seiner „Frankfurter Erklärung“ heftige Kritik.

Interview mit Prof. Dr. Günter Buchholz

ÖkologiePolitik: Herr Professor Buchholz, in Ihrer „Frankfurter Erklärung“ schreiben Sie, Männer und Frauen seien in Deutschland zwar nicht gleichgestellt, aber gleichberechtigt und es sei jedem selbst überlassen, wie er diese Freiheit nutzt. Aber geht diese Freiheit bei Frauen, die Kinder bekommen, nicht drastisch zurück?

Prof. Dr. Günter Buchholz: Alle Entscheidungen für etwas sind fast immer auch mit dem Verzicht auf etwas anderes verbunden. Man kann nicht alles haben! Wer sich heute für eine anspruchsvollen und verantwortungsvollen Berufstätigkeit entscheidet, der kann sich nicht gleichzeitig intensiv familiär engagieren – und umgekehrt. Früher widmeten sich Frauen als Mütter meist mehrerer Kinder ganz der Familie, was den Kindern in ihrer primären und sekundären Sozialisationsphase zugute kam. Die Frauen verzichteten

damit aber auf eine eigenständige berufliche Tätigkeit, was mit einer ökonomischen Abhängigkeit verbunden war. Seit den 1960er-Jahren ist es aber selbstverständlich geworden, dass Frauen nach ökonomischer Unabhängigkeit streben und einen Beruf ausüben.

Wie kam es zu dieser Entwicklung?

Die Erfindung der empfängnisverhütenden „Pille“ befreite die Frauen von der schicksalhaften Folge unkontrollierter Schwangerschaften und Geburten. Die Kontrolle über die Empfängnis warf

jungen Frauen keine institutionellen Hindernisse im Wege.

War es nicht eher so, dass das in den 1950er-Jahren eingeführte Rentensystem den Eltern den Lohn für ihre Erziehungsarbeit entzog. Seither tragen Eltern die Kosten für die Kindererziehung, können zudem weniger arbeiten und erhalten deshalb auch noch eine geringere Rente als Kinderlose. Wurden unter diesen Rahmenbedingungen Kinder nicht einfach immer weniger erstrebenswert?

„Kinder bekommen die Leute immer“, soll Adenauer in diesem Zusammenhang gesagt haben. Da ist etwas Wahres dran. Bis zur Mitte des 20. Jahrhunderts war Kinderkriegen sicherlich kein Ergebnis von rationalen Erwägungen – ganz im Gegenteil: Verheiratete Frauen mussten zahlreiche Schwangerschaften, Geburten, Komplikationen und Todesfälle erleben. Das ist heute völlig vergessen. Erst in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts wurde das Kinderkriegen eine bewusste Entscheidung – weil die „Pille“ das möglich machte. Dass die rationalen Erwägungen dann oft zu einer Entscheidung gegen das Kinderkriegen führten und führen, kann durchaus zu einem

großen Teil an dem von Ihnen eben genannten Grund liegen.

Wenn Frauen wegen der Geburt eines Kindes die berufliche Karriere unterbrechen, kann sich das auch nachteilig für die spätere Fortsetzung der Karriere auswirken.

Ja, was daran liegt, dass die berufliche Sphäre von betriebswirtschaftlichen Kalkülen beherrscht wird, für die familiäre Auszeiten

„Eine neue Perspektive könnte sich öffnen, wenn die öffentliche Bedeutung sowohl der sich in privater Hand befindenden Unternehmen also auch der als Privatangelegenheiten angesehenen Familien Anerkennung findet.“

eine Privatangelegenheit sind. Für Frauen ist das ein großer Zielkonflikt. Sie müssen unter Inkaufnahme der jeweiligen Konsequenzen entscheiden, welches Ziel sie primär verfolgen wollen: eine berufliche Karriere oder glückliche Kinder. Viele Frauen wählen einen Kompromiss, nämlich Teilzeitarbeit in einem Unternehmen in Kombination mit Erziehungsarbeit in der Familie, wobei die Familie dann oft Vorrang hat.

Warum hat die Familie oft Vorrang?

Weil die wenigsten beruflichen Tätigkeiten wirklich befriedigend sind. Auch wenn der Begriff heute fast schon tabuisiert ist: Lohnarbeit findet unter entfremdeten Bedingungen statt. Da ist es nicht verwunderlich, wenn Frauen das Erziehen von Kindern als persönlich erfüllender erfahren und sich primär der Familie zuwenden.

Und wenn sie doch eine berufliche Karriere machen wollen?

Dann empfinden sie das Kind zwangsläufig als Hemmnis und als Last, die abgewälzt werden muss – entweder innerhalb der Familie auf andere Familienmitglieder oder außerhalb der Familie auf Betreuungseinrichtungen. Ein Kind, das als Last empfunden wird, ist aber in keiner beneidenswerten psychischen Ausgangslage. Die kollektive Betreuung von Kindern durch Fremde lässt wenig Gutes erwarten, selbst dann nicht, wenn die Betreuungseinrichtungen sachlich und

personell gut ausgestattet wären, was oft nicht der Fall ist.

Warum sehen Sie das so negativ?

Die Austeritätspolitik sorgt für eine Verknappung der Staatsausgaben, insbesondere im Bereich der Daseinsvorsorge und der Infrastruktur. Will man letztere verbessern, dann muss man die Austeritätspolitik aufgeben, die makroökonomisch sowieso nur scheitern kann. Und die Kinderkrippen, die gewährleisten sollen, dass Frauen dem Arbeitsmarkt nicht entzo-



Prof. Dr. Günter Buchholz, Jahrgang 1946, ist Ökonom und emeritierter Professor für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Consulting an der FH Hannover. Zu seinen weiteren Arbeitsschwerpunkten gehörten dabei politische Ökonomie, Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftsethik sowie Hochschul- und Gleichstellungspolitik. Anfang 2013 veröffentlichte er seine „Frankfurter Erklärung“, eine entschiedene Kritik an der Gender-Mainstream-Bewegung.

www.frankfurter-erklarung.de

gen werden, schaden Kleinkindern wahrscheinlich! Denn das Gehirn eines Neugeborenen ist im ersten Lebensjahr noch unreif und besonders plastisch. Die Entwicklung eines Urvertrauens hängt von einer gelingenden Interaktion vorrangig mit der Mutter während der Stillzeit und danach und der sich daraus ergebenden Bindung ab. Die das gesamte spätere Leben bestimmende Prägung der Psyche in Form der Charakterbildung vollzieht sich in den ersten sechs Lebensjahren. Wenn sich diese unerhört wichtige Lebensphase in Betreuungseinrichtungen mit ungewisser Qualität, mit vielleicht wechselndem Personal, in jedem Fall aber unter

Bedingungen entfremdeter Lohnarbeit vollzieht, dann ist ziemlich klar, was wir erwarten dürfen: eine Generation früh gestörter Kinder, denen man die Chance zu einer geistlichen Persönlichkeitsentwicklung von Anfang an entzog. Dieser Aspekt wird in der gesellschaftlichen und medialen Debatte völlig unterschlagen und verdrängt.

Wäre es also für Frauen besser, sich klar für eine berufliche Karriere oder Kinder zu entscheiden?

Ja, aus dieser Perspektive wäre das besser. Wenn man Kinder hat, dann ist damit eine Verantwortung für die Kinder verbunden, an der sich egoistische Kalküle brechen. Wer ihnen dennoch Raum gibt,

der handelt nicht im Interesse und nach den Bedürfnissen der Kinder. Keine Freiheit ohne Verantwortung. In unserer heutigen Gesellschaft besteht ein Widerspruch zwischen der profitorientierten Wirtschaft und den Familien mit viel Eigenarbeit. Ich denke, dass sich darauf unter den gegebenen Umständen nur mit mehr oder weniger unbefriedigenden Kompromissen reagieren lässt. Diese objektive gesellschaftliche Struktur als angebliche „Diskriminierung“ zu subjektivieren, führt zu einer Verkennung der eigentlichen Probleme. Eine neue Perspektive könnte sich öffnen, wenn diese gesellschaftliche Struktur aufgehoben würde: wenn die öffentliche Bedeutung sowohl der sich in privater Hand befindenden Unternehmen also auch der als Privatangelegenheit angesehenen Familien Anerkennung findet. Diejenigen Aspekte der familiären Lebenswelt, die für die Gesellschaft relevant sind – die Sozialisation der Kinder! –, müsste als quasi-öffentliche Leistung anerkannt werden.

Viele Frauen arbeiten ja gar nicht, um Karriere zu machen, sondern weil das Einkommen ihres Mannes bzw. Lebenspartners nicht ausreicht.

Die Zeiten, als die Männer einen vollen Arbeitsplatz ausfüllten und damit ein hinreichendes Familieneinkommen erwirtschafteten, während sich die Frauen um die Familien kümmerten – was bei mehr als ein oder zwei Kindern eine herausfordernde Aufgabe war –, sind für einen Großteil der Bevölkerung vorbei. Das liegt auch an der fabelhaften Agenda 2010 der rot-grünen Regierung Schröder, hinter der das Profitmotiv des privaten Sektors steckt. Diese Politik schuf einen breiten Niedriglohnsektor mit Arbeitsverhältnissen, die für beide Geschlechter durch Leiharbeit, be-

fristete Arbeitsverhältnisse sowie Löhne unterhalb des Existenzminimums gekennzeichnet sind. Der Wert der Ware Arbeitskraft wird nicht mehr angemessen bezahlt und die Steuerzahler werden herangezogen, die Lücken mit staatlich

Ein hinreichend hoher Mindestlohn wirkt volkswirtschaftlich und sozialpolitisch positiv – unabhängig vom Blick auf Familien. Die Familie ist in unserer heutigen Gesellschaft ein privater Bereich, der allerdings vom Staat durch Familienförderung

„Die Forderungen nach einer Mindestfrauenquote an den Konzernspitzen dienen vor allem einem relativ kleinen Kreis privilegierter Frauen aus der oberen Mittelschicht und Oberschicht, ihre Karriere-träume einfacher zu verwirklichen.“

vermittelten Transferzahlungen zu schließen und somit die Niedriglohnpolitik der Unternehmen auch noch zu subventionieren.

Was sollte Ihrer Meinung nach geschehen?

Wegen der politisch gewollten Schwächung der Gewerkschaften kann die Lösung nicht mehr von deren Tarifpolitik kommen, sondern nur durch einen Mindestlohn in angemessener Höhe. Dieser würde allen Haushalten helfen, die Arbeit haben, aber damit kein ausreichendes Einkommen erzielen. Zudem würde er die Nachfrage und damit den Binnenmarkt stärken, einen Beitrag zur Reduzierung des ausgeprägten Exportüberschusses liefern sowie der anhaltenden Umverteilung von unten nach oben entgegenwirken.

Kommt aber denn ein Mindestlohn nicht vor allem denen zugute, die keine Kinder haben und deshalb Vollzeit arbeiten können, während Frauen, die wegen der Kindererziehung nur Teilzeit arbeiten, benachteiligt sind? Wäre nicht ein „Mindestlohn für die Erziehung eigener Kinder“ – ein allgemeines Erziehungsgehalt! – die bessere Lösung?

im Kontext der allgemeinen Sozialpolitik unterstützt wird. Wenn man die Kindererziehung als eine für die Gesamtgesellschaft wesentliche Leistung der Familien auffasst,

„Die Diskriminierung von Männern wird billigend in Kauf genommen. Mit klassischer Emanzipationspolitik hat das nichts mehr zu tun, denn der ging es nie um die Durchsetzung der Interessen einer privilegierten Schicht.“

dann ist ein Entgelt aus Steuermitteln gerechtfertigt.

Lenken wir den Blick zum Schluss noch kurz von unten nach oben. Wie lässt sich die Frauenquote in den Führungsebenen von Konzernen erhöhen?

Frauen sollten auf dieselbe Art und Weise Karriere machen wie die Männer: durch Erwerb von relevanten Kenntnissen, Kompetenzen und Erfahrungen. Ohne die geht es nicht, wenn ein Scheitern vermieden werden soll. Und das Geschlecht darf dabei keine Rolle spielen. Die Forderungen nach

BUCHTIPP

Harald Schulze
Torsten Steiger,
Alexander Ulfig
**Qualifikation
statt Quote**

Beiträge zur
Gleichstellungspolitik
Books on Demand,
Februar 2012
212 Seiten, 13,90 Euro
978-3-8448-1743-0



einer Mindestfrauenquote an den Konzernspitzen dienen vor allem einem relativ kleinen Kreis privilegierter Frauen aus der oberen Mittelschicht und Oberschicht, ihre Karriereträume einfacher, nämlich außerhalb der Konkurrenz, zu ver-

wirklichen. Die Diskriminierung von Männern wird dabei billigend in Kauf genommen oder sogar bewusst angestrebt. Mit klassischer Emanzipationspolitik hat das nichts mehr zu tun, denn der ging es nie um die Durchsetzung der Interessen einer privilegierten Schicht. Nicht zufällig wird solch eine egoistische Klientelpolitik besonders von Frauen des rechten politischen Spektrums wie beispielsweise von Bundesministerin Ursula von der Leyen forciert.

Prof. Buchholz, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Frankfurter Erklärung

Erklärung zur Gleichstellungspolitik

Erklärung Mitzeichnen Unterstützer Aktuelles Kontakt Impressum

Contra Quote

Erklärung zur Gleichstellungspolitik
Jetzt mitzeichnen!

Gleichstellung ist nicht Gleichberechtigung

Art 3

(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.

(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.

(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Im öffentlichen Diskurs werden die Begriffe „Gleichberechtigung“ und „Gleichstellung“ gerne verwechselt. Beides, so die häufige Annahme, sei dasselbe. Vor diesem Irrtum wird oft auf das Grundgesetz verwiesen, welches angeblich die „Gleichstellung der Geschlechter“ festschreibe. Tatsächlich ist im Grundgesetz an keiner Stelle von sogenannter „Gleichstellung“ die Rede. Vielmehr fordert das Grundgesetz die Gleichberechtigung, nicht die Gleichstellung.

Gleichberechtigung bedeutet die Gewähr gleicher Chancen bei erstens völliger Wahlfreiheit und zweitens Ergebnisoffenheit. Gleichstellung hingegen bedeutet Ergebnisgleichheit, unter Ignoranz oder gar Missachtung gleicher Chancen. Tatsächlich gibt es keine „bestehenden Nachteile“ im Sinne des Art. 3 (2) Satz 2. Insbesondere statistische Unterrepräsentanz von Frauen sind kein bestehender Nachteil im Sinne des GG.

Männer und Frauen sind in unserem Land nicht gleichgestellt, sondern gleichberechtigt, und dies tatsächlich. Jedem Mann und jeder Frau stehen grundsätzlich jegliche Bildungs-, Berufs- und Entwicklungsmöglichkeiten offen. Diese Freiheit in solcher oder anderer Weise zu nutzen, ist jedem Mann und jeder Frau selbst überlassen.

Gleichstellungspolitik ignoriert diesen Umstand und hat eine weitgehende Gleichverteilung der Geschlechter in attraktiven und privilegierten Positionen zum Ziel. Gleichstellungspolitik ist damit unweigerlich eine privilegierende Quotenpolitik. Wer für Gleichberechtigung einsteht, muss sich gegen privilegierende Quoten aussprechen. Und wer sich gegen privilegierende Quoten stellt, muss auch gegen Gleichstellungspolitik Position beziehen.

Gleichstellungspolitik bringt nicht die Verwirklichung der Gleichberechtigung.

Aufgrund seiner langjährigen Erfahrungen mit der Gender-Mainstream-Bewegung vor allem im Hochschulbereich veröffentlichte Prof. Dr. Günter Buchholz Anfang 2013 seine „Frankfurter Erklärung“, die inzwischen schon über 600 Unterstützer fand – darunter auch Frauen: www.frankfurter-erklaerung.de

Teilen



Folgen Sie uns

Folgen Sie uns auf Facebook
Oder abonnieren Sie unseren Newsletter

Initiator

Prof. Dr. Günter Buchholz



Günter Buchholz ist Ökonom und emeritierter Professor für Allgemeines VWL und Consulting an der FH Hannover. Er ist verheiratet und hat eine Tochter.

Seine Schwerpunkte sind Allgemeines VWL, Consulting, Politische Ökonomie, VWL und Wirtschaftsethik sowie Hochschulin- und Gleichstellungspolitik finden sich auf GQ.net.

Aktuelles

Wirtschaft fördert Rechtsanspruch auf Gestaltungsrechte

Wissenschaftsbildung

Penislexikon war gestern. Heute heißt es: Vogelfäkalien.

Was ist bei Männern anders?

Gender Studies - Forschungsprojekt: Schwere

Gesetzlicher Mindestlohn

Menschenwürdiges Arbeiten beginnt bei 11 Euro pro Stunde

Bisher gibt es keinen gesetzlichen Mindestlohn, dabei ist er ein Gebot der Menschenwürde. Die Gewerkschaften fordern 8,50 Euro/Stunde. Das ist für die ÖDP viel zu wenig. Sie fordert 11 Euro/Stunde, denn nur dann erhält der Arbeitende später eine Rente, die über dem Existenzminimum liegt.

von Dr. Klaus Klumpers

Beim Thema „gesetzlicher Mindestlohn“ gibt es verhärtete Fronten. Die FDP hält ihn für eine reine Angelegenheit zwischen den Tarifparteien, die ÖDP für eine Aufgabe des Gesetzgebers – wobei er der bisher nicht nachkam. Für die ÖDP ist ein Mindestlohn keine Frage der Arbeitsbewertung, sondern eine Pflichtaufgabe zum Schutz der Menschenwürde gemäß Artikel 1 Grundgesetz. Die Politik hat sich ja auch nicht gescheut, ein Arbeitszeitgesetz zu verabschieden, wonach ein Arbeitnehmer nicht länger als 10 Stunden/Tag und 60 Stunden/Woche arbeiten darf. Zudem hat er einen Anspruch auf Mindesturlaub und auf einen arbeitsfreien Sonntag. Es herrscht allgemeiner Konsens, dass diese Regelungen keine willkürliche Einmischung der Politik in die Tarifautonomie darstellen, sondern Schutzbestimmungen sind, die auch in einer freien Marktwirtschaft zu Recht in Gesetze gefasst wurden.

Mindestlohn schützt Arbeitnehmer und Verbraucher

Wir alle sollten uns bewusst machen, dass es gerade in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung gesetzlich geregelte Mindeststandards für

den Umgang mit unseren Mitmenschen geben muss und es gerade beim Lohn einer gesetzlichen Mindesthöhe bedarf, da der Markt und der Kunde wegen fehlender Transparenz die Problematik einer menschenunwürdigen Ausbeutung von Arbeitskräften nicht selbst regeln

kann. Es ist eine Frage des Schutzes der Menschenwürde, die unser Grundgesetz als höchstes Rechtsgut definiert und den Gesetzgeber nicht nur berechtigt, sondern zwingt, bei den Löhnen einen Mindeststandard zu definieren. Die Würde des Menschen verlangt es nicht nur für die Arbeitnehmer, sondern besonders auch für uns alle als Kunden, dass wir davor geschützt werden, Menschen unwissentlich auszubeuten und zu missbrauchen.

Der Bürger als Kunde muss sich darauf verlassen können, dass im Geltungsbereich unseres Grundgesetzes keine Produkte und Dienstleistungen angeboten werden, denen ausbeuterische Arbeitsbe-

dingungen zugrunde liegen. Wenn wir uns als Gesellschaft darin einig sind, dass wir nicht andere Menschen ausbeuten wollen und dürfen, stellt sich nur noch die Frage, wann Ausbeutung konkret beginnt und welche Produkte und Dienstleistungen somit rechtswidrig ange-

boten werden. Die Würde eines in Vollzeit beschäftigten Menschen ist nur dann gewahrt, wenn er aus dem Lohn für seine Vollzeit-Arbeit ein selbstbestimmtes Leben oberhalb der Armutsgrenze führen kann – ohne auf ergänzende staatliche Hilfe angewiesen zu sein.

Lohn muss Rente über Existenzminimum ermöglichen

Aus seinem Lohn muss ein Arbeitnehmer nach Auffassung der ÖDP ganz selbstverständlich auch die gesellschaftliche Teilhabe an den gesetzlichen Pflichtversicherungen wie Renten-, Arbeitslosen-, Kranken- und Pflegeversicherung bestreiten können, denn seine Würde

gebietet ihm, nicht auf Kosten anderer zu leben. Damit ist klar, dass ihm nach Abzug dieser Pflichtbeiträge in jedem Fall das steuerlich freigestellte sog. „Existenzminimum“ zur Verfügung bleiben muss. Das Existenzminimum ist vom Gesetzgeber für das

Die Bundesregierung diskutiert zurzeit eine Mindestrente von 850 Euro/Monat. Wenn jemand heute nach 45 Arbeitsjahren eine Rente von 850 Euro/Monat erhalten soll, muss er in dieser Zeit Folgendes erwirtschaftet haben: 850 Euro ÷ 28,07 Euro pro Rentenpunkt = 30,29 Rentenpunkte. Dieser Wert stellt 67,31% der 45 Rentenpunkte dar, die der sog. „Eckrentner“ erhält, der 45 Jahre lang exakt das Durchschnittsentgelt aller Versicherten

Die von den Gewerkschaften geforderten 8,50 Euro/Stunde bedeuten: eine Rente von 594,74 Euro/Monat.

Jahr 2013 auf 8.130 Euro zuzüglich der Werbungskostenpauschale von 1.080 Euro festgelegt, was bedeutet, dass also netto mindestens 7.670 Euro/Monat übrig bleiben müssen.

Diese Betrachtung reicht aber noch nicht aus. Der Mindestlohn muss auch Altersarmut verhindern. Die Würde des Menschen verlangt, dass der Arbeitnehmer das Existenzminimum als gesetzliche Altersrente durch die Pflichtbeiträge zur Rentenversicherung selbst erwirtschaftet. Da Altersrentner zurzeit Krankenversicherungsbeiträge in Höhe von 8,1% und Pflegeversi-

erhalten hat. Dieses Durchschnittsentgelt wurde durch Rechtsverordnung für das Jahr 2013 auf ein Brutto-Einkommen von 34.071 Euro/Jahr festgesetzt. 67,31% davon wären ein Brutto-Einkommen von 22.935 Euro/Jahr bzw. 1.911,27 Euro/Monat.

ÖDP fordert deutlich mehr als die Gewerkschaften

Bei einer tariflichen Wochenarbeitszeit von 40 Stunden ergibt sich hieraus ein Mindest-Stundenlohn von 11,03 Euro. Aus dieser Perspektive mutet es äußerst befremdlich

Angewiesen zu sein auf Sozialleistung des Staates, ist würdelos und für die ÖDP nicht akzeptabel.

cherungsbeiträge in Höhe von 1,1% von ihrer Rente zahlen, muss die Mindestrente 746,15 Euro/Monat erreichen. Dieser Wert errechnet sich so: (8.130 Euro/Jahr : 12 Monate) : (100% - 8,1% - 1,1%) = 677,50 Euro/Monat ÷ 0,908 = 746,15 Euro/Monat.

an, wenn Gewerkschaften derzeit einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro/Stunde fordern. Die SPD bringt kaum den Mut auf, die von den Gewerkschaften geforderte Zahl von 8,50 Euro/Stunde offen auszusprechen. Und Heinrich Bedford-Strohm, Landesbischof der

Evangelischen Kirche in Bayern, fordert zwar vollmundig einen gesetzlichen Mindestlohn, hat jedoch nicht den Mut, überhaupt eine konkrete Zahl zu nennen.

Was die von den Gewerkschaften geforderten 8,50 Euro/Stunde in puncto Altersarmut bedeuten, ist leicht zu benennen: eine Rente von 655,03 Euro/Monat, nach Abzug der Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge netto ärmliche 594,74 Euro/Monat. Das bedeutet, angewiesen zu sein auf zusätzliche Sozialleistung des Staates – eine würdelose Aussicht für lebenslanges Arbeiten und für die ÖDP nicht akzeptabel. Berücksichtigt man zudem, dass sich die Kaufkraft des Rentenwertes wegen des (nach Überzeugung der ÖDP verfassungswidrigen) „demografischen Faktors“ in den nächsten Jahren um weitere 10% reduzieren wird, müsste die Mindestlohnforderung heute eigentlich 12,10 Euro/Stunde betragen. ■

Klaus J. Klumpers, Jahrgang 1944, studierte Elektrotechnik, promovierte und war dann als Geschäftsführer in zwei mittelständischen Unternehmen sowie als Dozent an der TU München tätig. Seit 2009 bezieht er Altersrente und arbeitet als freiberuflicher Unternehmens-, Gründungs- und Energieberater. In die ÖDP trat er 2005 ein, ist seit 2006 Zweiter Vorsitzender des Kreisverbandes Coburg-Kronach, seit 2008 Stadtrat in Coburg und seit Mai 2013 Erster Vorsitzender des Bezirks Oberfranken. Zudem ist er Mitglied im Bundesarbeitskreis „Wirtschaft und Finanzen“.



klumpers@oedp.de

Kritik an Mietrechtsreform

Wohnen ist ein Menschenrecht

Die aktuelle Mietrechtsreform benützt die notwendigen energetischen Gebäudemodernisierungen, um den Schutz der Mieter aufzuweichen und deutliche Mieterhöhungen zuzulassen, als das bisher erlaubt war. Dadurch werden sich viele Menschen ihre Wohnungen künftig nicht mehr leisten können.

von Karl Heinz Jobst

Es war schon 2009 absehbar: Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung ist von Wohneigentum, Wohnungsbau und Bauwirtschaft die Rede, nicht jedoch von Mieten und einem Mietmarkt. So wundert es nicht, dass Mietwohnungen in Metropolen und Großstädten gerade in den letzten Jahren in einem Ausmaß zu Spekulations- und Renditeobjekten geworden sind, dass von einer ernst genommenen Gemeinwohlverpflichtung des Eigentums vielerorts nicht mehr die Rede sein kann.

Die im Februar 2013 durchgepeitschte Mietrechtsreform nimmt nun die notwendige energetische Sanierung des Mietwohnungsbestands zum Anlass, zum Generalangriff auf das bisher einigermaßen sozial ausgewogene Mietrecht zu blasen. Wen wundert? Das Klientel von Rösler und Co. sind nicht die Mieter, sondern die Immobilienbesitzer und vor allem die Immobilien- und Bauwirtschaft.

Die Bundesregierung hat die Novellierung u. a. damit begründet, dass die energetische Modernisierung durch das Mietrecht blockiert würde. Der Deutsche Mieterbund hat dagegen in einer Stellungnahme

erklärt: „Im Regelfall gleichen die durch die Modernisierung erzielten Einsparungen bei den Heizkosten die modernisierungsbedingten Mieterhöhungen nicht aus.“

Mehrere Änderungen gehen ab sofort zulasten der Mieter:

- Die Mieter müssen energetische Modernisierungen künftig dulden, ohne Mietminderung dafür geltend machen zu können.
- Die „energetischen Modernisierungskosten“ können – wie bisher

Das Klientel von Rösler und Co. sind nicht die Mieter, sondern die Immobilienbesitzer und vor allem die Immobilien- und Bauwirtschaft.

auch alle üblichen Modernisierungsmaßnahmen – mit 11 % jährlich auf die Mieten umgelegt werden. Leider gibt es hierfür auch in dieser Novellierung keine zeitliche Begrenzung. Das heißt, nach zehn Jahren ist die Modernisierung mehr als amortisiert, die Höhe der Miete bleibt aber auf dem hohen Umlageniveau.

- Ebenso zeitlich unbegrenzt können nun Contracting-Kosten bei

der Umstellung von Eigenwärmeversorgung auf gewerbliche Wärmelieferung auf die Betriebskosten umgelegt werden.

■ Sogar Mehrkosten bei Verbesserung der Betriebsführung einer alten, aber noch mit hinreichendem Nutzungsgrad arbeitenden Heizung können dem Mieter über die Nebenkosten auferlegt werden. Da ist der Manipulation allein schon per definitionem Tür und Tor geöffnet.

Was bedeutet das nun für die Mieter?

Anstatt energetische Modernisierung durch zinsverbilligte KfW-Kredite und Landesmodernisierungsprogramme zu befördern, werden nun die Mieter vom Gesetzgeber unfreiwillig zum Hilfsmotor der energetischen Sanierung gemacht.

Die Regierung hatte sich ursprünglich gewünscht, dass Bürger zunehmend nicht zuletzt zum Zweck ihrer Altersversorgung Eigentumswohnraum schaffen, um die schwindsüchtige Rentenversorgung auszugleichen. Sie übersieht

dabei jedoch, dass dies der Mittelschicht – auch bei Doppelverdienern und erst recht mit Kindern – kaum mehr möglich ist. Die real gesunkenen Löhne und Gehälter, der Sozialabbau, gestiegene Bildungskosten und vor allem die Mieten, die in Ballungsräumen bis zur Hälfte des Einkommens einer Familie ausmachen, verhindern nachhaltige Rücklagenbildung für den Erwerb von Wohneigentum. Der Mittel-

schicht wird so systematisch der Teppich unter den Füßen weggezogen.

Empfänger von Arbeitslosengeld II und Wohngeld werden überfordert sein, wenn ihre Wohnungen mit einer energetischen Modernisierung die Regelsätze für „angemessene Kosten der Unterkunft“ überschreiten. Mit der Möglichkeit der Länder, Heizkosten nur pauschaliert zu erstatten, wird sich die Situation noch verschärfen. Es läuft darauf hinaus, dass die Soziallastträger künftig mehr Geld ausgeben müssen – Steuergeld.

Ein Regulativ hat die Bundesregierung allerdings zugelassen, es dürfte jedoch nur begrenzte Wirkung zeigen. Es ermöglicht den Ländern, mit einer Rechtsverordnung eine Kappungsgrenze einzuführen, um Mieterhöhungen in bestimmten Ballungsgebieten auf 15 % anstatt 20 % innerhalb von drei Jahren zu begrenzen.

Die ÖDP hat sofort nach Beschluss des Gesetzes im Bundestag eine Petition in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen gestartet, um eine weitere Mieterhöhungsrunde möglichst sofort zu unterbinden. Bündnis 90/Die Grünen haben im

Bayerischen Landtag einen entsprechenden Antrag (Drs. 16/15752) gestellt, der jedoch inzwischen mehrheitlich abgelehnt wurde.

Wohlwissend, dass eine solche Mietersteigerungskappung nur äußerst begrenzte Wirkung haben kann, hat die ÖDP weitere Forderungen aufgestellt:

- Die Privatisierung öffentlichen

Das Recht auf Wohnen muss mit Verfassungsrang in das Grundgesetz und in das Europäische Gemeinschaftsrecht aufgenommen werden.

Wohneigentums zur Sanierung von Haushalten muss sofort eingestellt werden. Jede Kommune muss einen Mindestanteil an bezahlbaren und sozial geprägten Mietwohnungen vorhalten. Dies wirkt sich stabilisierend auf den Mietmarkt aus, ermöglicht eine gesunde Bevölkerungsstruktur.

■ Das kommunale Angebot an altersgerechten und barrierefreien Wohnungen muss unter Berücksichtigung der Inklusion und der UN-Charta für Menschenrechte deutlich ausgebaut werden.

- Das Recht auf Wohnen muss mit Verfassungsrang in das Grundgesetz

und in das Europäische Gemeinschaftsrecht aufgenommen werden.

■ Nicht nur die Mietrechtsnovelle, sondern auch der sog. „qualifizierte Mietspiegel“ belastet Mieter über die Maßen. Er erfährt immer größere Bedeutung, führt aber auch zur Missdeutung des ortsüblichen Mietmarktes und zu einem überhöhten Mietmaßstab. Zur Er-

hebung des Mietspiegels sollten zukünftig nicht nur Wohnungen berücksichtigt werden, bei denen die Miete in den letzten vier Jahren neu vereinbart wurde, sondern auch unveränderte und moderat gestiegene Altmieten. Dies würde sich höchstwahrscheinlich am stärksten mietspreisdämpfend auswirken.

Die ÖDP definiert sich als Anwalt der Mieter und wird sich verstärkt für eine konsequente „Resozialisierung“ des Mietmarktes einsetzen. ■

Petitionstext

Die Staatsregierung wird aufgefordert, eine Rechtsverordnung für eine Absenkung der sogenannten „Kappungsgrenze“ bei Mieterhöhungen für ausgewählte Kommunen und Teilgebiete von Kommunen zu beschließen, um Mieterhöhungen für die Dauer von 5 Jahren auf 15 % zu begrenzen. Damit sollen umgehend weitere sprunghafte Erhöhungen der Mietpreise abgemildert werden, um die „ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen“ sicherzustellen (vgl. Neuregelung § 558 (3) BGB). Die Staatsregierung soll daher, im Hinblick auf die Wohnungsversorgung, insbesondere in den Großstädten und Ballungsräumen, sicherstellen, dass die Mieterhöhungen durch diese neue Verordnung von 20 % auf maximal 15 % alle 3 Jahre begrenzt werden, sobald das vom Bundestag am 13.12.2012 beschlossene Mietrechtsänderungsgesetz Rechtskraft erlangt hat.

Karl Heinz Jobst, Jahrgang 1950, studierte Vermessung und Geoinformation, betreibt seit 1986 ein Ingenieurbüro und ist Sachverständiger für die Bewertung von bebauten und unbebauten Grundstücken. Im Bayerischen Landtag war er als Parlamentarischer Berater tätig. In die ÖDP trat er 2011 ein und ist seit 2012 Stellvertretender Bundesvorsitzender, Stellvertretender Bezirksvorsitzender in Oberbayern sowie Vorstandsmitglied im Kreisverband Erding.

karl.heinz.jobst@oedp.de



Geplante Obsoleszenz

„Eine unverantwortliche Verschwendung!“

Unter „geplanter Obsoleszenz“ versteht man den bewusst herbeigeführten vorzeitigen Verschleiß von Konsumprodukten, die eigentlich viel länger halten könnten. An langen Lebenszyklen besteht aber vonseiten der Hersteller kein großes Interesse, denn kürzere steigern den Absatz.

Interview mit Prof. Dr. Christian Kreiß

ÖkologiePolitik: Herr Prof. Kreiß, seit wann gibt es geplante Obsoleszenz?

Prof. Dr. Christian Kreiß: Seit rund 100 Jahren. Als Massenphänomen eingeführt wurde sie von der amerikanischen Automobilindustrie in den 1920er-Jahren – genauer gesagt von Alfred P. Sloan, von 1923 bis 1937 Präsident von General Motors. Ford hatte damals einen Marktanteil von über 60% und setzte auf hohe Qualität sowie lange Haltbarkeit. General Motors setzte auf Design, schnelle Modetzyklen und geschicktes Marketing. Die Haltbarkeit seiner Autos ver-

hat? Der Umsatz des Herstellers steigt damit langfristig aber um 10%. Zudem sinken seine Herstellungskosten, wenn billigere Materialien und Einzelteile zum Einsatz kommen.

Praktizieren diese Strategie nur einzelne „schwarze Schafe“ oder ist sie heute branchenübliches Geschäftsgebaren?

In einer auf Wettbewerb basierenden Wirtschaft führt natürlich der Wettbewerbsvorteil eines Akteurs dazu, dass die anderen Akteure nachziehen und zur gleichen Strategie greifen, um nicht auf Dauer große Marktanteile zu verlieren.



Prof. Dr. Christian Kreiß, Jahrgang 1962, studierte Volkswirtschaft und promovierte über die Große Depression 1929–1932. Anschließend war er beruflich neun Jahre in verschiedenen Geschäftsbanken tätig, davon sieben Jahre als Investmentbanker. Seit 2002 lehrt er als Professor an der Hochschule für Wirtschaft und Technik in Aalen Finanzierung und Wirtschaftspolitik. Zur aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise gibt es von ihm zahlreiche Veröffentlichungen, Vorträge, Rundfunk- und Fernsehinterviews. Die von ihm mitverfasste Studie „Geplante Obsoleszenz“ wurde im März 2013 im Deutschen Bundestag vorgestellt und erzeugte ein großes Medienecho.

www.menschengerechsetwirtschaft.de

„Die Verkürzung der Lebensdauer ist so gering, dass sie unter der Wahrnehmungsschwelle bleibt.“

kürzte es bewusst – und hatte damit Erfolg: Sein Marktanteil wuchs, der von Ford sank.

Warum lassen sich die Verbraucher das bieten?

Die Käufer merken es in der Regel nicht. Die Verkürzung der Lebensdauer ist so gering, dass sie unter der Wahrnehmungsschwelle bleibt. Wer weiß schon noch, wenn sein Rasierer kaputt geht, ob er den vor neun oder zehn Jahren gekauft

So nimmt über viele Jahre hinweg die Lebensdauer aller Produkte immer mehr ab – ein langsamer, schleicher Prozess. Nur ein deutlich wahrnehmbarer Sprung in der Qualitätsverschlechterung würde einen Image- und damit Umsatzverlust bedeuten.

Warum sorgen denn nicht Verbraucherschutzorganisationen wie die „Stiftung Warentest“ mit Haltbarkeitsstudien für Druck?

Wenn die Haltbarkeit nur leicht reduziert wird, ist das schwer nachzuweisen. Außerdem geht es hier um lange Zeiträume, bei denen ein Produkt bei seinem „Ableben“ schon lange nicht mehr auf dem Markt erwerbbar ist, weil es durch

Die in jüngster Vergangenheit aufgedeckten Fälle wurden praktisch alle von Großkonzernen begangen, denn dort ist die Gewinnorientierung besonders stark ausgeprägt. Vor allem börsennotierte Aktiengesellschaften unterlie-

„Die in jüngster Vergangenheit aufgedeckten Fälle wurden praktisch alle von Großkonzernen begangen.“

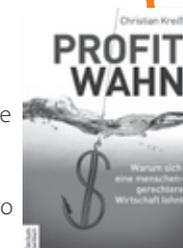
die nächsten Versionen und Generationen ersetzt wurde. Deshalb werden auch immer nur aktuelle Produkte miteinander verglichen – und nicht aktuelle mit früheren. Die Verkürzung der Haltbarkeit fällt so auch professionellen Testern kaum auf. Die müssen ja noch viele andere und meist besser messbare Aspekte erfassen und dokumentieren.

Welche Unternehmen sind besonders „verdächtig“?

gen einer hohen Renditeerwartung seitens der Kapitalmärkte. Sie sind ständig gezwungen, darüber nachzudenken, wie sich kurz- und mittelfristig ihr Gewinn erhöhen lässt. Inhabergeführte Unternehmen sind zwar auch, aber nicht ausschließlich gewinnorientiert. Sie denken meist langfristiger und auch mehr in ethischen Kategorien. Henry Ford z.B. war die Integrität seiner Autos sehr wichtig und er machte außerdem

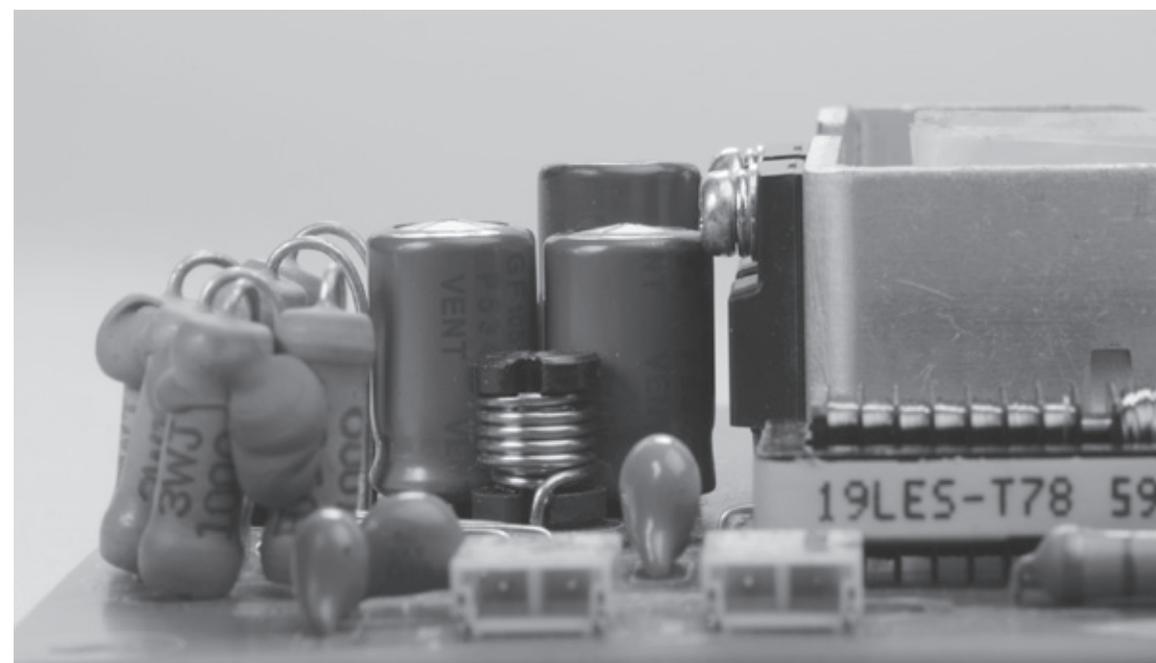
BUCHTIPP

Christian Kreiß
Profitwahn
Warum sich eine menschengerechtere Wirtschaft lohnt
Tectum, Juli 2013
200 Seiten, 17,95 Euro
978-3-8288-3159-9



verrückte Dinge, wie die Löhne seiner Arbeiter zu verdoppeln – ganz einfach, weil er das gut und richtig fand. Durch die Internationalisierung der Kapitalmärkte, den Siegeszug des Shareholder-Value-Prinzips und die Anonymisierung der Eigentums- und Entscheidungsprozesse ist so etwas heute praktisch nicht mehr möglich.

Gibt es geplanten Verschleiß nur bei Konsumartikeln?



Elektrolytkondensatoren sind Grundbausteine in Elektrogeräten. Bei vielen Elektrogeräten zeigte sich, dass sie unterdimensioniert sind. Richtig dimensioniert hätten sie weniger als 1 Cent mehr gekostet, die Nutzbarkeit aber um fünf bis zehn Jahre verlängert.



Die Qualität eines Textilstoffs hängt stark vom gewobenen Faden ab, die Qualität des Fadens wiederum von der Länge der versponnenen Fasern. Sind diese zu kurzfasernig, scheuert sich das Material zu schnell auf. Es kommt zum Aufflusen der Oberfläche.

Ja, denn im B2B (Business to Business) gibt es meist professionelle Einkäufer mit profundem Fachwissen und eine gute Dokumentation der Einkäufe. Im B2C (Business to Consumer) dagegen haben die Kunden meist kein Fachwissen und angesichts der Vielzahl an Produkten auch keinen Überblick. Das Risiko ist deshalb bei B2C-Kunden deutlich geringer – und das wissen die Hersteller.

Was wäre, wenn der Trend umgekehrt und Produkte langlebiger würden?

Das Unternehmen würde über einen längeren Zeitraum betrachtet weniger Produkte verkaufen und deshalb weniger produzieren. Die Arbeitsmenge schrumpft, Mitarbeiter müssen entlassen werden. Volkswirtschaftlich betrachtet ist das aber nicht tragisch, denn den Verbrauchern bleibt ja durch die län-



Der Türgriff dieser Waschmaschine ist nicht separat lieferbar, obwohl er die Schwachstelle der Konstruktion darstellt. Bricht er, dann ist die komplette Tür auszuwechseln. Der Preis für die komplette Tür beträgt 110 Euro, der Türgriff ist 8 Euro wert.



Bei elektrischen Zahnbürsten ist der Akku oft fest eingebaut. Seine Ladekapazität nimmt aufgrund der stets kurzen Ladezyklen ab. Zunächst ist nur noch kurzes Zähneputzen möglich. Ist der Akku dann erschöpft, muss das komplette Gerät entsorgt werden.

gere Haltbarkeit der Produkte mehr Geld übrig, das sie anderweitig ausgeben können. So entstehen an anderer Stelle neue Arbeitsplätze. Eine andere Perspektive wäre, die wegfallende Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung –

„Für geplante Obsoleszenz gibt es aus volkswirtschaftlicher Sicht keinen vernünftigen Grund.“

ohne Lohnkürzungen! – zu kompensieren, sodass mehr Zeit für die Familie, für Freunde und ehrenamtliche Tätigkeiten bliebe. Auf alle Fälle gibt es für geplante Obsoleszenz aus volkswirtschaftlicher Sicht keinen ver-



In vielen Textilien werden Reißverschlüsse eingebaut, deren Zähne als Längsspirale ausgeführt sind. Diese sind von geringer Haltbarkeit und versagen früh. Bei zu klein dimensionierten Reißverschlüssen reißen Spiralen, Zipper oder Spiraleinfassungsband.

Studie

Stefan Schridde, Christian Kreiß

Geplante Obsoleszenz

Entstehungsursachen, konkrete Beispiele, Schadensfolgen, Handlungsprogramm
Gutachten, März 2013

100 Seiten, Download kostenfrei

- » www.menschengerechsetwirtschaft.de → alle Artikel PDF
- » www.murks-nein-danke.de/blog/studie/



nünftigen Grund, sie ist jedoch eine unverantwortliche Verschwendung von Ressourcen.

Welche Rolle spielt die Wegwerfmentalität?

Es wird immer wieder behauptet, dass wir Konsumenten freiwillig neue Produkte kaufen, auch wenn die alten noch funktionsfähig sind. So schiebt die Industrie die Verantwortung von sich auf uns. Das ist aber nicht fair, denn pro Tag prasseln heute etwa 3.000 Werbetbotschaften auf uns ein. Ein Kind sieht im Fernsehen jedes Jahr 20.000 bis 40.000 Werbespots. Dadurch wird eine Wegwerfmentalität geschürt, wenn nicht gar erst künstlich erzeugt.

Was kann bzw. sollte die Politik unternehmen?

Längere Gewährleistungsfristen und ein längeres Vorhalten von Ersatzteilen wären sicher sinnvoll. Vielleicht noch wichtiger wären aber gesetzliche Einschränkungen von Werbung, vor allem von Werbung für Kinder. Sie treibt aktiv psychologische Obsoleszenz voran. Statt sie gesetzlich zu verbieten, könnte man sie

„Ein Kind sieht jedes Jahr 20.000 bis 40.000 Werbespots. Dadurch wird eine Wegwerfmentalität geschürt.“

verteuern. Der Mehrwertsteuersatz auf alle Werbeaktivitäten könnte zunächst auf 25 % und dann in Stufen bis auf 100 % erhöht werden, sodass sich die Kosten für Werbung verdoppeln. Sinken dann die Werbeausgaben, sinken auch die Preise für viele Produkte und Dienstleistungen und die Reallöhne, der Lebensstandard und die Lebensqualität steigen.

Herr Prof. Kreiß, herzlichen Dank für das interessante Gespräch.

IMPRESSUM

ÖkologiePolitik erscheint viermal im Jahr: Februar, Mai, August, November. Die Print- und die Online-Ausgabe sind im Mitgliedsbeitrag enthalten. Nichtmitglieder können das Journal für 12,- Euro im Jahr abonnieren. Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe ist der 1. September 2013.

Herausgeber

Ökologisch-Demokratische Partei
Pommerngasse 1, 97070 Würzburg
Tel. (09 31) 4 04 86-0, Fax (09 31) 4 04 86-29
www.oedp.de

Verantwortliche Redakteure

Günther Hartmann (gh)
Caroline-Herschel-Straße 23, 81829 München
guenther.hartmann@oedp.de
Florence von Bodisco (fb)
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
florence.bodisco@oedp.de

Mitarbeiter dieser Ausgabe

Ulrich Brehme, Edgar Guhde, Karl Heinz Jobst (khj),
Dr. Klaus Klumpers, Urban Mangold, Dr. Johannes Resch

Gastautoren

Wiebke Johanning, Johanna Schildbach-Halser,
Hanns-Dieter Schlierf, Hermann Striedel

Interviewpartner

Prof. Dr. Günter Buchholz, Prof. Dr. Christian Kreiß,
Jörn Wiedemann

Satz

Grafikstudio Art und Weise, Heike Brückner
Drosselweg 15, 93138 Lappersdorf

Anschrift der Redaktion

ÖkologiePolitik
Ökologisch-Demokratische Partei
Erich-Weinert-Straße 134, 10409 Berlin
Tel. (0 30) 49 85 40 50
florence.bodisco@oedp.de

Bankverbindung

VR-Bank Würzburg, BLZ 79090000, Kto.-Nr. 74 080

Hinweis der Redaktion

Die Meinung der Autoren und Interviewpartner ist nicht automatisch die Meinung der ÖkologiePolitik oder der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP). Die Veröffentlichung dient der innerparteilichen Information und politischen Willensbildung.

ÖkologiePolitik wird auf
100% Recycling-Papier gedruckt.



Fragen zur Gemeinwohl-Ökonomie

„Ziel ist, die Lebensqualität zu steigern!“

Das Konzept der Gemeinwohl-Ökonomie begeistert immer mehr Menschen: Andere, bessere ökonomische Rahmenbedingungen sollen das individuelle Gewinnstreben mit dem Gemeinwohl verlässlich rückkoppeln. Je nach objektiv gemessenen Gemeinwohl-Kriterien würden Unternehmen differenziert behandelt und müssten z. B. unterschiedlich hohe Steuern zahlen.

Interview mit Jörn Wiedemann

ÖkologiePolitik: Herr Wiedemann, eine Wirtschaft, in der nicht Konkurrenz, sondern Kooperation im Mittelpunkt steht, wirkt auf viele Menschen befremdlich. Vielleicht klären wir das an einem Beispiel. Wie würde denn die Fußball-Bundesliga funktionieren, wenn sie nach diesem Prinzip umstrukturiert würde?

Jörn Wiedemann: Das Prinzip ist in diesem Fall nicht übertragbar, weil es sich bei der Fußball-Bundesliga per Definition um einen Wettbewerb handelt. Nur eine Mannschaft kann Deutscher Meister werden. Wenn eine gewinnt, verlieren alle anderen. In der Wirtschaft ist im Gegensatz dazu Kooperation zwischen vielen Unternehmen auch innerhalb einer Branche machbar. Es können viele „gewinnen“, wenn sie sich fair verhalten. Die Übertragung des Bundesliga-Prinzips würde unter Umständen bedeuten, dass wir Monopolsituationen bekämen. Das ist kein sinnvolles Ziel. Ein sinnvolles Ziel ist, möglichst hochwertige und sinnvolle Produkte herzustellen, dabei gewinnbringende Beziehungen zu fördern und im Einklang mit der Natur zu sein. Es kann, aber es muss keine Verlierer geben.

Obwohl es ja vor allem darum geht, durch ein staatliches Anreizsystem

gemeinwohlförderliches Verhalten zu belohnen, treten schon jetzt – also bevor es so ein Anreizsystem überhaupt gibt – Unternehmen der Bewegung bei. Warum?

Vor allem aus zwei Gründen: Erstens aus Überzeugung, weil Sinnstiftung und wertebezogenes Handeln wesentliche Bestandteile unseres Menschseins sind. Zweitens, weil der Markt – sprich: der Konsument – in dieser Beziehung immer anspruchsvoller wird und entsprechende Nachweise von den Unternehmen erwartet.

Wie objektiv ist eine Gemeinwohl-Zertifizierung, wenn es doch letztlich auch darum geht, die Gemeinwohl-Bewegung durch möglichst viele Mitgliedsunternehmen zu stärken?

Letztlich geht es darum, möglichst viele Unternehmen dazu zu ermutigen, sich der Aufgabe der Gemeinwohl-Förderung zu stellen. Hier hat jedes Unternehmen unterschiedliche Schwerpunkte. Dies transparent zu machen, ist eine wesentliche Funktion der Gemeinwohl-Bilanz. Ob und wie sich das auszahlt, entscheidet im Wesentlichen der Konsument. Damit ist dies ein zutiefst demokratischer Prozess. Die Transparenz verlagert die Objektivität in die Hände



Jörn Wiedemann, Jahrgang 1968, machte eine Ausbildung zum Bankkaufmann und arbeitete anschließend lange Jahre in dieser Branche mit dem Schwerpunkt Vermögensmanagement. Seit 2011 ist er Vorstand der ReWiG München eG, eine die Gemeinwohl-Ökonomie unterstützende Genossenschaft. 2013 gründete er die Münchener Niederlassung des Terra Institutes, ist dort als selbstständiger Berater für Nachhaltigkeitsfragen tätig und erstellt Gemeinwohl-Bilanzen.

www.terra-institute.eu – Terra

der Konsumenten – langfristig die beste Art der Objektivität. Die Gemeinwohl-Bilanz ist klar wertorientiert und umfassend. Die Rückmeldungen, die wir aus den Unternehmen bis jetzt erhalten, zeigen mir, dass die Gemeinwohl-

Bilanz derzeit von allen Corporate-Social-Responsibility-Instrumenten wohl das ehrgeizigste und das mit dem größten Veränderungspotenzial für die Unternehmen darstellt. Damit lässt sich derzeit die ethische Performance eines Unternehmens am besten transparent machen.

Die Gemeinwohl-Bewegung versteht sich als ergebnisoffener, lokal wachsender Prozess. Was passiert, wenn verschiedene lokale Gruppen zu recht unterschiedlichen Ergebnissen und Forderungen kommen?

Das fördert die Inspiration und das Entstehen von besseren Ideen. Letzten Endes sollen daraus gesetzgebende Prozesse resultieren. Und hier liegt die letzte Entscheidung wieder beim Souverän, sprich den Wählern.

Wirtschaftswachstum ist in der Gemeinwohl-Ökonomie kein erklärtes Ziel. Ist die Schrumpfung eines?

Nein! Die Ziele sind zum einen die Reduktion des Ressourcenverbrauchs auf ein global nachhaltiges Niveau und zum anderen die Steigerung der Lebensqualität durch die Fokussierung auf „echte“ Bedürfnisse. Die Ergebnisse der Glücksforschung zeigen, dass eine Verringerung des Ressourcenver-

„Die Gemeinwohl-Bilanz ist derzeit von allen Corporate-Social-Responsibility-Instrumenten wohl das ehrgeizigste.“

brauchs keine Einbuße an Lebensqualität und -zufriedenheit bedeuten muss. Auf einen einfachen Nenner gebracht: Das Ziel der Gemeinwohl-Ökonomie ist, dass es unserer Erde inklusive aller Menschen besser geht, dass das Gemeinwohl wächst.

Die Gemeinwohl-Ökonomie will die Wochenarbeitszeit auf rund



Christian Felber hielt auf Einladung der ÖDP München am 18.04.2013 im Theater „Leo 17“ einen Vortrag über die von ihm initiierte Gemeinwohl-Ökonomie. Rund 700 Interessierte wollten ihn hören, doch leider hatte der Saal nur für 500 Plätze. Infos zur Gemeinwohl-Ökonomie: www.gemeinwohl-oekonomie.org

30 Stunden senken. Immer mehr Menschen können jedoch heute von einem 40-Stunden-Job nicht mehr leben und brauchen zusätzlich einen Nebenjob oder Hartz-IV-Zuschuss. Wie passt das zusammen?

Die 30 Stunden oder ähnliche Zahlen werden von einigen Vordenkern wie Frithjof Bergmann oder

zeit alleine für den Erwerb und Unterhalt eines Pkw auf. Wäre es nicht attraktiver, auf diesen Pkw zu verzichten und dafür nur noch vier Tage bzw. 32 Stunden in der Woche zu arbeiten?

Niemand erhält einen Hartz-IV-Zuschuss, um sich einen Pkw kaufen zu können.

Glücklicherweise erhält niemand ALG II-Leistungen mit einer Zweckbindung! Ich habe aber leider keine Kenntnisse darüber, wie die derzeitige Leistungshöhe zustande kam, fände es aber nachvollziehbar, wenn bei der Berechnung dieser Leistung der Erwerb oder der Unterhalt eines Pkw nicht einbezogen wurde. Ganz unabhängig von dieser Detailfrage würde ich grundsätzlich die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens jeder Sozialleistung vorziehen!

Herr Wiedemann, herzlichen Dank für das interessante Gespräch. ■

Wasserprivatisierung

Wasser als *Ware*?

Aufgescheucht von Meldungen, dass die EU-Kommission durch eine Konzessionsrichtlinie die Wasserversorgung privatisieren wolle, entstanden deutschlandweit und europaweit Bewegungen, die sich gegen die „Privatisierung“ der Wasserversorgung wenden. Sie fordern, dass Wasser keine dem freien Markt und dem freien Wettbewerb zugängliche Ware sein dürfe.

von Hermann Striedl

Seitens der Städte und Gemeinden wird diese sog. Konzessionsrichtlinie deshalb bekämpft, weil nach dem Grundgesetz ein Großteil der Daseinsvorsorge, insbesondere die Wasserversorgung der Gemeinden, eine Aufgabe der Gemeinden im eigenen Wirkungsbereich ist und so vor Eingriffen der EU zu schützen sei.

Die Forderung, dass wesentliche Güter der Daseinsvorsorge keine Ware sein dürfen und somit nicht markttauglich seien, ist verständlich und sicherlich aus Sicht unseres Staatsverständnisses richtig. Die Behauptung, dass die Konzessionsrichtlinie die Daseinsvorsorge gefährde, ist aber falsch. Die Konzessionsrichtlinie besagt lediglich, dass, wenn Kommunen die Daseinsvorsorge „privatisieren“ und in diesem Rahmen private Unternehmen in die Daseinsvorsorge einschalten, die Beteiligung europaweit ausgeschrieben werden muss.

Die Liberalisierung staatlicher Aufgaben

Die Europäische Union (EU) – in erster Linie ein Wirtschaftsbündnis – ist auf eine neoliberale Wirtschaftspolitik im Sinne der Chicago-Schule ausgerichtet. Insoweit

steht die EU mit den weltweit die Völker beherrschenden Institutionen Welthandelsorganisation (WTO), Internationaler Währungsfond (IWF) und Weltbank im Einklang.

Ein Ziel der EU ist die Herstellung eines freien Binnenmarktes mit freiem Wettbewerb. Dies gilt auch für Dienstleistungen (EU-Dienstleistungsrichtlinie vom 12.12.2006). Es sollen alle staatlich veranlassten Hemmnisse abgebaut werden. Hierunter fallen auch die sogenannten Daseinsvorsorgeleistungen.

Die EU-Verträge wurden von den Regierungen der EU-Mitgliedsstaaten geschlossen. Es ist nicht die EU, die eine neoliberale Wirtschaftsideologie nach der Chicago-Schule zur verbindlichen Grundlage macht, sondern die Regierungen der EU-Staaten. Es sind nicht EU-Kommissare, die in die Interessen der EU-Bürger aus eigenem Recht eingreifen, sondern die Verträge der Regierungen der EU-Mitglieder, die eine undemokratisch geschaffene EU-Kommission ermächtigen, die Vertragsvereinbarungen durchzusetzen.

Selbst die EU-vertragsschließenden Mitglieder fürchteten, dass der Eingriff in die staatliche Souveränität bei den Daseinsvorsorgeleistungen von den Bürgern nicht ohne Protest hingenommen wird. Deshalb bestimmen die EU-Verträge, dass es den EU-Mitgliedsstaaten freigestellt ist, bei Dienstleistungen im Rahmen der Daseinsvorsorge „von allgemeinem wirtschaftlichen Interesse“ ihre Märkte zu liberalisieren oder diese zu privatisieren.

Grundsätzlich ist es dem Staat überlassen, wie er die Daseinsvorsorge erfüllt. So kann er die Aufgabe tatsächlich auch Dritten übertragen. Die Zulässigkeit der Privatisierung staatlicher Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge hängt

davon ab, wie weit der Staat die Erfüllung der ihm obliegenden Aufgaben Dritten übertragen darf, ohne seine Aufgabe zu verletzen, seinen

seinsvorsorge zu gewährleisten, sondern dort, wo der Staat gemäß Art. 20 Abs. 1 in Verb. mit Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz (GG) nach dem Sozi-

Würde und Freiheit leben können. Gerade in diesem Zusammenhang gilt, dass sich marktwirtschaftliche Betrachtungsweise und Wahrnehmung der sozialen Verantwortung des Staates gegeneinander ausschließen. Dies gilt insbesondere für Wasser, Luft, Wärme etc. Diese Güter sind die essenziellsten Voraussetzungen für das Leben des Individuums. Die Vereinten Nationen haben die Wasserver- und -Entsorgung als eines der Menschenrechte bestimmt. Allein aus diesen Gründen kann und darf Wasser keine Ware sein, die dem freien Markt zur Verfügung steht.

Grundsätzlich ist es dem Staat überlassen, wie er die Daseinsvorsorge erfüllt.

Bürgern die für ein Zusammenleben erforderlichen Güter und Leistungen zu gewährleisten.

Andere Anforderungen gelten dort, wo der Staat nicht nur nach dem überkommenen Staatsverständnis verpflichtet ist, die Da-

alstaatsprinzip gebunden ist: Er ist verpflichtet, allen Bürgern die für ein menschenwürdiges Dasein als notwendig erachteten Güter und Leistungen zur Verfügung zu stellen. Aufgabe des Staates ist es, dafür zu sorgen, dass alle Menschen in



Foto: IStock

Seit den 1990er-Jahren wird die öffentliche Daseinsvorsorge von der politischen Klasse im Wesentlichen bekämpft. Die Liberalisierungs- und Deregulierungsbemühungen der EU bzw. der EU-Staaten, das grenzüberschreitende Wettbewerbsverständnis der EU und die Verschuldung der Staaten und Kommunen drängen den Einfluss der öffentlichen Hand mehr und mehr zurück.

Daseinsvorsorge und kommunale Selbstverwaltung

Daseinsvorsorge ist Aufgabe des Staates. Richtig ist, dass die Daseinsvorsorge gemäß Art. 28 GG der kommunalen Selbstverwaltung unterliegt, soweit sie sich auf die Kommune bezieht. Soweit die kommunale Daseinsvorsorge den Gemeinden übertragen ist, bedeutet dies, dass es den Gemeinden überlassen bleibt, in Eigenverantwortung die für ihre Gemeinde erforderliche Daseinsvorsorge zu treffen (Art. 28 GG).

Es ist erforderlich, auf die verfassungsrechtlich problematische Entwicklung des Staates, insbesondere der Gemeinden, vom Eingriffsverwalter und Gewährleister für die Teilhabe an der Daseinsvorsorge hin zum Staat als Unternehmer einzugehen.

Das Bestreben der neoliberalen Politik seit den 1970er-Jahren, den Bürgern glauben zu machen, dass der Staat mit seiner Verwaltung nicht effizient handle, und die Behauptung, dass eine Verwaltung mit nahezu unkündbaren Staatsdienern jeglichem Fortschritt und insbesondere einem unbedingt erforderlichen Wirtschaftswachstum im Wege stehe, hatte den Erfolg, dass die Gemeinden mehr und mehr in der Form juristischer Personen des Privatrechts handeln. Diese Ent-

wicklung wurde ermöglicht durch das Gesetz zur Änderung des kommunalen Wirtschaftsrechts vom 24.07.1998.

Dies bedeutet, dass eine Mehrheit parteipolitisch motivierter Gemeinderatsmitglieder darüber bestimmt, ob die Gemeinde die Aufgaben der Selbstverwaltung in eigener Verantwortung nach den Bestimmungen des öffentlichen Rechts erfüllt oder von gemeindlichen Unternehmen in Form des Privatrechts ausführen lässt.

Während für die Aufgabenerfüllung durch die Gemeinde selbst die Regeln des öffentlichen Rechts gel-

Aufgabe des Staates ist es, dafür zu sorgen, dass alle Menschen in Würde und Freiheit leben können.

ten und während das Handeln der Gemeinden demokratischen, sozialen und rechtsstaatlichen Grundsätzen entsprechen muss, ist Aufgabe einer juristischen Person des Privatrechts unter Umgehung von für die Verwaltung verbindlichen Bestimmungen die Gewinnerzielung.

Trotz verfassungsrechtlicher Bedenken wird von der Politik die Entwicklung vom fürsorgenden Staat hin zum Unternehmerstaat hingenommen. Doch das offen bekundete Motiv für die Übertragung gemeindlicher Aufgaben auf kommunale Eigengesellschaften, den störend empfundenen Bestimmungen des öffentlichen Rechts zu entgehen, ist bestürzend.

Die Flucht der Kommunen in juristische Personen des Privatrechts kann aber nicht dazu führen, die Bürger von der Kontrolle der Verwaltung auszuschließen bzw. die Tätigkeit der Gemeinde unkontrollierbar zu machen. Um noch den Rest eines Gewalten teilenden, so-

zialen Rechtsstaats aufrechtzuhalten, ist es unbedingt erforderlich, das Handeln der Gemeinde, egal ob durch die Gemeinde selbst oder durch gemeindeeigene juristische Personen, transparent zu machen.

Es gilt der verfassungsrechtliche Grundsatz, dass das Handeln des Staates transparent sein muss (z. B. § 52 Bay GO; § 48 NWGO, § 52 HessGO). Die bisherige Geheimhaltungspraxis, ganz ohne eine Abwägung mit dem verfassungsrechtlichen Gebot der Öffentlichkeit wirtschaftliche oder personenbezogene Interessen genügen zu lassen, um die Öffentlichkeit einschließ-

lich der Gemeinderatsmitglieder auszuschließen, ist rechtswidrig. Verfassungsrechtlich ist es unbedingt erforderlich, dass das Handeln der Gemeinde, egal ob durch die Gemeinde selbst oder durch gemeindeeigene juristische Personen, transparent ist.

Die politisch bestimmte Verwaltung, insbesondere die Bürgermeister mit ihren Mehrheiten im Gemeinderat, verstehen sich häufig als Geschäftsführer von juristischen Gesellschaften des bürgerlichen Rechts und nicht als Vertreter des Staates bzw. seiner Bürger. Sie verstehen sich als Sachwalter wirtschaftlicher Interessen.

Das Bundesverfassungsgericht, aber auch andere Gerichte weisen entschieden darauf hin, dass die Parlamente, die Stadt- und Gemeinderäte die Aufgabe der Mitwirkung beim staatlichen Handeln wie auch die Aufgabe der Kontrolle haben. Sie betonen auch das Kontrollrecht der Medien und des Bürgers.

Der Einfluss der Bürger, die Aufgabe der gewählten Vertreter der Bürger, sei es im Bereich der Eingriffsverwaltung, sei es im Bereich der Leistungsgewährung, werden mehr und mehr abgebaut. Der Staat, ebenso die Gemeinden sehen sich primär als Unternehmer. Sie werden nicht mehr nach den Maßstäben einer unparteiischen Verwaltung für alle Bürger tätig, sondern hauptsächlich in den Kategorien eines auf Gewinnerzielung orientierten Unternehmers im Sinne des Kapitals.

Nicht in erster Linie die Privatisierung von öffentlichen Aufgaben, sondern vielmehr die Verträge, die von den politischen Verantwortlichen mit der kapitalträchtigen Wirtschaft geschlossen werden (in besonderem Maß bei der PPP), sind skandalös und teilweise kriminell. Nur größtmögliche Transparenz, die es von Anfang an den Bürgern und insbesondere allen von den Bürgern gewählten Vertretern ermöglicht, das Handeln des Staates einschließlich der Gemeinden zu kontrollieren, kann den Staat, kann die Gemeinden dazu zwingen, im Interesse der Allgemeinheit und nicht im Interesse des Kapitals und korrupter Manager zu handeln. ■

Hermann Striedl, Jahrgang 1938, ist Jurist und war von 1967 bis 1969 Staatsanwalt und von 1969 bis 2003 Richter am Landgericht Regensburg. 2003 trat er in die ÖDP ein, war von 2008 bis 2010 ihr Stellvertretender Bundesvorsitzender. Außerdem ist er Mitglied bei Mehr Demokratie e. V. und Pax Christi.



Kontakt: h.striedl@gmx.de

Definitionen

Neoliberalismus nach der Chicago-Schule

Das Credo lautet: „Ein privat-marktwirtschaftliches System ist jeglicher staatlichen Regulierung der Wirtschaft absolut überlegen. Freie Märkte sind das effizienteste Mittel zur Ressourcenallokation und Einkommensverteilung. Dafür ist es erforderlich, die wirtschaftliche Aktivität des Staates zurückzudrängen.“ Oder: „Der freie Markt, der freie Wettbewerb sind allein in der Lage, ein gerechtes gesellschaftliches Leben zu ermöglichen.“

Staatliche Daseinsvorsorge

Daseinsvorsorge ist ein unbestimmter Rechtsbegriff. Die wesentlichen Bereiche der staatlichen Daseinsvorsorge sind die Versorgung mit Wasser, Gas, Energie, die Abfallbeseitigung, Verkehrserschließung, innere und äußere Sicherheit, Krankenvorsorge, Bildung. Der Begriff der öffentlichen Daseinsvorsorge geht auf Ernst Forsthoff in den 30er-Jahren des vorigen Jahrhunderts zurück. Nicht bestimmt ist, wie der Staat die Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge sichert.

Privatisierung

Wenn von der Privatisierung staatlicher Aufgaben in Zusammenhang mit der Daseinsvorsorge die Rede ist, ist vorweg der vielschichtige Terminus „Privatisierung“ zu analysieren. Er ist kein präziser Rechtsbegriff. Ganz allgemein gesagt, handelt es sich bei der Privatisierung um Übertragung von staatlichen Aufgaben auf private Institutionen. Privatisierung tritt in unterschiedlichen Formen auf:

Materielle Privatisierung: Hier werden bisher vom Staat wahrgenommene Aufgaben voll auf private Unternehmen übertragen. Der Staat verzichtet auf weitere Einflussnahme. Mit der Aufgabe wird das Eigentum an dem zur privatisierten Aufgabe gehörenden Staatsunternehmen übertragen.

Funktionelle Privatisierung: Dies ist die Teilung der Aufgabenerfüllung zwischen Staat und Privaten. Der Staat schaltet zur Aufgabenerfüllung private Institutionen ein; es liegt an den Vertragsschließenden, wie weit der Staat sich der Verantwortung und der Weisungshoheit stellt. Häufige Erscheinungsform: Public Private Partnership.

Formelle Privatisierung: Diese Organisationsprivatisierung bedeutet, dass der Staat nicht mehr als öffentliche Verwaltung, sondern in der Form einer juristischen Person des Privatrechts handelt.

Art. 28 Abs. 2 des Grundgesetzes

„Den Gemeinden muss das Recht gewährleistet sein, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Auch die Gemeindeverbände haben im Rahmen ihres gesetzlichen Aufgabenbereiches nach Maßgabe der Gesetze das Recht der Selbstverwaltung. Die Gewährleistung der Selbstverwaltung umfasst auch die Grundlagen der finanziellen Eigenverantwortung.“



Energetische Gebäudemodernisierung

Die schwierigen 35 Prozent

Energie, die wir nicht brauchen, müssen wir erst gar nicht erzeugen. Das größte Einsparpotenzial besitzt unser Gebäudebestand. Er verbraucht zum Heizen 35 % unserer gesamten Energie. Durch Energetische Modernisierungen ließen sich die CO₂-Emissionen auf null reduzieren. Doch die Umsetzung ist schwierig.

von Günther Hartmann

Als Verdrängung wird in der Psychoanalyse ein grundlegender Abwehrmechanismus bezeichnet, der unangenehme Gefühle und Gedanken von der bewussten Wahrnehmung ausschließt. Dieses Phänomen tritt auch bei der „Energiewende“ auf. Zwar lässt sich ein gewisser Aktivismus nicht leugnen, doch was unserer Bundesregierung völlig fehlt ist ein schlüssiges Gesamtkonzept. Stattdessen gibt es eine Fülle un-

Nachricht: Es braucht keine technischen Innovationen, um diese 35 % so weit zu senken, dass ihre CO₂-Emissionen gegen null gehen. Die technischen Lösungen dafür sind seit Langem bekannt. Wichtigste Maßnahme: eine deutliche Verbesserung der Wärmedämmung. Dadurch kann der Heizenergiebedarf so weit gesenkt werden, dass er sich regenerativ decken lässt.

Die Energetische Modernisierung des Gebäudebestands ist

auch 15–25 kWh/m²a, doch solch ehrgeizige Maßnahmen findet unsere Bundesregierung überzogen. Möglicherweise steckt dahinter auch die Lobbyarbeit der Ziegelindustrie, deren Umsatz bei solch hohen Anforderungen drastisch einbrechen dürfte.

Der Anteil der Modernisierungen am gesamten Bauvolumen betrug 2011 im Wohnungsbau 75 % und im Nichtwohnungsbau 66 %. Das sieht nach viel aus, doch vom gesamten Gebäudebestand werden so jährlich nur 1 % modernisiert – energetisch modernisiert gar nur 0,7–0,8 %. Selbst wenn sich die gesamte Bauwirtschaft also nur noch dieser Aufgabe widmen und die Neubautätigkeit einstellen würde, könnte sie pro Jahr nur 1 % des Gebäudebestands energetisch modernisieren. Sie ist für so eine Mammutaufgabe überhaupt nicht ausgelegt. Unseren gesamten Gebäudebestand energetisch zu modernisieren, würde 100 Jahre dauern. Um die Klimaschutzziele zu erreichen, wären aber 20 bis 25 Jahren nötig. Je schneller, desto besser.

Ist der Herstellungsaufwand für Dämmstoffe gerechtfertigt?

Beim Dämmen eines ungedämmten Gebäudes sind die CO₂-Emissionen, die beim Herstellen der Wärmedämmung entstanden sind,

durch die Reduzierung des Wärmeenergiebedarfs in wenigen Wochen bis maximal 1 Jahr wieder eingespart. Die große Spannweite ergibt sich aus der Fülle unterschiedlicher Materialien und Materialstärken. Bei einem Dachstuhl gilt z.B.: 160 mm Mineralwolle haben ihr bei der Herstellung freigesetztes CO₂ durch die Reduzierung des Heizenergiebedarfs in 7 Wochen wieder eingespart, sodass die CO₂-Bilanz ab der 8. Woche positiv ist. Zum Vergleich: Bei einer Photovoltaikanlage dauert dies rund 4 Jahre.

Finanziell rechnen sich Energetische Modernisierungen allerdings nicht so schnell. Die Investitionen amortisieren sich frühestens nach 5 Jahren, möglicherweise erst nach Jahrzehnten – je nach Energiepreisentwicklung, Bauweise, Baumaterialien und Schwierigkeitsgrad.

Viel handwerkliche Arbeit und Fachwissen sind für eine korrekte Ausführung notwendig. Ungelernte Hilfsarbeiter sind für diese anspruchsvolle Tätigkeit nicht geeignet. Und qualifizierte Fachkräfte sind im Vergleich zur Energie relativ teuer. Das ändert sich, sobald die Energiepreise stark ansteigen.

Wäre das Einstellen der Neubautätigkeit wirklich sinnvoll?

Die Neubautätigkeit einzustellen und nur noch den Gebäudebestand



Energetische Modernisierung eines sechsgeschossigen 1970er-Jahre-Wohngebäudes in Augsburg-Hochzoll mit vorgefertigten Fassadenelementen in Holzrahmenbauweise. Diese Methode wurde im europäischen Forschungsprojekt „TES EnergyFacade“ wissenschaftlich untersucht und weiterentwickelt. Ausführliche Infos: www.tesenergyfacade.com — Downloads — Article about TES in Mikado Magazine (PDF-Download)

Beim Dämmen eines Gebäudes sind die CO₂-Emissionen, die beim Herstellen der Wärmedämmung entstehen, in wenigen Wochen bis maximal 1 Jahr wieder eingespart.

abgestimmter Einzelmaßnahmen, die oft nicht zusammenpassen. Das scheint niemanden zu stören. Hauptsache, es passiert etwas.

Am effizientesten und effektivsten wäre es jedoch, den Hebel beim größten Energieverbraucher anzusetzen – vor allem, wenn er große Energieeinsparpotenziale aufweist. Und der mit Abstand größte Energieverbraucher ist bekannt: unser Gebäudebestand. Er verbraucht 35 % der deutschen Gesamtenergie – nur zum Heizen. Deutsche Winter sind kalt und lang. Die gute

wesentlich wichtiger als schärfere Energetische Standards bei den Neubauten. Neubauten erweitern den Gebäudebestand jedes Jahr um weniger als 1 %. 75 % des Gebäudebestands jedoch stammen aus der Zeit vor der ersten Wärmeschutzverordnung (WSchVO) 1977. Sie weisen einem Heizenergiebedarf von 150–300 kWh/m²a auf. Das ist drei- bis sechsmal so viel wie bei heutigen Neubauten, die laut Energieeinsparverordnung (EnEV) 2009 nur noch 50–60 kWh/m²a brauchen dürfen. Möglich wären heute

zu modernisieren, würde bedeuten, dass die heutigen Siedlungsstrukturen auf Dauer so bleiben, wie sie sind. Sie sind aber alles andere als nachhaltig, sondern das Resultat einer jahrzehntelangen Auto-Orien-

tionierung, die zur Auto-Abhängigkeit führte. Ein Einstellen der Neubautätigkeit würde die Auto-Abhängigkeit für immer festschreiben. Unabhängigkeit vom Auto braucht andere Siedlungsstrukturen. Nach-

haltigere Siedlungsstrukturen zu schaffen, bedeutet: manche Orte aufgeben und rückbauen, andere Orte umbauen und ausbauen. Die Ziele müssen immer sein: sinnvolle Größen, Dichten, Durchmischungen und Gliederungen.

Der aktuelle Trend geht in die richtige Richtung: War die letzten Jahrzehnte eine hemmungslose Zersiedlung des ländlichen Raums angesagt, zieht die Bevölkerung nun wieder in die Städte zurück. Denn während früher das Wohnen auf dem Land trotz vieler und langer Autofahrten deutlich preisgünstiger war als das Wohnen in der Stadt, verschwindet dieser Kostenvorteil durch steigende Benzinpreise. Städte waren schon immer das Resultat der großen Vorteile räumlicher Nähe. Die sind heute wieder gefragt, denn weite Entfernungen

zurückzulegen, kostet viel Zeit, viel Energie und viel Geld. Während auf dem Land zwei Autos pro Haushalt keine Seltenheit sind, hat in München ein Drittel aller Haushalte keins.

Die Binnenmigration erfordert natürlich den Bau neuer Gebäude. Schlecht? Nein! Die Bautätigkeit muss nicht zwangsläufig zu

fünffachung. Vervielfacht sich die Arbeitsmenge, vervielfacht sich die Zahl der Arbeitskräfte. Momentan sind im Bauhauptgewerbe 720.000, in der gesamten Bauwirtschaft 2,4 Mio. Menschen beschäftigt.

Es geht hier also um Millionen neuer Arbeitsplätze. Aber woher sollen die Arbeitskräfte kommen? Schon heute bleiben viele offene

Den Gebäudebestand in 25 statt in 100 Jahren energetisch zu modernisieren, bedeutet eine Vervielfachung der Arbeitsmenge und Arbeitskräfte in der Bauwirtschaft während dieser Zeit.

schlechten Ökobilanzen führen: Wenn mit Holz gebaut wird, ist die CO₂-Bilanz aufgrund des geringen Energieaufwands und des gespeicherten CO₂ positiv. Das Bauen mit Holz verringert somit den CO₂-Anteil in der Atmosphäre – nachhaltige Waldbewirtschaftung vorausgesetzt, aber die ist in Mitteleuropa gegeben. Das Bauen mit Holz ist die simpelste und wirksamste Teillösung im Kampf gegen den Klimawandel.

Wie lässt sich der Gebäudebestand schneller modernisieren?

Wenn sich die gesamte Bauwirtschaft ausschließlich Energetischen Modernisierungen widmet und auf Neubautätigkeiten ganz verzichten würde – was nicht sinnvoll ist –, würde es 100 Jahre dauern, bis der gesamte Gebäudebestand seinen Heizenergiebedarf auf ein Niveau gesenkt hat, das sich regenerativ decken lässt – aus Sicht des Klimaschutzes viel zu lange. Eine Verkürzung auf 25 Jahre würde aber eine Vervielfachung der Arbeitsmenge in dieser Zeitspanne bedeuten, eine Verkürzung auf 20 Jahre eine Ver-

lehrstellen unbesetzt. Das liegt auch daran, dass viele Bauunternehmer Bewerber nicht nehmen, obwohl sie dringend Nachwuchskräfte bräuchten. Das Holzbaumagazin „mikado“ befragte im Herbst 2012 Unternehmen, woran es bei ihren Bewerbern und Auszubildenden am meisten hapert: 4% nannten „handwerkliches Geschick“, 43% „Lust auf Leistung“ und 52% „Lesen, Schreiben, Rechnen“. Das wirft kein gutes Licht auf unsere Haupt- und Realschulen.

Aber selbst, wenn die aktuellen Ausbildungsstellen alle besetzt wären, reicht das bei Weitem nicht. Es müssten wesentlich mehr geschaffen und in den Schulen massiv dafür geworben werden. Und es müsste einen Plan geben, was nach 20 bis 25 Jahren mit den dann arbeitslosen Handwerkern geschehen soll. Den gibt es aber nicht, stattdessen droht: 1 Jahr „Arbeitslosengeld I“, danach „Arbeitslosengeld II“, „Hartz IV“ genannt. Hier ist die Politik gefordert. Sie dürfte diejenigen, die es ermöglichen, den nationalen Kraftakt „Energetische Modernisierung“ zu bewältigen, hinterher



Gesamterneuerung einer ursprünglich dreigeschossigen 1950er-Jahre-Wohnanlage in München-Sendling. Neben der Energetischen Modernisierung mit vorgefertigten Fassadenelementen in Holzrahmenbauweise wurden die Gebäude um ein Geschoss aufgestockt, durch einen Neubau ergänzt und ihre Treppenhäuser durch Laubengänge ersetzt. Ausführliche Infos: www.gwg-muenchen.de → Bauen und Wohnen → Broschüre „Bauen mit Holz – eine überzeugende Ökobilanz“ (PDF-Download)

Foto: GWG München/Stefan Müller-Naumann

München fördert Holzbauweise!

München geht bei der Holzbauförderung mit gutem Beispiel voran! Sein Stadtrat beschloss am 19. März 2013 einen CO₂-Bonus. Seit 1. Mai 2013 wird jedes Kilogramm langfristig verbautes CO₂ mit 30 Cent gefördert. Das Berechnungstool – eine einfache Excel-Datei – können Interessierte im Internet herunterladen:

www.muenchner-fachforen.de
→ Downloads → Netzwerk Holzbau München

Der CO₂-Bonus ist Teil des „Förderprogramms Energieeinsparung“ (FES), das ebenfalls im Internet zu finden ist:

www.muenchen.de
→Suche: FES

nicht als „arbeitsscheu“ abstempeln und fallenlassen.

Wäre es klug, im großen Stil ausländische Arbeitnehmer anzuwerben? Ist nicht die hohe Jugendarbeitslosigkeit im kriselnden Südeuropa geradezu ideal, unseren Fachkräftemangel zu beheben? Das scheint auf den ersten Blick eine Lösung zu sein, doch es besteht ein Sprachproblem, das sich nicht von heute auf morgen lösen lässt. Schließlich geht es bei der Energetischen Modernisierung nicht um einfache Tätigkeiten für Hilfsarbeiter. Die Jugendlichen müssen zunächst eine solide Ausbildung absolvieren, bevor sie anspruchsvolle Handwerke ausüben können. Und das bedeutet auch: Lesen und Schreiben.

Eine andere Möglichkeit wäre, die Energetische Modernisierung zu industrialisieren. Vorgefertigte, hochwärmegedämmte Fassadenelemente in Holzrahmenbauweise

sind heute von den Kosten her wettbewerbsfähig und von der Nachhaltigkeit unschlagbar. Holzbauunternehmen können sie in Werkhallen mit hoher Präzision herstellen und dann auf den Baustellen in wenigen Stunden an die bestehenden Fassaden montieren. Die Bewohner müssen dabei nicht ausziehen und die Nachbarschaft wird nur kurz gestört. Statt den Niedergang der Autoindustrie mit immer neuen Subventionen zu verzögern, könnten deren große Fertigungshallen für die Bauwirtschaft umgerüstet werden. Serienproduktion für den Klimaschutz!

Keine sinnvolle Option ist es, auf die „heilende Kraft des Nichtstuns“ zu hoffen. Wird ein bestehendes Gebäude nicht energetisch modernisiert, bleibt sein Heizenergiebedarf auf dem heutigen Niveau. Bei den gegenwärtigen Diskussionen zur „Energiewende“ bleibt dieser Aspekt weitgehend ausgeblendet.

Unsere Bundesregierung widmet sich vor allem der Frage, auf welche Art und Weise sich künftig Strom am besten erzeugen und transportieren lässt. Dabei ist die sicherste und umweltfreundlichste Energiequelle eine ganz simple: Energieeinsparung. ■

Günther Hartmann
Jahrgang 1965,
studierte Architektur
und war nach dem
Diplom zunächst
einige Jahre in Architektur- und Stadtplanungsbüros tätig.

Nach weiteren beruflichen Stationen wandte er sich 2008 dem Journalismus zu und befasst sich seither schwerpunktmäßig mit dem energieeffizienten und nachhaltigen Bauen. In die ÖDP trat er 1998 ein und ist seit 2006 Chefredakteur der ÖkologiePolitik.



www.guenther-hartmann.de

Bewegungsstiftung

Damit sich was bewegt!

Warnsystem, Kontrollinstanz und Werkstätten der Zukunft – soziale Bewegungen leisten einen wichtigen Beitrag für eine starke und lebendige Demokratie. Unterstützt werden sie dabei von der Bewegungsstiftung.

von Wiebke Johanning

Straßentheater gegen die Ausbeutung von NäherInnen in Bangladesch, Menschenketten gegen Atomkraft und Demonstrationen gegen die Abschiebung von Flüchtlingen. Was haben diese Proteste gemeinsam? Sie alle werden von der Bewegungsstiftung unterstützt. Die Stiftung mit Sitz in Verden bei Bremen fördert soziale Bewegungen, die sich mit Geld und Beratung für Ökologie, Frieden und Menschenrechte einsetzen. 2002 von neun ErbInnen gegründet, haben sich ihr bis heute weitere 128 Stifterinnen und Stifter aus ganz Deutschland angeschlossen. Zusammen haben sie ein Stiftungskapital von bisher fünf Millionen Euro eingebracht. Aus den Erlösen des Vermögens und zusätzlichen Spenden hat die Bewegungsstiftung in den letzten zehn Jahren über zwei Millionen Euro für soziale Bewegungen zur Verfügung gestellt.

Doch was ist das eigentlich genau – eine soziale Bewegung? Wir definieren soziale Bewegungen als Netzwerke von Personen, Gruppen und Organisationen, die – gestützt auf gemeinsame Ziele und Werte – sozialen und politischen Wandel durch öffentliche Aktionen und Proteste fördern wollen. Woraufhin

sich gleich die nächste Frage anschließen lässt: Warum auf soziale Bewegungen setzen und nicht auf Parteien, um politischen Wandel zu fördern? Schließlich leben wir in einer parlamentarischen Demokratie, in der das Volk über Wahlen VolksvertreterInnen und eine Regierung bestimmt, die in seinem Sinne politische Entscheidungen treffen sollen. So jedenfalls die Grundidee. In der Realität sieht das jedoch ganz

anders aus. Da lassen sich viele PolitikerInnen eher von der Lobbyarbeit mächtiger Wirtschaftsverbände als vom Wählerwillen lenken, drängende politische Probleme werden ausgeblendet, die Interessen benachteiligter sozialer Gruppen werden ignoriert und Wahlversprechen nicht eingehalten.

In einer solchen Situation leisten soziale Bewegungen einen wichtigen Beitrag für eine lebendige und starke Demokratie, wie der Bewegungsforscher Dieter Rucht herausgearbeitet hat. Sie machen auf Probleme aufmerksam, die von der etablierten Politik ignoriert werden

und sorgen so für Handlungsdruck. Wie zum Beispiel unser Förderprojekt „ausgestrahlt“, das für einen sofortigen Atomausstieg kämpft. Denn von den verbliebenen neun Meilern sollen einige bis 2022 am Netz bleiben und Atommüll produzieren, für den es keine sichere Lagerung gibt. Ganz abgesehen von der Gefahr eines Super-GAU, die von der Bundesregierung kleingedredet wird.

Ein weiterer Punkt, der für soziale Bewegungen spricht: Sie vertreten die Interessen von Gruppen, die sonst kaum Gehör finden, wie zum Beispiel die von Flüchtlingen oder ArbeiterInnen im globalen Süden, die unter katastrophalen Bedingungen für den westlichen Markt Waren produzieren. Hier engagiert sich zum Beispiel die Kampagne für saubere Kleidung, die seit 2008 von der Bewegungsstiftung gefördert wird. Sie hat mit intensiver Pressearbeit das Thema in die Öffentlichkeit getragen und erreicht, dass 31 Bekleidungsfirmen nach dem

Soziale Bewegungen sind Lernfelder der Demokratie.

Fabrikeinsturz in Bangladesch ein Abkommen über Brandschutz und Gebäudesicherheit unterschrieben haben. Ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Soziale Bewegungen haben aber auch den Vorteil, dass sie ohne Rücksicht auf Koalitionen und Machtbündnisse scharf und unverblümt Kritik äußern können. Das gilt für die Anti-Atom-Bewegung, die auch die Atomausstiegsbedingungen der Grünen kritisch hinterfragt, bis hin zu unserem Förderprojekt „Lobbycontrol“, das die Lobbyverflechtungen von PolitikerInnen aller Parteien öffentlich

Foto: Kampagne für saubere Kleidung



Ein Förderprojekt der Bewegungsstiftung, die Kampagne für saubere Kleidung, protestiert vor dem Kanzleramt in Berlin.

macht und für eine transparente Politik kämpft.

Darüber hinaus sind Protestbewegungen nicht immer nur „dagegen“. Sie entwickeln auch Visionen für eine andere Zukunft – wie zum Beispiel unser Förderprojekt „Berliner Energietisch“. Das Bündnis sammelt Unterschriften für den Rückkauf des Berliner Stromnetzes und will demokratisch, ökologisch und sozial wirtschaftende Stadtwerke gründen, um so den Strommarkt im Sinne der BürgerInnen zu gestalten und die Energiewende vorwärtszutreiben.

Ein weiterer Punkt: Soziale Bewegungen sind Lernfelder der Demokratie. Sie mobilisieren Menschen, sich für ihre politischen Überzeugungen einzusetzen, öffentlich Position zu beziehen und andere argumentativ zu überzeugen. Generationen wurden seit den 60er-Jahren durch Studentenproteste, Anti-Atom-, Friedens- und Frauenbewegung sozialisiert und in ihrem Verständnis als politisch denkende und handelnde Menschen geprägt.

Doch nicht jede Protestbewegung ist automatisch demokratisch,

transparent und dem Gemeinwohl verpflichtet. Die Bewegungsstiftung treibt daher großen Aufwand, um aus den rund 100 Kampagnenanträgen, die sie jährlich erhält, diejenigen herauszufiltern, die diesen Prinzipien entsprechen, die wichtige Themen aufgreifen und die größte Aussicht auf Erfolg haben. Vier Gremien mit insgesamt rund 30 Mitgliedern sind an diesem Prozess beteiligt.

Die ausgewählten Projekte können nicht nur auf Fördersummen zwischen 4.000 und 100.000 Euro zurückgreifen. Sie profitieren auch von der Beratung und den Vernetzungsangeboten der Stiftung. Zwei MitarbeiterInnen kümmern sich um die Begleitung der Förderprojekte. Hinzu kommen Fachtage und Seminare, bei denen sich die Aktiven austauschen können.

Abgesehen von ihrer Fördertätigkeit ist die Bewegungsstiftung aber auch ein Ort der Begegnung und der politischen Debatte zwischen Menschen, die mit ihrem Vermögen politischen Wandel fördern wollen, und Menschen, die diesen Wandel mit Protest vorwärtstreiben wollen.

StifterInnen und Aktive aus den geförderten Projekten kommen regelmäßig bei Treffen zusammen und entscheiden gemeinsam über die Förderung und die weitere Entwicklung der Stiftung.

Sie werden aber auch gemeinsam aktiv, wie zum Beispiel Anfang Mai in Hamburg, als sich StifterInnen und Aktive mit einem Segelschiff an der Blockade des Hamburger Hafens beteiligt haben, um gegen das klimaschädliche Kohlekraftwerk in Hamburg-Moorburg zu protestieren. Das Resümee einer Stifterin: „Eine tolle Erfahrung, Teil des Protests zu sein.“

Mehr Infos zur Bewegungsstiftung:
» www.bewegungsstiftung.de

Wiebke Johanning,
Jahrgang 1978,
Journalistin und seit
2008 Pressereferentin
der Bewegungsstiftung,
Tel. (0 42 31)
95 75 40



johanning@bewegungsstiftung.de

An alle Mitglieder

von Sebastian Frankenberger

Liebe ÖDP-Mitglieder,

in etwas weniger als einem Jahr wird für uns als ÖDP viel auf dem Spiel stehen: Dann findet die Europawahl statt, bei der wir gute Chancen haben, mit Mandaten ins Europäische Parlament einzuziehen. Leider sieht es aber momentan so aus, dass der Weg nach Europa nicht ohne Schwierigkeiten zu bewältigen ist: Die bis 2011 gesetzliche verankerte 5%-Hürde wurde zwar vom Bundesverfassungsgericht gekippt, im Juni jedoch hat der Bundestag eine 3%-Hürde zur Europawahl beschlossen. Natürlich werden wir diese Entscheidung nicht so einfach hinnehmen. Nicht nur, weil es hier offensichtlich ist, dass die Bundestagsparteien (außer der Linkspartei) aus Angst vor dem Machtverlust noch schnell ein Gesetz geändert haben. Auch nicht nur, weil mit dieser Entscheidung klar wird, wie wenig Respekt dem Urteil der Bundesverfassungsrichter entgegengebracht wird. Wir klagen, weil wir nicht damit einverstanden sind, dass Millionen Wählerstimmen unter den Tisch fallen, weil sie nicht gezählt werden. Und weil wir eine reelle Chance haben möchten, unsere politischen Ideen ins EU-Parlament einzubringen.

Sie sehen, es gibt viele Gründe, sich gegen die 3%-Hürde zu engagieren. Mit unserem Engagement sind wir nicht alleine, denn wir haben uns prominente Hilfe geholt: Prof. Dr. Hans Herbert von Arnim, der bekannte Staatsrechtler, wird uns bei einer Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die 3%-Hürde vertreten. Mit im Boot sitzen auch die Freien Wähler. Weil wir glauben, dass wir gemeinsam Kräfte bündeln müssen, um gegen die undemokratische Entscheidung des Bundestages vorzugehen.



Foto: Biljana Kujjak

Ich weiß, dass ökologisch-demokratische Politik in Europa dringend gebraucht wird. Damit Friedenspolitik, soziale Gerechtigkeit und erneuerbare Energien eine Stimme bekommen. Helfen Sie uns auf dem Weg ins Europäische Parlament. Unterstützen Sie uns mit Ihrer Hilfe.

Vielen Dank dafür.

Es grüßt Sie herzlich
Ihr

Sebastian Frankenberger

PS: Auf dem Bundesparteitag im November in Eichstätt wird die Europawahlliste aufgestellt. Zur Wahl des Europäischen Parlaments gibt es nur eine Bundesliste, auf der bis zu 96 Kandidatinnen und Kandidaten Platz haben. Wenn Sie kandidieren möchten, wenden Sie sich doch an unseren Generalsekretär Dr. Claudius Moseler unter politik@oedp.de.

Neues aus dem Bundesverband

von Dr. Claudius Moseler

Wahlvorbereitungen

Die Wahlvorbereitungen laufen derzeit auf Hochtouren, während ich diese Zeilen schreibe. Die Landesverbände sind noch dabei, die letzten Unterstützungsunterlagen für die Wahlzulassungen einzusammeln. Gleichzeitig stehen die Sommerferien vor der

über diese Tour finden Sie hier: www.radeln-für-bayern.de/

Internet

Inzwischen sind die meisten ÖDP-Verbände ins Internetsystem des ÖDP-Bundesverbandes gewechselt (bis auf die Verbände in Baden-Württemberg, welche ein anderes

Nach dem Motto „Die etwas andere Wahlkampf tour“ veranstaltet der ÖDP-Bundesvorsitzende Sebastian Frankenberger eine Radl-Tour durch Bayern, um sich gemeinsam mit den Kandidatinnen und Kandidaten der ÖDP bei den Bürgerinnen und Bürgern über die Probleme des Landes zu informieren.

Tür. Ich möchte daher einfach an dieser Stelle allen Aktiven bereits im Voraus danken, dass Sie sich für die Sache der ÖDP einsetzen und für unsere gemeinsame Sache viel Zeit investieren. Alle Wahlkampfinformationen finden Sie im internen Teil der ÖDP-Internetseiten unter: www.oedp.de/service/login

Nach dem Motto „Die etwas andere Wahlkampf tour“ veranstaltet der ÖDP-Bundesvorsitzende Sebastian Frankenberger eine Radl-Tour durch Bayern, um sich gemeinsam mit den Kandidatinnen und Kandidaten der ÖDP bei den Bürgerinnen und Bürgern über die Probleme des Landes zu informieren. Die gesammelten Informationen sollen dann zum Abschluss der Radl-Tour im Bayerischen Landtag abgegeben werden. Weitere Informationen

Redaktionssystem betreiben). Hier stehen noch zahlreiche Baustellen an, aber wir sind dabei, diese nach und nach abzuarbeiten. Ich weise darauf hin, dass hier viel Kleinarbeit erforderlich ist, die Zeit in Anspruch nimmt, und dass leider nicht jeder Sonderwunsch erfüllt werden kann. Gleichzeitig werden hoffentlich beim Lesen dieser Zeilen die Wahlkampfseiten der ÖDP für die bayerische Landtagswahl und die Bundestagswahl geschaltet sein.

Neues Grundsatzprogramm verabschiedet

Das Grundsatzprogramm wurde auf dem letzten Bundesparteitag am 4./5. Mai 2013 in Coburg intensiv bearbeitet und beschlossen. Dort wurde entschieden, dem Vorschlag der Bundesprogrammkommission bzw. des Bundesvorstandes

den Vorzug zu geben. Mit einer großen Zahl von Änderungsanträgen wurde dieses Programm letztendlich vom Bundesparteitag mit einigen Bearbeitungsaufträgen an die Bundesprogrammkommission und den Bundeshauptausschuss beschlossen. Am 23. Juni 2013 hat dann schließlich der Bundeshauptausschuss die letzten redaktionellen Änderungen durch die Bundesprogrammkommission behandelt und kleinere Korrekturen an dieser Arbeit vorgenommen. Auch hier erfolgte eine positive Schlussabstimmung. Wir bedanken uns bei allen, die sich für unser neues Grundsatzprogramm eingesetzt haben, besonders bei den Mitgliedern, die einen Alternativentwurf vorgelegt hatten. Das neue Programm soll nun möglichst zeitnah neu gedruckt werden, aber natürlich auch online zur Verfügung stehen.

Schulungen

Der ÖDP-Bundesverband hat insgesamt sechs Kandidatenschulungen durchgeführt. Diese stießen auf sehr positives Interesse und sollen nun in regelmäßigen Abständen – je nach regionalem Interesse – auch mit Blick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen sowie die Europawahl im Jahr 2014 angeboten werden.

Dr. Claudius Moseler
Generalsekretär,
ÖDP Bundespolitisches und Kommunalpolitisches Büro,

Neckarstr. 27–29, 55118 Mainz,
Tel. (0 61 31) 67 98 20, Fax (0 61 31) 67 98 15, Mobil (01 60) 87 10 542

politik@oedp.de



ÖDP-Spitzenkandidaten zur Bundestagswahl – Teil 2

„Authentisch und nachhaltig. Human und fortschrittlich.“

Wer sind die Personen, die bei der Bundestagswahl am 22. September 2013 auf Platz 1 der ÖDP-Landesliste stehen? Was denken sie? Für welche Inhalte stehen sie? Ihre Antworten auf die sechs Fragen zeigen zwar unterschiedliche Charaktere, aber auch, warum sie sich alle für ein Engagement in der ÖDP entschieden haben.

Jens Rehmann

Platz 1 der sachsen-anhaltinischen Liste zur Bundestagswahl

1. Was hat Sie bewogen, bei der Bundestagswahl für die ÖDP anzutreten?

Da die ÖDP ein bundespolitisches Programm hat, muss sie auch wählbar sein. Die Bundestagswahl bietet die Möglichkeit, die ÖDP bekannter zu machen.

2. Welches sind Ihre thematischen Schwerpunkte?

Da wir in Sachsen-Anhalt mit die besten Böden haben, möchte ich mich für eine nachhaltige und gentechnikfreie Landwirtschaft einsetzen.

3. Woran fehlt es – aus Ihrer Sicht – unserer aktuellen Regierung am meisten?

Der Regierung fehlt ein Konzept zum Umgang mit dem demografischen Wandel. Die Stabilisierung der Sozialsysteme muss angegangen werden.

4. Woran fehlt es der Opposition im Bundestag?

Die Opposition profiliert sich nur selbst und sucht nicht die Zusammenarbeit.

5. Warum braucht es die ÖDP im Bundestag?

Wir brauchen eine neue und nicht von Konzernspenden beeinflusste politische Kraft.

6. Wie spiegelt sich die ÖDP-Philosophie in Ihrem persönlichen Leben und Handeln wider?

Seit fünfzehn Jahren kauft unsere Familie im Bioladen ein und achtet darauf, dass die Produkte aus der Region



kommen. Wir haben unseren Fleischkonsum reduziert und gehen nicht bei KiK einkaufen. Wir bewohnen ein restauriertes Fachwerkhaus.

Prof. Dr. Martin Schwab

Platz 1 der Berliner Liste zur Bundestagswahl

1. Was hat Sie bewogen, bei der Bundestagswahl für die ÖDP anzutreten?

Die ÖDP muss bei einer Bundestagswahl in der Bundeshauptstadt Präsenz zeigen.

2. Welches sind Ihre thematischen Schwerpunkte?

Ganz klar die Bildungspolitik. Ich bin als Hochschullehrer selbst Bestandteil des deutschen Bildungssystems und bekomme das Versagen von Bildungspolitikern und Kultusbürokratie Tag für Tag am eigenen Leib zu spüren. Von der Verkürzung der Schulzeit an den Gymnasien (G8 statt G9) bis hin zur Bologna-Reform an den Universitäten haben sie wirklich alles vergeigt. Und auch die Kür von sogenannten Exzellenzuniversitäten ist in Wirklichkeit ein Fiasko – nämlich für die akademische Lehre: Es fällt nun einmal schwer, gleichzeitig aufwendige Exzellenzcluster zu schmieden und sich daneben um Hundertschaften orientierungsloser Studierender in hoffnungslos überfüllten Studiengängen zu kümmern. Indem die Universitäten gedrängt wurden, Ersteres zu forcieren, blieb Letzteres auf der Strecke. Der Exzellenzwettbewerb hat, wenn man so will, 2,5 Millionen Verlierer – nämlich die 2,5 Millionen Studierenden an deutschen Hochschulen.

3. Woran fehlt es – aus Ihrer Sicht – unserer aktuellen Regierung am meisten?

Die Bundesregierung macht nicht deutlich, für wen sie eigentlich Politik macht – ob für alle Menschen oder bloß für die Lobbyisten. Vor allem die FDP wirkt auf mich so, als verstehe sie sich nur noch als Erfüllungshelfin vermöglicher Akteure. Bei der Rettung des Euro hat die Bundesregierung in der Zypern-Krise ihr wahres Gesicht gezeigt: Im Notfall opfert man selbst die berechtigten Sicherheitsbedürfnisse der Kleinsparer auf dem Altar des Bankensystems. Bei den Banken hat man aus den Verwerfungen der letzten Jahre nichts gelernt. Die Bundesregierung hat daraus bisher nur halbherzige Konsequenzen gezogen.

4. Woran fehlt es der Opposition im Bundestag?

Wenn man fragt, für welche Inhalte die Oppositionsparteien im Bundestag stehen, weiß man vor allem bei der SPD derzeit nicht, ob das Wort, das heute gespro-



chen wird, morgen noch gilt. SPD und Grüne vermitteln auch nicht den Eindruck, dass sie die Ursachen von Banken- und Schuldenkrise entschlossener bekämpfen würden, als es die derzeitige Bundesregierung tut. Wir dürfen nicht vergessen: Ursache der Finanzkrise war die Liberalisierung der Finanzmärkte. Wir dürfen ferner nicht vergessen: Die Finanzmärkte in Deutschland wurden damals gerade durch eine rot-grüne Bundesregierung liberalisiert. Rot-Grün hat also aktiv an der Entstehung der heutigen Schieflage mitgewirkt.

5. Warum braucht es die ÖDP im Bundestag?

Die ÖDP steht für klare und verlässliche Konzepte, deren Verwirklichung allen nutzen würde. Die ÖDP tritt wie keine andere Partei für die konsequente Trennung von Politik und Wirtschaft ein. Das ist heute wichtiger denn je. Denn die größte Gefahr für die Demokratie ist die Verbindung zwischen Macht und Geld.

6. Wie spiegelt sich die ÖDP-Philosophie in Ihrem persönlichen Leben und Handeln wider?

Ich fahre wenig Auto und viel Fahrrad. Und ich trete in meinen wissenschaftlichen Veröffentlichungen konsequent für mehr Transparenz bei der Besetzung von

politikberatenden Expertengremien ein. Denn gerade dort, wo der Staat auf privaten Sachverstand zurückgreift, können die Lobbyisten ein besonders gefährliches Spiel treiben: Sie können die Vorschriften, an deren Erlass sie interessiert sind, so darstellen, dass es angeblich aus ökonomischen, technischen oder medizinischen Gründen gar nicht anders geht. Hier muss der Staat für Besetzung und Verfahren solcher Gremien klare Regeln setzen. Diese Forderung nach solchen Regeln ist für mich allerdings keine parteipolitische. Derartige Regeln sind vielmehr eine Notwendigkeit, die sich aus dem Grundgesetz ergibt, nämlich aus dem dort verankerten Demokratieprinzip.

Gerd Kersting

Platz 1 der nordrhein-westfälischen Liste zur Bundestagswahl

1. Was hat Sie bewogen, bei der Bundestagswahl für die ÖDP anzutreten?

Die ÖDP hat ein sehr ausgewogenes, alle Politikfelder betreffendes bundespolitisches Programm. Mir ist wichtig, dieses Programm nicht nur in ganz Deutschland bekannt zu machen, sondern auch in NRW, dem bevölkerungsreichsten Bundesland. Und ich stehe für die Umsetzung der politischen Inhalte der ÖDP in NRW und bundesweit.

2. Welches sind Ihre thematischen Schwerpunkte?

Im Privatleben trage ich seit Langem Verantwortung als Familienvater (5 Kinder und inzwischen 6 Enkel) und weiß um die Sorgen aller Generationen Bescheid. Auch als Ratsherr in Münster (Westf.) habe ich viel politische Erfahrung gesammelt. So ist mir eine soziale Politik, die wie eine Spange die Familien- und Rentenpolitik wie auch die Gesundheitspolitik umfasst, sehr wichtig. Auf Landesebene würde ich mich in NRW vorwiegend um eine bessere Schullandschaft (siehe ÖDP-Landesprogramm NRW) und eine verbesserte Sicherheitspolitik kümmern; Letzteres aus der Erfahrung als Polizeibeamter.

3. Woran fehlt es – aus Ihrer Sicht – unserer aktuellen Regierung am meisten?

Die Regierungskoalition handelt in Sachen Umweltschutz nach wie vor nicht konsequent. Viel zu halbherzig geht sie an den Ausbau Erneuerbarer Energien



heran. Erhöhte Kosten sollen auf den Verbraucher umgewälzt werden, doch der Netzausbau wird nicht vorangetrieben. Die Monopolstellung der Energiekonzerne leistet diesem Unwesen Vorschub. Wenn wir nicht willens und in der Lage sind, die Sonnenkraft und viele andere regenerative Möglichkeiten zu nutzen, wird es bald energiepolitisch „zappenduster“; denn alle fossilen Energieträger (und dazu zählt auch Uran) sind endlich! Deutschland ist ein Exportland und kann mit seinem Wissen – aber nicht mit seinen Energievorkommen wie Erdgas (bspw. Fracking) – seine marktführende Stellung halten. Deshalb muss intensiv in Wissenschaft und Forschung, insbesondere in umwelttechnologische Entwicklung, investiert werden.

Ebenso steuert die Bundesregierung ihre finanziellen Mittel in puncto Familienpolitik in die falsche Richtung, wodurch das Bevölkerungswachstum stagniert. Das hat Auswirkungen auf viele Bereiche des gesellschaftlichen Lebens, vom Gesundheitssystem bis zur Rentensicherheit. Durch den derzeit einseitig forcierten Krippenausbau wird das grundgesetzlich garantierte Recht auf Wahlfreiheit von Eltern beschnitten, die ihre unter dreijährigen Kinder selbst erziehen

wollen. Dadurch wird das unabdingbare Ziel einer kinderfreundlichen Gesellschaft, und damit einer höheren Geburtenrate, nicht erreicht. Dazu kommt, dass Selbstbetreuer-Familien mit dem „CSU-Modell Betreuungsgeld“ ca. 850 Euro vorenthalten werden, während Eltern, die ihre Kleinkinder in die Krippe geben, mit ca. 1.000 Euro monatlich (über den Krippenausbau) bezuschusst werden. Ebenso vernachlässigt die CDU/FDP mit ihrer Idee eines Familiensplittings die Eltern, deren Kinder zwar inzwischen erwachsen sind; doch die Fürsorge von Kindern und Enkeln erfolgt in der Regel ein Leben lang.

4. Woran fehlt es der Opposition im Bundestag?

Ebenso wie die Regierungsparteien von CDU und FDP wird durch die Opposition keine ausgeglichene Familienpolitik (s.o.) favorisiert. Die Wahlfreiheit von jungen Eltern wird bzgl. Kinderbetreuung auch von SPD und Grünen nicht ausreichend unterstützt und die lfd. Kosten für Kinder werden nicht ausreichend berücksichtigt. Hier wäre eine Kindergrundsicherung nach dem „ÖDP-Konzept Erziehungsgehalt“ die gerechtere Lösung und zudem noch kostengünstiger. Eine Vorabverurteilung von Eltern, die angeblich nicht adäquat erziehen würden oder das Geld für „alles andere“ ausgaben als für ihre Kinder, ist unredlich. Ebenso erkenne ich bei keiner Oppositionspartei in Berlin eine ethische Werteorientierung! Ein Ansatz dieser inkonsequenten Ausrichtung liegt in der Nichttransparenz von Politikerhonoraren sowie die Zulässigkeit von Parteispenden durch die Wirtschaft. Ehrliche Politik sieht anders aus, z.B. durch einen deutlichen Widerstand gegen Politikerbeeinflussung und Lobbyismus. Verstärkte Maßnahmen gegen Korruption in Politik und Wirtschaft sind vonseiten der Parteien kaum zu erkennen.

5. Warum braucht es die ÖDP im Bundestag?

Die ÖDP mit ihrem ganzheitlichen Ansatz einer Realpolitik zum Wohle der Allgemeinheit, mit ihrer ausgewogenen Familien- und konsequenten Umweltpolitik sowie ihrer Unabhängigkeit von Wählerklientel und Wirtschaft würde für eine zukunftsweisende Politik sorgen. Mit ihr würde die direkte Demokratie gestärkt und die Ökologie im Einvernehmen mit Ökonomie praktiziert werden können. Andere Parteien nähmen sich u.U. die Wertevorstellungen der ÖDP zum Vorbild und würden u.a. eine Unabhängigkeit – ähnlich wie die ÖDP – in ihrem Programm und in der Satzung manifestieren.

6. Wie spiegelt sich die ÖDP-Philosophie in Ihrem persönlichen Leben und Handeln wider?

Ich stehe seit Jahren für eine humane und fortschrittliche Politik ein. Persönlich bin ich seit Jahren Bahn-card-Inhaber und nutze den Öffentlichen Nahverkehr so oft ich kann, fahre in Münster (meiner Heimatstadt) fast ausschließlich mit dem Bus oder Fahrrad und bin Mitglied im Münsteraner CarSharing-Verein. Ich versorge mich regional und wenn möglich mit biologisch angebauten Lebensmitteln. Selbstverständlich spare ich Energie, wo es möglich ist. Bürgerinitiativen und Genossenschaftswesen in Münster (z.B. Gemeinnütziger Wohnungsverein, Volksbank, Sparda-Bank etc.) sowie Vereine, die sich für fairen Handel und für human-ethisches Miteinander einsetzen, fördere ich mit meiner Mitgliedschaft oder auch aktiv (z.B. Mehr Demokratie e.V. NRW, Ärzte ohne Grenzen, BUND, NaBu, Greenpeace, fair-planet e.V., Robin Wood, Vamos e.V., die katholische Kirche). Außerdem unterstütze ich Initiativen wie Rettet den Regenwald, Gegen Gentechnik, Allianz für den Sonntagsschutz, Gegen Rechts, Solarförderverein NRW, Publik Forum u.v.a.m. Im Rat der Stadt Münster bin ich ehrenamtlich als beratendes Mitglied in den Beiräten „Friedenkultur“ und „Verkehrssicherheit“ tätig.

Rainer Hilgert

Platz 1 der rheinland-pfälzischen Landesliste zur Bundestagswahl

1. Was hat Sie bewogen, bei der Bundestagswahl für die ÖDP anzutreten?

Die ÖDP hat zwar bisher bei Wahlen nicht den gewünschten Erfolg gehabt. Das liegt nach meiner Einschätzung aber nicht an der von der ÖDP vertretenen Politik, sondern an der zu geringen Präsenz in der Öffentlichkeit.

Bei Gesprächen mit Mitbürgerinnen und Mitbürgern stoße ich immer wieder auf Zustimmung zu den Positionen der ÖDP. Daher möchte ich den Wählerinnen und Wählern die Möglichkeit geben, der ÖDP ihre Stimme zu geben.

2. Welches sind Ihre thematischen Schwerpunkte?

Die Frage, wie die Menschheit die Erde, ihren unersetzlichen Lebensraum, behandelt, ist für den Erhalt einer lebenswerten Umwelt entscheidend. Hierbei ist



sei unverzichtbar. Sie ist nicht bereit, in dieser Frage neue Wege zu gehen, wohl auch weil ein Verzicht auf ständiges Wachstum mit einem Rückgang des materiellen Wohlstandes verbunden sein kann.

5. Warum braucht es die ÖDP im Bundestag?

Es ist wichtig, dass eine Partei im Bundestag vertreten ist, die der Bevölkerung reinen Wein einschenkt. Eine unendliche Vermehrung des materiellen Wohlstandes ist schlicht nicht möglich und der Versuch, dies dennoch durchzusetzen, führt in die Irre.

6. Wie spiegelt sich die ÖDP-Philosophie in Ihrem persönlichen Leben und Handeln wider?

Ich muss nicht ständig auf allen Gebieten die neuesten und angesagtesten Produkte haben und Qualität ist wichtiger als Quantität. Das Einsparen von Energie und die Nutzung regenerativer Quellen sind selbstverständlich. Einem Kunden, dessen Gerät defekt ist, biete ich eine Reparatur an, statt ihm ein neues Gerät zu verkaufen.

Susann Mai

Platz 1 der thüringischen Liste zur Bundestagswahl

1. Was hat Sie bewogen, bei der Bundestagswahl für die ÖDP anzutreten?

Damit alle die ÖDP in Thüringen wählen können. Zunächst bin ich natürlich überzeugt von unserer Programmatik. Was aber noch viel wichtiger scheint, ist die Tatsache, dass die ÖDP für gelebte Demokratie, Transparenz und Glaubwürdigkeit steht wie keine andere der antretenden Parteien. Die Menschen setzen Hoffnung in uns und unsere Partei. Wir haben in den letzten Jahren oft bewiesen, dass wir nicht nur reden, sondern handeln und zu unseren Aussagen stehen. Meine über 30-jährigen politischen Erfahrungen und meine positive optimistische Grundeinstellung sind eine gute Mischung, den Menschen zu begegnen. Ich will sie an ihre innere Stärke erinnern und sie ermutigen, diese Chance zu nutzen, zur Wahl zu gehen, dabei zu sein, statt verdrossen nur zu jammern. Miteinander können wir neue Wege gehen, die in der Politik so dringend nötig sind. Damit wir unsere Resilienz entdecken. Mein strategisches, zielorientiertes Handeln hat das Wahlergebnis landesweit bereits verdoppelt. Zur Bundestagswahl tre-

te ich an, weil in Berlin die wichtigen Entscheidungen getroffen werden, bei denen die ÖDP dort auf direktem Wege für eine nachhaltige, lebensfrohe Zukunft für die Menschen und unser Land beitragen kann.

2. Welches sind Ihre thematischen Schwerpunkte?

Glaubwürdigkeit, Transparenz und gelebte Demokratie. Dabei geben die Bürgerinnen und Bürger die Themen vor. Ich sehe mich als eine Politikerin, die sich für die Anliegen der Bürger und ihre Rechte einsetzt. Die Politik sollte für den Menschen und nicht der Mensch für die Politik da sein. Dazu gehört für mich authentisches Leben. Ich setze mich ein für ganzheitliches vernetztes Denken, gemeinschaftliches Handeln, verantwortliche Lösungen für eine langfristig lebensfreundliche Welt. Ökonomische, ökologische und soziale Aspekte des Lebens können nur gelingen, wenn wir sie stets im Zusammenhang betrachten und berücksichtigen. So können die Lebensgrundlagen gesichert und Lebensqualität für alle Menschen ermöglicht werden. Das funktioniert durch nachhaltiges Wirtschaften, Grundsätze der Postwachstumsökonomie, faire Arbeitsbedingungen, Energieeffizienz, Ressourcenschonung, verantwortungsvollen Umgang mit

den Finanzen, bezahlbare Mieten, soziale Gerechtigkeit, Gemeinwohl, starke, glückliche Familien, Verbraucher-, Umwelt-, Tier- und Artenschutz. In dieser Einheit zu leben, ist meine Vision für eine bessere Welt.

3. Woran fehlt es – aus Ihrer Sicht – unserer aktuellen Regierung am meisten?

Authentizität, Demut, Maß halten, Vorbild sein, Glaubwürdigkeit, Transparenz und Mut, Politik für die Zukunft zu machen. Nachhaltigkeit fehlt mir am meisten in den politischen Entscheidungen. Bei Katastrophen, Skandalen und Affären sind das Entsetzen und die Empörung bei allen Verantwortlichen immer groß. Ich vermisse die daraus logisch schlussfolgernden Ergebnisse in den Taten wie auch in der Gesetzgebung. Es darf nicht bei Absichtserklärungen verweilt werden. Wir müssen zukunftsfähige Entscheidungen treffen und nicht von Legislaturperiode zu Legislaturperiode denken! In Zeiten von Klimawandel und der demografischen Entwicklung in Deutschland müssen Konzepte weiterentwickelt werden und nicht gestückelt. Es ist an der Zeit, nicht nur viel zu reden und zu versprechen, sondern endlich die Erkenntnisse umzusetzen.

4. Woran fehlt es der Opposition im Bundestag?

Glaubwürdigkeit, Transparenz und echtes Interesse, Themen voranzutreiben. Opposition zu sein, ist mehr, als nur die Regierung anzugreifen. Auch die Opposition sollte Mut haben, Politik zu machen. Unser System eröffnet diesbezüglich zahlreiche Instrumente wie die Verfassungsklage. Die ÖDP hat beispielsweise außerparlamentarisch bereits viel erreicht. Die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) hat einmal getitelt: „ÖDP wirksamste Oppositionspartei in Bayern.“ Ich habe dort gelebt und dazu beigetragen. Wir haben der Opposition gezeigt, wie man Politik machen kann.

5. Warum braucht es die ÖDP im Bundestag?

Die ÖDP ist Vorbild für Werte, Denkanstöße, gelebte Demokratie, Glaubwürdigkeit, Transparenz. Denn sie ist frei von Konzernspenden und kann so unabhängig von Lobbyinteressen für die Menschen Entscheidungen treffen. Die „Goldene Regel der Politik“ – das Wohl der kommenden Generationen und der Menschen weltweit in allem zu bedenken – wird in der ÖDP berücksichtigt. Daher muss die ÖDP im Bundestag die Rahmenbedingungen für diesen neuen Politikstil mitgestalten. Alles, was wir wirklich wollen, können wir schaffen – in Einheit und Miteinander. Die außerparlamentarischen Erfolge der ÖDP weisen auf ihr Potenzial hin. ÖDP-

die Problematik der Energieversorgung ein zentraler Punkt. Es müssen Lösungen gefunden werden, die den ökologischen und ökonomischen Erfordernissen gerecht werden.

Entsprechend meinem Interesse an Naturwissenschaft und Technik wie auch meinen Erfahrungen als selbstständiger Unternehmer setze ich mich besonders für eine schnelle Umstellung auf eine vollständige Energieversorgung aus regenerativen Quellen ein.

3. Woran fehlt es – aus Ihrer Sicht – unserer aktuellen Regierung am meisten?

Es fehlt an einem Blick über den kurzfristigen Horizont hinaus. Die Folgen des heutigen Tuns für die nachfolgenden Generationen werden nicht bedacht. Besonders der Glaube, ein beständiges Wirtschaftswachstum sei unverzichtbar, führt in die Irre.

Die ständige Steigerung der wirtschaftlichen Tätigkeit und damit des Verbrauchs an Rohstoffen ist keine Lösung für die anstehenden Probleme, sondern eine Ursache dieser Probleme.

4. Woran fehlt es der Opposition im Bundestag?

Auch die Opposition vertritt die These, das Wirtschaftswachstum, wenn auch mit grünem Mäntelchen,



Erfolge sind zum Beispiel das erfolgreiche Volksbegehren zum Nichtraucherschutz in Bayern, die erfolgreiche Klage zum Abschaffen der 5 %-Hürde bei der EU-Wahl, das erfolgreiche Abschaffen des Bayerischen Senats und Einsparen von jährlich 8 Millionen Euro Steuergebern, das Streichen von fünf Atomkraftwerk-Standorten, das erfolgreiche Abschaffen von Büchergeld und Studiengebühren in Bayern. Gegen die erneute 3 %-Hürde zur EU-Wahl werden wir ebenfalls klagen und wollen wieder erfolgreich sein. Zukünftig soll sich dieses Potenzial der ÖDP im Parlament weiter entfalten können.

6. Wie spiegelt sich die ÖDP-Philosophie in Ihrem persönlichen Leben wider?

Jeden Tag: Ich lebe sie – mit Herz und Verstand, optimistisch und lebensfroh. Es reicht mir nicht, empört zu sein, ich will Mitgefühl zeigen, Verantwortung übernehmen und diese Welt zum Guten verändern. Da fange ich bei mir an. Für christliche Werte, Geradlinigkeit, Demokratie und Zivilcourage habe ich auf eine berufliche Karriere verzichtet. Später hatte die Familie Vorrang. Aktiv habe ich beigetragen, gesellschaftliche Prozesse mit zu organisieren und zu gestalten und auch mal mutig voranzugehen. Heimatverbunden sein und

„über den Tellerrand“ hinausschauen, weitblickend und nachhaltig zu denken und zu handeln, sind für mich eine Einheit. Maßhalten sowie strategisches Planen ermöglichen ein optimiertes, effizientes, gesundes und genussvolles Leben. Ich habe Spaß daran, nachhaltig zu wirtschaften, energieeffizient zu haushalten und damit Ressourcen zu schonen; die Angebote zu hinterfragen, ob sie möglichst sozial gerecht und ethisch begründet sind, in gute Bildung zu investieren, lernbereit zu sein und Neuem gegenüber aufgeschlossen. Meine Kompetenzen und Erfahrungen aus Beruf und Ehrenamt bringe ich in vielfältigen Organisationen, Bürgerinitiativen, sozialen Projekten, Gremien und Vereinen ein. Vor Ort bin ich gern mit dem Rad unterwegs, bei langen Strecken genieße ich das Reisen mit der Bahn und öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Macht des Einkaufskorbes nutze ich für gentechnikfreie, fair und regional erzeugte Bio-Waren, kaufe mit Mehrwegdosen ein, spare damit Zeit, stärke gleichzeitig die heimischen Erzeuger und spare Müll ein. Der braucht dann gar nicht erst recycelt werden. Das entlastet das Klima und hält meinen „ökologischen Fußabdruck“ möglichst klein. So versuche ich selbst, in allen Bereichen nachhaltig zu leben und in Balance zu sein, als Teil der Schöpfung, die ich im Gleichgewicht halten möchte.

Bundesparteitag Coburg

ÖDP eröffnet Wahlkampf und wählt Spitzenteam

Die ÖDP eröffnet beim Bundesparteitag in Coburg den Bundestagswahlkampf und wählt ein sechsköpfiges Spitzenteam zur Bundestagswahl. Zudem wurde ein Kurzprogramm zur Bundestagswahl verabschiedet.

von Florence von Bodisco

Wir wollen die Verantwortung auf viele Schultern verteilen“, sagt der Bundesvorsitzende der ÖDP, Sebastian Frankenberger. Außerdem repräsentiere das Spitzenteam die personelle Vielfalt in der ÖDP: aus dem Süden Deutschlands, aus dem Norden, Frauen und Männer mit unterschiedlichen Berufen. „Wir können stolz darauf sein, dass sich so viele

sympathische und authentische Menschen in der ÖDP engagieren“, so Frankenberger.

Neben dem Bundesvorsitzenden der ÖDP gehören auch der hamburgische Landesvorsitzende Volker Behrendt, die Oberpfälzerin und Spitzenkandidatin der bayerischen ÖDP, Claudia Wiest, die Oberbayerin Christiane Lüst, die Baden-Württembergerin Verena



Foto: Florence von Bodisco

Lange Redeschlangen vor den Mikrofonen prägten den Parteitag.

Föttinger und die stellvertretende Bundesvorsitzende Susann Mai (Thüringen) zum Team.

Neues Grundsatzprogramm

Pünktlich zu den wichtigen Wahlen verabschiedeten die 123 Delegierten in Coburg ein neues Grundsatzprogramm, das aber noch vom Bundeshauptausschuss in Form gebracht wird. Wesentlicher Aspekt des neuen Grundsatzprogramms ist ein Baummodell, in dem die Äste die Bereiche Wohlstand mit Nachhaltigkeit, soziale Gerechtigkeit und Demokratie/Europa symbolisieren. Die Wurzeln stehen für unsere Ethik und unser Menschenbild, der Stamm symbolisiert das Thema Bildung.

Verabschiedung des Kurzprogramms zur Bundestagswahl

Ein Novum in der Parteiengeschichte war die Verabschiedung eines Kurzprogramms zur Bundestagswahl. Wesentliche Themen, mit denen die ÖDP in den Wahlkampf geht, sind u. a.: Kritik am Wirtschaftswachstum, gerechte Familienpolitik, regenerative Energien und Tierschutz. Das komplette Kurzprogramm finden Sie auf der Startseite der Homepage des ÖDP-Bundesverbandes (www.oedp.de).

Weitere Anträge

Des Weiteren verabschiedeten die Delegierten einen Antrag zum Verbot von Plastiktüten. „Wir wollen ein Zeichen setzen gegen die Müllberge und gegen die Verschwendung von Rohstoffen“, begründet Bernd Richter, Antragsteller und Landesvorsitzender der ÖDP in Baden-Württemberg.

Außerdem sprach sich die ÖDP mit großer Mehrheit für die Einführung des sog. „schwedischen Modells“ aus, das die Inanspruchnahme sexueller Dienste gegen Bezahlung unter Strafe stellt. „Mit dieser Ent-

scheidung haben wir hier ein Alleinstellungsmerkmal geschaffen. Wir sagen konkret, was wir im Namen der Menschenwürde nicht dulden“, begründet Martin Eichler, Antragsteller und Bezirksvorsitzender der ÖDP in Oberfranken den Antrag. „Alle anderen Parteien lavieren sich um das Thema herum, die ÖDP aber sagt, dass wir uns dagegen engagieren, dass jährlich Tausende von Frauen sexuell ausgebeutet werden.“

ÖDP soll erste Fair-Trade-Partei werden. Ein von Christiane Lüst (Starnberg) zu diesem Thema eingebrachter Initiativantrag bekam ebenfalls die erforderliche Mehrheit der Stimmberechtigten. Um Deutschlands erste Fair-Trade-Partei zu werden, muss zunächst eine Steuerungsgruppe die nötigen Vorarbeiten leisten und sich mit den Vorgaben der Kampagne Fair Trade Towns beschäftigen. Unter Leitung von Christiane Lüst finden regelmäßig Telefonkonferenzen statt. In der

ÖDP soll erste Fair-Trade-Partei werden.

nächsten ÖP werden wir ausführlich über die weitere Entwicklung berichten.

Es wurde außerdem von den Delegierten ein Initiativantrag gegen die „Solidaritätsklausel“ in den EU-Verträgen beschlossen. Diese beinhaltet, dass die EU-Mitgliedsstaaten bei Angriffen von außen sich gegenseitig beistehen. Die Klausel soll nun dahingehend konkretisiert werden, dass der Einsatz des Militärs gegen die Zivilbevölkerung möglich ist. Dagegen wendet sich die ÖDP und wird gemäß des Beschlusses dazu eine Petition einreichen.



Foto: Florence von Bodisco

Zwei Tage wurde der Bundesparteitag von einer Hörfunkredakteurin des Bayerischen Rundfunks begleitet. Hier im Bild die stellvertretende Bundesvorsitzende Susann Mai (rechts).



Nicht wie ursprünglich geplant in Passau, sondern in Landau ging die Radtour los.

ÖDP-Wahlkampfauftakt mit Radtour durch alle 90 bayerischen Stimmkreise

ÖDP sammelt Spenden für bedürftige Mütter

„Wahlkampf mit den Menschen und für die Menschen.“ Unter diesem Motto eröffnete die ÖDP in Bayern den Landtagswahlkampf mit einer Radtour durch alle 90 Stimmkreise.

Der Bundesvorsitzende der ÖDP, Sebastian Frankenberger, radelt zusammen mit den Landtagskandidatinnen und -Kandidaten quer durch Bayern, um Land und Leute kennenzulernen. Ziel ist es, die gesammelten Wünsche und Anregungen der Bür-

ger am 6. September symbolisch im Bayerischen Landtag abzugeben.

Die Radtour der ÖDP musste aufgrund des starken Hochwassers, von dem auch ÖDP-Chef Frankenberger persönlich betroffen war, um eine Woche verschoben werden. Die niederbayerischen Wahlkreise wer-

den nun bewusst nicht angefahren, um keinen Wahlkampf im Hochwassergebiet zu machen.

Während des Wahlkampfes sammelt die ÖDP Spenden für Jutta Speidels gemeinnützigen Verein HORIZONT e.V., der obdachlosen Kindern und deren Müttern



In Rosenheim sprach ÖDP-Chef Frankenberger mit Bürgern über ihre Anliegen.



ÖDP-Politiker unterschreiben den Ehrenkodex für eine saubere Politik. V.l.n.r.: Ludwig Maier, Sebastian Hamberger, Willi Bothar und Christine Mehlo-Plath



Pause im Hofladen der Familie Stadler



Eine Etappe ging vom Berchtesgadener Land nach Traunstein.

Fotos: ÖDP-Filmteam



Die Tour auch mal ruhig angehen lassen: Teambesprechung auf dem Chiemsee.

hilft. Der Grund, warum die ÖDP den Verein unterstützen möchte: Die unschuldig in Not geratenen betroffenen Kleinfamilien stellen das schwächste Glied in unserer Gesellschaft dar, haben häufig Gewalterfahrung erlebt oder kommen teilweise aus Kriegs- und Krisengebieten. HORIZONT e.V. bietet diesen Müttern und ihren Kindern Schutz, Geborgenheit und ein sicheres Zuhause auf Zeit. Hier will

die ÖDP ansetzen und für die betroffenen Mütter mit ihren Kindern Spenden einsammeln, damit diese möglichst schnell in ein selbstbestimmtes Leben zurückfinden. ■

Link zum Verein HORIZONT e.V.:
» www.horizont-ev.org
Mehr Infos und regelmäßige Neuigkeiten finden Sie hier:
» www.radeln-fuer-bayern.de

ÖDP-Erfolg durch Wahlkampf-Planung

Wer Wahlen gewinnen will, muss den Wahlkampf professionell planen. ÖDP-Bundesvorstandsmitglied Werner Roleff gibt Tipps für die strategische Planung. Schließlich stehen bereits im nächsten Frühjahr wichtige Kommunalwahlen sowie die Europawahl an.

Schritt 1: Wer seid ihr?

Welche Rolle habt ihr in den Augen der Menschen vor Ort? Wie seht ihr euch selbst? Wer hat/übernimmt welche Rolle?

Schritt 2: Wer sind eure Gegner / Konkurrenten / „Verbündete“?

- Was unterscheidet Gegner von Konkurrenten?
- Stärken / Schwächen der Hauptkonkurrenten (Themen, Botschaften, Rollen, Klientel ...)
- Chancen / Risiken von „Verbündeten“

Schritt 3: Wer sind bisher/zukünftig eure Wähler/-innen?

Es gibt Wähler/-innen, die könnt ihr gewinnen. Es gibt andere, die könnt ihr vergessen. Wahlkampf bedeutet nicht zuletzt: Gegner (die anders denken) zu überzeugen. Wahlkampf bedeutet: Menschen, die einem schon (etwas) gewogen sind, zu mobilisieren!

Wählertypen:

- Stammwähler!
- Nichtwähler (sehr schwer zu mobilisieren)
- Wechselwähler (Tendenz: zunehmend)!
- Protestwähler?!
- Personen-Wähler (Tendenz: zunehmend)! ...

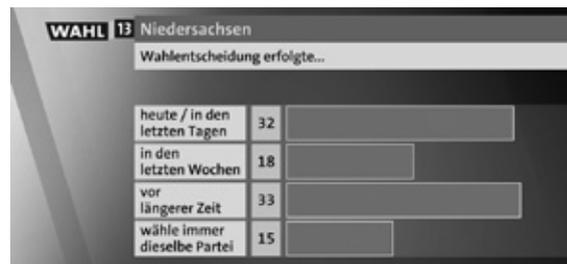
Gebiete mit besonderem ÖDP-Wählerpotenzial (vgl. Europawahl 2009, evtl. Landtagswahl/Kommunalwahl)

- Eigene Wahlergebnisse
 - Ergebnisse der (Haupt-)Konkurrenten
 - Parallelen a) + b)?!
- „Guten Boden besonders düngen und gießen!“ = Prioritäten setzen!

Wo ist der Einsatz (Wahlkampf) besonders effektiv und effizient?

- Starke Gebiete („ÖDP-Stammland“) vor schwachen Gebieten („weiße Flecken“)
- Ländliche Gebiete vor Städten
- Klein-/Mittelstädte vor Großstädten

Wann ist Wahlkampf – auf der „Zielgeraden“ – besonders effizient?



Schritt 4: Welche Themen sind euch wichtig? Und welche euren Wähler/-innen?

- Straßenumfrage/Fragebogenaktion
- Ja-/ Nein-Abstimmung
- Provokante Slogans (z.B. „Autofreie Innenstadt“, „Ohne Sonntag gibt's nur Werktage“)
- Transfer: Aktuelles Problem/Lokales Thema → ÖDP-Konzept
- Welche (ÖDP-)Themen sind interessant für die Medien?

Schritt 5: Was ist euer Ziel?

Was wollt ihr erreichen? Ein Mandat? Fraktionsstärke? Zweistelliges Ergebnis? Die Verhältnisse aufmischen? Bisherige Mehrheiten kippen? Ein bestimmtes Thema voranbringen?

Eine genaue Analyse und Definition eurer Ziele stehen am Anfang jeder Kampagne. Wer nicht weiß, wohin er will, ist auf dem Holzweg und kommt „(n)irgendwo“ an.

a) Wo steht ihr? (Situationsanalyse) →

b) Wohin wollt ihr? (Zielformulierung)

zu a) Stärken-/Schwächen-Analyse (Personen, Themen, Erfolge, Finanzen ...)

- Wichtigkeit und Kompetenz: Wichtige Bereiche, bei denen die ÖDP (ihr) große Kompetenz und Stärke aufweisen, sind sehr bedeutsam (für den Außenauftritt) im Wahlkampf.

- Weniger Wichtiges, wo Ihr stark seid, ist „Reserve“.
- Unwichtige(re) Themen ohne große ÖDP-Fachkompetenz gehören – beim Wahlkampf – in die Ablage „Pr“ (= Papierkorb).

zu b) Zielformulierung

- Konkret (statt vage)
- Operationalisierbar (statt unmessbar)
- Realistisch – ambitioniert (statt illusorisch)
- Interne Kommunikation (für Mitglieder/Aktive) und externe Kommunikation (für WählerInnen/Medien) unterscheiden und differenzieren. Hier: Interne Strategie! – Da: Öffentliche Ziele!

Schritt 6: Botschaft: Was ist los? Wohin soll es gehen? Warum soll man uns deshalb wählen?

Für die Botschaft ist von Bedeutung, dass:

- ihr sie glaubwürdig vertreten könnt (Personen);
- sie euch ein Alleinstellungsmerkmal gibt;
- „Werte“ VOR „Fakten“ genannt werden;
- sie groß genug ist und originell und verbindlich;
- sie nicht zu groß ist;
- sie Anschluss an die Lebenswelt der Zielgruppe findet;
- sie das „Mantra“ der gesamten Kampagne ist.

Schritt 7: Welche Personen zeigen Gesicht?

- Person bezeugt Programm: „we can“ = „I can“
- Spitzenfrau/-mann, Doppelspitze, Team?!
- Welche Zielgruppen, die wir besonders ansprechen wollen, lassen sich durch wen am besten gewinnen?
- Differenziert nach Regionen (z.B. ländlich – städtisch)?
- Sympathieträger, Identifikationsfiguren, Medien-Menschen, Podiums-Teilnehmer, Überzeugungs-„Täter“ ...

Schritt 8: Wie wollt ihr für euch werben?

- Face-to-face: Aktions-/ (Info-)Stand („Hingucker“), Veranstaltungen, Telefonanrufe, Tür-Wahlkampf
- Gratis-Medien: Zeitungen / Anzeigenblätter, Lokalradio, Lokal-TV, Online-Medien
- Medien, die etwas kosten: Anzeigen, (Kino-)Spots, Postwurf, Groß-Plakate, originelle Geschenke
- Online: Homepage, Soziale Medien

Schritt 9: Welche „Ressourcen“ habt ihr zur Verfügung?

Macht frühzeitig einen Kassensturz (s. Stärken-/ Schwächen-Analyse). Kalkuliert eure Ausgaben realistisch

(weniger Aktive → Ausgleich durch höheren Finanzaufwand?!). Lasst eine taktische Reserve – mindestens 15% – für die letzte Woche. Beschafft euch (mehr) Geld: PSK (Projekt- und Solidarkasse), Landes-PSK?!, Fundraising (Tipps vom Bundesverband) ...

Schritt 10: Wer unterstützt euch?

Wahlkampf geht nicht alleine – Ihr braucht Unterstützer/-innen. Nicht nur für Plakate, Aktionen, Infostände... Menschen, mit denen ihr euch beraten könnt, die euch ehrlich ihre Meinung sagen. Fragt zuerst die, von denen ihr ein NEIN erwartet... ihr werdet überrascht sein.

Wer kann was? Begabungen? Wer hat wie viele Kapazitäten? Nicht jeder kann alles und hat ganz viel Zeit. ABER: Viele können etwas. Viele haben etwas Zeit.

Schritt 11: Wie ist euer Zeitplan?

Timing ist nicht alles. Aber ohne Timing ist alles nichts. Macht einen detaillierten Masterplan (z.B. dynamische Excel-Tabelle).

Früh starten – ausdauernd laufen – Endspurt einlegen. So planen, dass Kraft, Ideen, Geld, Motivation ... bis zum Tag NACH der Wahl reichen („Marathon“). Für den Endspurt (letzte Woche, letzter Tag): aktuelles Plakat / Überkleber, Inserat, Aktion, Spot, Besuch, Geschenk. Dann: LOSLEGEN!

NACH DER WAHL:

- Wahl-Party!
- Aktiven-Dank-Feier!
- Konstruktive Manöver-Kritik (schriftlich, nüchtern)!
- Evtl. Frustrierte trösten und aufbauen!
- „Die NÄCHSTE Wahl kommt bestimmt“ = Kontinuierliche Arbeit / Aktionen vor Ort!

GRUNDSÄTZE zur Kampagnen-Planung:

- Verbindlich sein: Schreibt eure Planung auf.
- Offene Ohren: Hört genau hin (intern und extern).
- Saubere Planung: Regelmäßig aktualisieren, ggfs. anpassen, überprüfen, Aufgaben-Kontrolle.
- Ehrlich bleiben: Macht euch nicht größer, als ihr seid. Aber auch nicht kleiner!

VIEL ERFOLG!

Kontakt: werner.roleff@oedp.de

Neues aus der ÖDP von Florence von Bodisco

ÖDP Augsburg für bezahlbare Mieten

Der Landesverband Bayern der ÖDP startete eine Petition an den Bayerischen Landtag, in der bezahlbare Mieten gefordert werden. Der Hintergrund: Ein im Dezember vom Bundestag verabschiedetes Mietrechtsgesetz beinhaltet die Möglichkeit, dass die jeweiligen Landesregierungen Rechtsverordnungen für bestimmte Städte oder Ballungsgebiete erlassen, um den Anstieg der Mietpreise zu bremsen. Diese sog. „Kappungsgrenze“ sieht für eine Dauer von fünf Jahren vor, dass die Mieten nur um 15 % erhöht werden dürfen und nicht wie sonst allgemein rechtsverbindlich um 20 % innerhalb von drei Jahren. Die Bayerische Staatsregierung hat bisher aber nur eine halbherzige Umsetzung des Gesetzes für das Stadtgebiet München angekündigt.

Dazu Ulrich Hoffmann, Landesvorstandsmitglied der Bayern-ÖDP: „Alle Parteien reden davon, dass sie die Mittelschicht stärken möchten. Wir aber tun was für faire Lebensverhältnisse der Bürger in ganz Bayern.“ Er weist darauf hin, dass es inzwischen durchaus üblich sei, zwischen 40 und 50 % des verfügbaren Nettoeinkommens für Miete auszugeben. „Das mindert die Kaufkraft der Bürger und schafft soziale Ungleichheit.“

Dies bestätigt auch der geschäftsführende Vorstand des Mietervereins Augsburg und Umgebung, Rechtsanwalt Thomas Weiland, für Augsburg und den umliegenden sogenannten „Speckgürtel“: „Lag die Durchschnittsmiete 2008 noch zwischen 5,80 € und 6,50 € Kaltmiete pro Quadratmeter, so bewegt sie sich jetzt im Rahmen von 7,00 € bis 7,50 € bei weiter steigender Tendenz. Damit haben sich die Mietpreise auf dem Augsburger Wohnungsmarkt in den letzten fünf Jahren durchschnittlich um ca. 17,5 % erhöht. Bei Neuvermietungen werden z. T. schon 8,50 € bis 9,00 € pro qm (kalt) verlangt“, so Weiland. Außerdem fehlten laut Pestel-Studie in Augsburg 32.000 Wohnungen bis zum Jahr 2025.

Nach Meinung der ÖDP soll die neue Rechtsverordnung deshalb nicht nur für München, sondern auch für die Städte Nürnberg, Regensburg, Ingolstadt und Augsburg gelten. „Diese Städte sind für die Bürger sehr attraktiv und deshalb explodieren dort die Mietpreise. Damit auch dort noch erschwinglicher Wohnraum für die Bevölkerung zur Verfügung steht, haben wir diese Petition ins Leben gerufen“, so Karl Heinz Jobst, stellvertretender Bundesvorsitzender der ÖDP bei einem Pressegespräch in Augsburg.



Gute Presseresonanz brachte die Pressekonferenz für bezahlbare Mieten in Augsburg. V. l. n. r.: Ulrich Hoffmann, Karl Heinz Jobst, Thomas Weiland, Christian Pettinger

Die Augsburger ÖDP werde nun nach den Worten ihres Vorsitzenden Christian Pettinger mit der Sammlung von Unterstützungsunterschriften vor Ort starten. „Wir hoffen auf eine möglichst breite Beteiligung der Augsburgerinnen und Augsburgers und freuen uns in diesem Zusammenhang sehr, dass der Mieterverein Augsburg unsere Petition befürwortet.“ Man werde in den nächsten Wochen per Post und E-Mail auf die Mitglieder und Interessentinnen zugehen, aber auch Infostände im Stadtgebiet anbieten, sobald die Witterung dies zulasse.

ÖDP-Auszubildende unterschreibt Vertrag

Katharina M., die im Herbst ihre Ausbildungsstelle als Kauffrau für Bürokommunikation in der Würzburger Geschäftsstelle beginnen wird, hat den Arbeitsvertrag unterschrieben. Im Bild links, Doris Hüben, kaufmännische Geschäftsführerin der ÖDP. Rechts Katharina.

Wir wünschen einen erfolgreichen Ausbildungsbeginn und hoffen, dass sich Katharina bei uns wohl fühlen wird.



Foto: Martin Eichler

Bundesarbeitskreis Demokratie, Außenpolitik und Europa reaktiviert

Der Bundesarbeitskreis Demokratie, Außenpolitik und Europa nahm Mitte Mai wieder die Arbeit auf. Der Einladung in die Bundesgeschäftsstelle folgte eine Handvoll Mitglieder. Sie wählten Helmut Kauer zum Vorsitzenden und Arnd Lepère zu dessen Stellvertreter. Erster Schwerpunkt der Arbeit des Arbeitskreises ist die Überarbeitung des Europawahlprogramms. Hierzu wird auch eine enge Zusammenarbeit mit der Programmkommission angestrebt, deren Vorsitzender Dieter Schlierf ebenfalls beim Treffen anwesend war. In einem ersten Schritt wird das EU-Wahlprogramm von 2009 mit dem neuen Grundsatzprogramm abgeglichen, danach die Gliederung der aktuellen Thematik angepasst und anschließend in Absprache mit dem Bundesvorstand und der Bundesprogrammkommission inhaltlich überarbeitet.

Natürlich darf der Bereich Demokratie nicht übersehen werden. Hier steht zur Bundestagswahl das Thema Direkte Demokratie wieder an. Zur Arbeit sollen die elektronischen Mittel wie E-Mail, Forum und Wiki genutzt werden, aber auch persönliche Treffen wird es neben Telefonkonferenzen ab und zu geben.

Alle Mitglieder der ÖDP sind zur Mitarbeit eingeladen, es ist auch möglich, sich nur an einem speziellen Thema zu beteiligen. Zur Kontaktaufnahme bitte die Adresse bak.dae@oedp.de nutzen.

Helmut Kauer, Vorsitzender des BAK Demokratie, Außenpolitik und Europa

Bundesarbeitskreis Christen und Ökologie auf dem Kirchentag in Hamburg

Der Bundesarbeitskreis Christen und Ökologie nahm Anfang Mai mit einem Stand am 34. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Hamburg teil.

Wir waren dort mit einem Team von neun Mitgliedern, kurzzeitig verstärkt durch unseren Bundesvorsitzenden, vertreten. Dort teilten wir den Teilnehmern in vielen interessanten Einzelgesprächen mit, wie wir das Kirchentagsmotto „Soviel du brauchst“ politisch in die Tat umsetzen möchten. Hierzu zeigten wir an einem Jenga-Turm und mit einem anderen Spiel die Grenzen des Wachstums auf. Ein Schwerpunkt war das Sammeln von Unterstützungsunterschriften für die Bundestagswahl im Herbst. Der Arbeitskreis konnte in dieser Zeit ca. 100 Unterschriften für die verschiedenen Bundesländer sammeln. Wir möchten auch am nächsten Katholikentag in Regensburg in 2014 teilnehmen.

Die Teilnahme ist aber aufgrund der Regularien des Katholikentages noch nicht sicher.

Der 35. Deutsche Evangelische Kirchentag findet vom 3. bis 7. Juni 2015 in Stuttgart statt. Auch dort werden wir wieder am Start sein und freuen uns über viele fleißige Helfer.

Dirk Uehlein, Vorsitzender des BAK Christen und Ökologie.



So präsentierte sich der Stand der ÖDP auf dem evangelischen Kirchentag in Hamburg.

ÖDP bei Demo gegen Gentechnik in München

Zahlreiche ÖDP-Mitglieder fanden im Mai bei regnerischem Wetter den Weg nach München, um dort mit ÖDP-Fahnen und Plakaten gegen Gentechnik zu demonstrieren.



Fotos: Daniela Becker

Aus den Landes- und Bezirksverbänden

Landesverband Bayern

Landesparteitag bestätigt ÖDP-Chef Klaus Mrasek

Die bayerische ÖDP hat am 15. Juni ihre Parteispitze bestätigt. Mit großer Mehrheit wählten die Delegierten den bisherigen Landesvorsitzenden Klaus Mrasek, der sich gegen seinen Gegenkandidaten Karl Heinz Jobst mit 162 zu 21 Stimmen durchsetzen konnte. Als stellvertretende Landesvorsitzende wurden die bisherigen Amtsinhaber Agnes Becker (Wegscheid) und Stephan Treffler (Erding) wiedergewählt. Landesschatzmeister bleibt Gerhard Mai (Moosburg). Beisitzer sind Franz Hofmaier (Ingolstadt), Gabi Schimmer-Göresz und Ulrich Hoffmann (beide Neu-Ulm), Manuela Forster (Nürnberg) und Oswald Zöllner (Deggendorf).

Fast einstimmig beschloss die Versammlung die Unterstützung des Generationen-Manifests, das von zahlreichen Wissenschaftlern und bekannten Persönlich-

keiten wie u. a. Prof. Ernst Ulrich von Weizsäcker, Franz Alt und Marius Müller-Westernhagen unterzeichnet ist. Prominenter Gast des ÖDP-Landesparteitages war der Präsident des Deutschen Städtetages Dr. Ulrich



Landesvorsitzender Klaus Mrasek und seine Stellvertreterin Agnes Becker übergeben dem Passauer Bürgermeister Urban Mangold (ÖDP) 1.700 Euro, die bei einer spontanen Sammlung der Delegierten für die Flutgeschädigten in Niederbayern gespendet wurden.



Der neue ÖDP-Landesvorstand (von links): Franz Hofmaier, Oswald Zöllner, Manuela Forster, Klaus Mrasek, Stephan Treffler, Agnes Becker und Gerhard Mai. Es fehlen auf dem Foto: Gabi Schimmer-Göresz und Ulrich Hoffmann.

Maly, der als Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg ein Grußwort sprach. Eine spontane Sammlung unter den Delegierten ergab eine Spende von 1.700 Euro zur Unterstützung der Flutgeschädigten in Niederbayern.

Die bayerische ÖDP verpflichtet sich, das Generationen-Manifest in jeder nur denkbaren Form zu verbreiten und eine umfassende Debatte über seine Inhalte anzustoßen, lautet der Parteitagsbeschluss. „Bei allen Veranstaltungen der ÖDP wird künftig auf das Generationen-Manifest hingewiesen und den Bürgerinnen und Bürgern kostenlos zur Verfügung gestellt“, kündigt Mrasek an. Das Manifest sei weitgehend identisch mit den Positionen und Programmaussagen der ÖDP. Die Erstunterzeichner des Generationen-Manifests fordern unter anderem, die Bekämpfung des Klimawandels als Staatsziel in die Verfassung aufzunehmen, die Erweiterung der Energiewende um eine Energiesparwende, eine Reform und strikte Regulierung der Finanzmärkte und das Auseinanderdriften von Arm und Reich zu bekämpfen (www.generationenManifest.de).

Außerdem beschloss der Parteitag den Start einer neuen Aktion „Hände weg vom Ehegattensplitting!“. Die ÖDP fordert, dieses „mindestens so lange zu erhal-

ten, bis eine gerechte Entlohnung der familiären Erziehungsleistung durch ein sozialversicherungspflichtiges Erziehungsgehalt realisiert ist“.

Mit einer Aktion „Flächenverbrauch in Bayern stoppen!“ will die Partei die zunehmende Versiegelung Bayerns beenden. „Wir müssen auch den Flüssen wieder den Raum geben, den sie brauchen, sonst holen sie sich ihn unkontrolliert“, fordert Landesvorsitzender Klaus Mrasek. Entlang der Flüsse müssten deshalb endlich Rückhalteflächen geschaffen werden, auch wenn dies von den landwirtschaftlichen Grundstücksbesitzern abgelehnt werde. Mrasek: „Allgemeinwohl geht vor wirtschaftlichem Eigeninteresse. Notfalls muss der Staat die Interessen der Allgemeinheit gegen einzelne durchsetzen, um Katastrophen wie in Passau und im Landkreis Deggendorf zumindest einzudämmen“.

Beim Parteitag stellen sich auch die Spitzenkandidaten zur Landtagswahl vor: Manuela Forster (Mittelfranken), Martin Eichler (Oberfranken), Steffen Scholz (Unterfranken), Bernhard Suttner (Niederbayern), Klaus Mrasek (Oberpfalz), Sebastian Frankenberger (Oberbayern), Gabriela Schimmer-Göresz (Schwaben) und die bayerische Spitzenkandidatin zur Bundestags-

Die Spitzenkandidaten der ÖDP Oberpfalz zur Landtagswahl



V. l. n. r.: Arnold Kimmerl, Bürgermeister von Pfeimöd; Dr. Barbara Kindl, stellvert. Kreisvorsitzende KV Neustadt/Waldnaab; Klaus Mrasek, Stadtrat Amberg, Kreisvorsitzender KV Amberg-Sulzbach und Landesvorsitzender Bayern

Die Spitzenkandidaten der ÖDP Oberpfalz zur Bezirkstagswahl



Karl Müller und Jochim Graf. Auf dem Bild fehlt Martin Prey.

wahl, Claudia Wiest aus dem Landkreis Regensburg. Spitzenkandidaten zur Bezirkstagswahl sind Alexander Abt (SCH) Johanna Schildbach (OBB), Peter Michael Schmalz (NDB), Joachim Graf (OPF), Thomas Büchner (OFR), Ingrid Malecha (MFR), Waldemar Bug (UFR).

Kontakt: ÖDP-Landesgeschäftsstelle Bayern
U. Mangold, Tel. (08 51) 93 11 31
» www.oedp-bayern.de



Foto (von rechts): Bürgermeister Urban Mangold, Nürnbergs OB Ulrich Maly, die stellvertretende ÖDP-Landesvorsitzende Agnes Becker aus Wegscheid und der Nürnberger ÖDP-Stadtrat Thomas Schrollinger.

Städtetagpräsident OB Maly beim ÖDP-Landesparteitag

Dr. Ulrich Maly, Präsident des Deutschen Städtetags, hat am Samstag als Oberbürgermeister der Stadt Nürnberg auf dem ÖDP-Landesparteitag ein Grußwort gesprochen und die gut 200 Delegierten in seiner Stadt begrüßt. Der Nürnberger ÖDP-Stadtrat Thomas Schrollinger hatte OB Maly auf Wunsch des ÖDP-Parteivorstandes eingeladen. Passaus 2. Bürgermeister Urban Mangold informierte den Nürnberger Oberbürgermeister über die politische Konstellation in Passau und hatte auch gleich eine augenzwinkernde Empfehlung für Nürnberg parat: „Wenn SPD-Oberbürgermeister ÖDP-Politiker als Stellvertreter haben, läuft die Stadtpolitik besonders gut.“

Bezirksverband Unterfranken

Bug und Scholz Spitzenkandidaten

Die ÖDP Unterfranken traf sich am 20.04.13 in Würzburg, wo sie in einer sehr gut besuchten Sitzung die Plätze der Listenkandidaten für die Bezirkstags- und Landesliste wählte. Auf Platz 1 der Liste des Bezirkstages wurde Waldemar Bug gewählt, der in Markt Burkardroth (Lkr. Bad Kissingen) Bürgermeister ist. Auf Platz 1 der Landesliste wurde Steffen Scholz aus Miltenberg gewählt, der Vorgänger des jetzigen Bezirksvorsitzenden Reinhard Trumpf.

Der Bezirksverband Unterfranken bedankt sich herzlich für die Bereitschaft aller Listenkandidaten und -kandidatinnen der Bundestags- und Landtagswahl, sich für das Amt zur Verfügung zu stellen.

Weitere Schwerpunkte des Bezirkstages waren die Privatisierung des Trinkwassers, die verständlicher Weise viel Diskussionsbedarf ergab, und das aktuelle Volksbegehren zur Direktwahl des Ministerpräsidenten.



Steffen Scholz



Waldemar Bug

Landesverband Thüringen

ÖDP gründet neuen Kreisverband Jena

Der Landesverband Thüringen der ÖDP gibt allen Mitgliedern, Freunden und Interessenten die Gründung des neuen Kreisverbandes Jena/Saale-Holzland-Kreis bekannt.

Landesvorsitzende Susann Mai freut sich darüber sehr: „Die ÖDP ist wertorientiert, wählbar und steht für Glaubwürdigkeit, Transparenz und direkte Demokratie. Wir wollen den Mitmenschen wieder Lust auf Politik machen.“ Dies hat sich nun in Jena bewährt. Bei der öffentlichen Versammlung im Jenaer Gasthaus



Landesvorsitzende Susann Mai gratuliert Ralf Müller zum Vorsitz des neuen Kreisverbandes Jena/Saale-Holzland-Kreis. V.l.n.r.: Benjamin Scholl, Franz-Josef Mai (stellv. Landesvorsitzender), Waltraud Döring, Susann Mai, Merlyn von Hugo (stellv. Vorsitzender Jena/SHK), Ralf Müller (Vorsitzender Jena/SHK), Dr. Ute Böttger (Schatzmeisterin Jena/SHK)

„Zur Noll“ wurde der neue Kreisverband gegründet. Der 45-jährige Kaufmann Ralf Müller wurde zum Kreisvorsitzenden gewählt. „Ich freue mich, mit dem neuen ÖDP-Kreisverband Jena/Saale-Holzland-Kreis nun einen neuen Impuls für nachhaltige Politik für unsere Stadt und die Umgebung zu setzen und lade alle Mitbürgerinnen und Mitbürger ganz herzlich zur Mitarbeit ein“, so Ralf Müller nach seiner Wahl. Zu seinem Stellvertreter wählten die stimmberechtigten Mitglieder den Studenten der Rechtswissenschaften, Merlyn von Hugo. Die Diplom-Chemikerin Dr. Ute Böttger wurde als Schatzmeisterin des neuen Kreisverbandes gewählt.

Direkt im Anschluss an die Gründungsversammlung fand die konstituierende Sitzung des neuen Kreisvorstandes statt. Damit ist die Grundlage gelegt, dass die ÖDP ihr zukunftsfähiges und nachhaltiges Programm für die Menschen in Jena und im Saale-

Holzland-Kreis nun einbringen kann. Dass die ÖDP konsequent gute Politik macht, ist im Alltag am konkreten Handeln zu sehen: Die ÖDP macht transparente Politik, nimmt als einzige Partei keine Firmenspenden an und hat das in ihrer Satzung verankert. Die ÖDP geht voran auf dem Weg zu mehr Bewusstsein für faires, nachhaltiges Wirtschaften, Energieeffizienz und Ressourcenschonung. Soziale Gerechtigkeit, Familien stärken sowie friedliches und verständnisvolles Miteinander der Kulturen sieht sie in ihrer Politik als Grundelement für eine zukunftsfähige Gesellschaft. Sie setzt sich für gentechnikfreie Landwirtschaft, artgerechte Tierhaltung, Erhalt der Artenvielfalt und den Schutz unserer Lebensgrundlagen ein.

Weitere Informationen unter www.oedp.de
Kontakt: Susann Mai, Landesvorsitzende der ÖDP,
» susann.mai@oedp.de

Baden-Württemberg

Main-Tauber: „ÖDP im Gespräch“

In Baden-Württemberg sind wir bestrebt, im Zuge der Bundestags- und Europawahl neue Mitglieder zu gewinnen und die Parteistrukturen zu stärken. Dieses Ziel werden wir jedoch nur erreichen, wenn wir uns der Öffentlichkeit als lebendige Partei mit einem unverwechselbaren Profil präsentieren. Dabei ist nicht nur vor den Wahlen, sondern kontinuierlich auch in den wahlfreien Zeiten Aktivität erforderlich.

Wie dies aussehen kann, demonstriert beispielhaft der Kreisverband Main-Tauber: So zeigte sich bei den Mitgliedern eine gewisse Unzufriedenheit darüber, dass in Kreishauptversammlungen oftmals Wahlen und formale Angelegenheiten im Vordergrund stehen, aber wenig Zeit für die Beschäftigung mit aktuellen Themen bleibt. Daher wurde die „ÖDP im Gespräch“ ins Leben gerufen. Dabei handelt es sich um zwei- bis dreimal jährlich stattfindende Parteiabende zu jeweils einem spannenden aktuellen Thema oftmals gesellschaftlicher Art, wie z.B. Stuttgart 21, Lebensschutz, Organspende oder Betreuungsgeld. Dem Einstieg ins jeweilige Thema dient gewöhnlich ein vertiefender

Beitrag oder Vortrag eines Mitglieds oder auswärtiger Referenten. Flankiert werden die Abende durch sorgfältige Öffentlichkeitsarbeit. Zum einen wird die Veranstaltungankündigung an die lokale Zeitung gegeben, zum anderen ein druckreifer Veranstaltungsbericht. Weil die Redaktion der ÖDP gegenüber durchaus aufgeschlossen ist, wird die Mühe meist mit einem durchaus lesenswerten Artikel belohnt.

Im Hinblick auf die Europawahlliste schlägt die ÖDP Baden-Württemberg ihren Landesvorsitzenden Bernd Richter, ihren stellvertretenden Landesvorsitzenden Kilian Kronimus und ihre Sprecherin für Schulpolitik, Kirchenpolitik und Umweltschutz, Verena Föttinger, vor.

Kontakt: Landesgeschäftsführer Uli Stein
Tel. (0711) 636 46 44, info@oedp-bw.de,

Regionalbeauftragter Matthias Dietrich,
Tel. (0 71 21) 88 01 04, dietrichmat@web.de



Matthias Dietrich ist Regionalbeauftragter der ÖDP für Baden-Württemberg.

„ÖDP im Gespräch“: Psychologie Martin Schirmer referierte / „Kinderkrippe - Ideal oder Notlösung?“

Aufbau von „Urvertrauen ins Leben“ ist wichtige Aufgabe

LAUDA. „Kinderkrippe - Ideal oder Notlösung?“ Mit dieser Frage setzen sich die Teilnehmer der letzten Veranstaltung aus der Reihe „ÖDP im Gespräch“ in Lauda auseinander. Eingeladen hatte der Kreisverband Main-Tauber der Ökologisch-Demokratischen Partei / Familie und Umwelt.

Beim täglich ist in der Presse von der Neuentöffnung oder Erweiterung von Kinderkrippen für Kinder von null bis drei Jahren zu lesen, auch in unserer Region. Ab August 2013 besteht ein Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für jedes Kind in diesem Alter.

Im Interesse der erwerbstätigen Eltern, aber auch im Interesse der Wirtschaft, die flexible, stets verfügbare Arbeitskräfte sucht, soll damit die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleistet werden. Doch kann die Betreuung in Krippengruppen überhaupt den Grundbedürfnissen von Kindern in diesem Alter entsprechen? Um welche Bedürfnisse es hierbegeht, erläuterte der Psychologe Martin Schirmer aus Tauberscheidheim in einem einführenden Referat.

Der langjährige Leiter der Psychologischen Beratungsstelle beim Caritasverband in Tauberscheidheim, nun im Ruhestand, konnte dabei nicht nur aus Theorie und Praxis

berichten, sondern seine Thesen auch mit den Ergebnissen moderner Gehirnforschung untermauern.

Die von der Natur vorgegebene Selbstverständlichkeit, dass Kinder in den ersten Lebensjahren in der Familienverbandsgehören, wurde, so Schirmer, in unserer Gesellschaft immer mehr verdrängt. Diese Entwicklung habe in den 60er Jahren des vorigen Jahrhunderts, mit der Verbreitung der Pille und der veränderten Rolle der Frau, begonnen. „Kinder werden heute nicht mehr als Gottesgeschenk, sondern als Planungsprodukt angesehen“. Seit den 90er Jahren sei dann das Modell der Krippenbetreuung aus der ehemaligen DDR verstärkt übernommen worden. Mütterliche müsse sich eine Frau, die ihr Kleinkind zu Hause gerne selbst ins Leben begleiten möchte, paradoxerweise dafür schon rechtfertigen.

Demgegenüber berichte der Referent, wie entscheidend der Aufbau von „Urvertrauen ins Leben“ als entwicklungspsychologisch wichtigste Aufgabe der ersten drei Lebensjahre sei. Normalerweise biete dafür die Familie im überschaubaren, beständigen, liebevollen Rahmen – die besten Voraussetzungen. Also gerade nicht die ständig wechselnde Besetzung einer Krippengruppe, wo sich sogar am Anstieg des Stress-

hormons Kortisol im Verlauf eines Tages ablesen lasse, wie sehr Zeitdruck, Lärm, Konkurrenzkampf, Suche nach Anteilnahme und Nähe das Kind beanspruchen. Für das Einüben von Durchsetzungsstärke mag das gut sein, für das Reifen einfühlsamer, ausgeglichener und dann später in Kindergarten und Schule auch leistungsfähiger Charaktere allerdings weniger.

Selbst noch so qualifiziertes Fachpersonal könne die dauerhafte Bindung an eine gleichbleibende Bezugsperson in der Geborgenheit der Familie nicht ersetzen. Schon durch das morgendliche Abgeben des Kindes in der Einrichtung und das spätere Abholen werde das kontinuierliche Erleben zerstückelt. Eifrig erst nach dem dritten Geburtstag seien Kinder wirklich aufnahmefähig für Förderung und Bildung draußen, der Kindergarten werde dann zur wichtigen Ergänzung des Elternhauses. Deshalb gelte weiterhin das Namengesetz: „Erst Bindung, dann Bildung!“

„Die flächendeckende Betreuung von Kindern unter drei Jahren außerhalb der Familie ist somit kein Produkt pädagogischen, sondern eher wirtschaftlichen Denkens“, folgte der Referent. Freilich seien nicht alle Eltern fähig und bereit zu einer verantwortungsvollen Erzie-

hung ihrer Kinder. Um drohenden Schaden abzuwenden, würden deshalb in sehr anregungsarmen oder auch psychisch auffälligen Elternhäusern Kompromisslösungen dann doch notwendige Betreuung durch Verwandte, Pflegefamilie, Tagesmutter, Kinderkrippe, im Extremfall Kinderheim.

In der anschließenden Diskussion gaben die Teilnehmer zu bedenken, dass in der heutigen Zeit die Eltern meist gezwungen seien, beide arbeiten zu gehen, um finanziell über die Runden zu kommen. Eine mögliche Lösung sei hier das von der ÖDP konzipierte Erziehungsgehalt, das Herbert A. Gebhardt, stellvertretender Kreisvorsitzender aus Wertheim, erläuterte. Dieses sozial und steuerpflichtige Gehalt in der Höhe von etwa 50 Prozent des durchschnittlichen Bruttolohns eines Arbeitnehmers solle allen Eltern gezahlt werden. Die Eltern könnten dann selbst die Form der Betreuung auswählen, die sie für die beste halten: das Kind zum Beispiel selbst daheim betreuen und hierfür auf eigene Verantwortung verzichten, oder mit dem Geld eine Tagesmutter oder einen Krippenplatz finanzieren.

Damit unterscheide sich das Erziehungsgehalt ganz wesentlich vom Betreuungsgeld, das im Herbst dieses Jahres eingeführt wird. *ödp*

ödp

Beitrittsantrag

Ökologisch-Demokratische Partei

Ich beantrage die Mitgliedschaft in der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) und bin mindestens 14 Jahre alt.

Ich verstehe mich eher als

- Aktives Mitglied
 Schnuppermitglied
 Förderndes Mitglied

X _____
Name

X _____
Vorname

X _____
Straße / Nr.

_____ Kreis

X _____
PLZ / Ort

_____ Tel. / Fax

_____ Handy

_____ E-Mail

_____ Beruf

X _____
Geburtsdatum

Der Beitritt wurde mir empfohlen von:

X Pflichtfeld, bitte ausfüllen!

Schnuppermitglieder sind im ersten Jahr beitragsfrei, danach werden Sie automatisch zahlendes Mitglied, solange Sie nicht kündigen. Kurz vor dem Ende der Schnuppermitgliedschaft erhalten Sie eine schriftliche Benachrichtigung. Eine Schnuppermitgliedschaft ist nur bei Neueintritten möglich und kann nicht verlängert werden.

Bitte senden Sie diesen Antrag an:

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle
Pommerngasse 1
97070 Würzburg

Tel. 0931/40486-0 | Fax 0931/40486-29
info@oedp.de | www.oedp.de

Ich zahle (als Schnuppermitglied nach dem ersten Jahr) den satzungsgemäßen

- Regelbeitrag von 7,00 Euro pro Monat
 Familienbeitrag von 7,00 pro Monat
(bitte Familienmitglieder auf der Rückseite eintragen)

ermäßigten Beitrag von 1 Euro pro Monat
(gilt für Schüler, Studenten, ALG-II-Empfänger)

Ich zahle freiwillig 12 Euro / Jahr für die Mitgliederzeitschrift „ÖkologiePolitik“.

Ich zahle außerdem einen zusätzlichen jährlichen Förderbeitrag (Zuwendung) in Höhe von _____ Euro.

Ich ermächtige die ÖDP bis auf Widerruf, meinen Beitrag von meinem Konto einzuziehen:

jährliche halbjährliche Abbuchung

_____ Kontoinhaber/in:

_____ Konto Nr.:

_____ BLZ:

_____ Bank:

Zuwendungen und Mitgliedsbeiträge an politische Parteien sind steuerlich absetzbar. Mit Ihrem Steuerausgleich bekommen Sie unabhängig von Ihrem persönlichen Steuersatz 50 Prozent des jeweiligen Betrages vom Finanzamt zurückerstattet (§34g EStG).

Ich verpflichte mich, die Satzung der ÖDP einzuhalten und mich für ihre Ziele einzusetzen, wie sie im Grundsatzprogramm festgelegt sind. Unerwünscht mit der Mitgliedschaft in der ÖDP ist die gleichzeitige Mitgliedschaft bei anderen Parteien, Scientology und ein Eintreten für die „Neue Germanische Medizin“.

X _____
Datum, Unterschrift:

Ich möchte als Frau **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Frauen“ sein.

Ich möchte **nicht** automatisch Mitglied der „Bundesvereinigung Junge Ökologen“ sein. (nur Personen unter 32 Jahren)

Da wir keine Firmenspenden annehmen, sind für uns Privatspenden besonders wichtig. Wir freuen uns über Ihre finanzielle Zuwendung. Unsere Bankverbindung lautet:
KtoNr. 981 52 00
BLZ 700 205 00
Bank für Sozialwirtschaft

Zusammengestellt
von Florence von Bodisco



ÖDP unterstützt Kampagne von Mehr Demokratie e.V. zum bundesweiten Volksentscheid

Die ÖDP befürwortet und unterstützt die Kampagne des Vereins Mehr Demokratie zur Einführung bundesweiter Volksentscheide.

Dazu Sebastian Frankenberger, Bundesvorsitzender der ÖDP: „Die Politik muss endlich die mündigen Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen und sie an wichtigen Entscheidungen beteiligen. Die Zeit der ausschließlich repräsentativen Demokratie ist abgelaufen“, begründet der ÖDP-Chef sein Engagement.

Vor allem, wenn es um Änderungen des Grundgesetzes gehe, müssten die Bürger gefragt werden. „Demokratie lebt auch vom Rückhalt in der Bevölkerung. Wenn die Menschen sich ohnmächtig fühlen, kann die Zustimmung zur Demokratie schwinden“, befürchtet Frankenberger. Er erinnert an die Väter und Mütter des Grundgesetzes, die in Artikel 20 schrieben: „Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen ... ausgeführt.“ So sei schon vor über 60 Jahren die Tür zur direkten Demokratie geöffnet worden, die Politik müsse nur noch hindurchgehen, kommentiert Frankenberger. „Die direkte Demokratie in der Schweiz zeigt beispielsweise, dass die Wähler sehr besonnen mit ihrer Verantwortung umgehen. Auch in Deutschland sollten wir den Menschen mehr zutrauen.“

Frankenberger weist darauf hin, dass die ÖDP schon seit Jahren die Forderung nach bundes-

weiten Volksentscheiden in ihrem Programm verankert hat und auf Landesebene diverse Erfolge mit direkter Demokratie aufweisen kann. So war die ÖDP im Jahr 2010 z.B. federführend beim bayerischen Volksbegehren für mehr Nichtraucherschutz.

Link zur Aktionsseite von Mehr Demokratie e.V.:

» www.mehr-demokratie.de/volksentscheid-aufruf.html



ÖDP kritisiert Ende des Waffenembargos in Syrien

„Jede Waffenlieferung nach Syrien verbietet sich“, diese Aussage trifft Helmut Kauer, Vorsitzender der Bundesarbeitskreises Demokratie, Außenpolitik und Europa in der ÖDP.

Er nimmt dabei Bezug auf das Ende des Waffenembargos in Syrien, das von der Europäischen

Union beschlossen wurde. „Anfang April verabschiedete die UN (Vereinte Nationen) das erste Waffenhandelsabkommen, knapp zwei Monate später wird es schon gebrochen. Auch wenn das Abkommen noch nicht in Kraft ist, da es erst 50 Länder ratifizieren müssen, sollte man sich an etwas halten, das man mit beschlossen hat“, kommentiert Kauer.

Laut des Nachrichtenmagazins Spiegel online „werden Länder dazu verpflichtet, bei Rüstungsgeschäften zu prüfen, ob die Waffen in die Hände von Terroristen gelangen oder damit Menschenrechtsverletzungen begangen werden könnten. Der Vertrag sieht Regeln für die ganze Bandbreite konventioneller Waffen vor“.

„Nach dem derzeitigen Nachrichtenstand bin ich überzeugt, dass es im Bürgerkrieg in Syrien Menschenrechtsverletzungen durch beide Konfliktparteien gab und weiterhin geben wird“, so Helmut Kauer. „Für mich zeigt das Handeln von Frankreich und Großbritannien: Beim Waffenhandel zählt nur der Profit, nicht die Moral.“

Weiter erinnert ÖDP-Politiker Kauer an die UN-Charta, die „Verfassung“ der Vereinten Nationen, wonach ein Eingreifen in einem anderen Staat nur erlaubt sei, wenn der Weltfrieden bedroht sei, nicht bei einem lokalen Konflikt. „Alle freien, demokratischen Staaten sind deshalb gefordert, neue Wege der Konfliktvermeidung zu entwickeln. Auch dürfen diktatorische, menschenrechtsverletzende Regime nicht länger unterstützt werden,

nur weil sie den billigen Zugang zu Rohstoffen garantieren. Wir brauchen eine friedlichere Welt, das gelingt aber nicht mit mehr Waffen“, so der ÖDP-Politiker abschließend.

ÖDP will mehr Bürgerbeteiligung gegen Politikverdrossenheit

Anlässlich der aktuellen Umfrage des Forsa-Instituts, wonach 30% der Bürger jetzt noch nicht wissen, ob sie im Herbst zur Wahl gehen, erneuert die ÖDP ihre Forderung nach mehr Bürgerbeteiligung und mehr direkter Demokratie.

Dazu Sebastian Frankenberger: „Offensichtlich haben die Bürger in Deutschland keine Lust mehr auf eine angeblich alternativlose Politik und fühlen sich nicht mehr ausreichend von der repräsentativen Demokratie vertreten. Dagegen hilft

Sebastian Frankenberger:

„Offensichtlich haben die Bürger in Deutschland keine Lust mehr auf eine angeblich alternativlose Politik und fühlen sich nicht mehr ausreichend von der repräsentativen Demokratie vertreten. Dagegen hilft nur eines: mehr direkte Einflussnahme der Bürger.“

nur eines: mehr direkte Einflussnahme der Bürger.“ Frankenberger ist der Meinung, dass sich viele nicht ernst genommen fühlen und sich deshalb den Wahlen verweigerten. Ein Rezept dagegen sei z.B. die Einführung bundesweiter Volksentscheide und niedrigere Hürden bei Bürgerentscheiden. „Die ÖDP fordert seit vielen Jahren, dass die Bürger auch auf Bundesebene über wichtige Themen abstimmen können. Außerdem hat sie viele Volksbegehren in Bayern angestoßen“,

so Frankenberger, der bundesweit als Organisator des Volksbegehrens für besseren Nichtraucherschutz in Bayern bekannt geworden ist.

ÖDP: für eine echte Tierschutzverbandsklage in Niedersachsen

„Die ÖDP fordert schon jahrelang die Einführung der Tierschutzverbandsklage“, so der Vorsitzende des ÖDP-Bundesarbeitskreises Landwirtschaft, Tierschutz und Gentechnik, Ludwig Maier. Deshalb sei es selbstverständlich, die Aktion der Albert-Schweitzer-Stiftung für eine echte Tierschutzverbandsklage in Niedersachsen zu unterstützen. „Für die ÖDP ist Lebensschutz unteilbar. Die ÖDP fühlt sich dem von Albert Schweitzer formulierten Grundsatz der ‚Ehrfurcht vor dem Leben‘ verpflichtet“, erläutert der ÖDP-Politiker.



„Zwar hat die niedersächsische Landesregierung die Notwendigkeit der Einführung der Tierschutzverbandsklage erkannt, jedoch ist die geplante Feststellungsklage nicht weitgehend genug, da nur ein Verstoß gegen Tierrechte festgestellt werden kann“, so der ÖDP-Politiker Maier. Die Behörde sei nur dazu verpflichtet, bei zukünftigen Entscheidungen den festgestellten Rechtsverstoß zu unterlassen. Die aktuelle gesetzeswidrige Maßnahme werde nicht berührt; sie bleibe weiterhin in Kraft. Es bedürfe vielmehr des Instruments der Anfechtungs- und Verpflichtungsklage, um wirkungsvoll gegen eine aktuelle gesetzeswidrige Maßnahme vorgehen zu können.

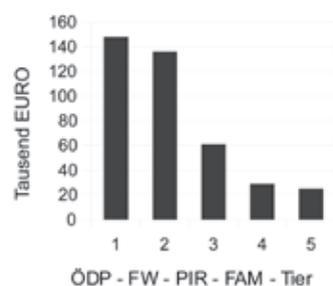
Die ÖDP unterstützt deshalb die Aktion nach einer echten wirkungsvollen Tierschutzverbandsklage. Die ÖDP appelliert an alle Bürgerinnen und Bürger, sich an dem entsprechenden Aufruf an die niedersächsische Landesregierung auf der Homepage der Albert-Schweitzer-Gesellschaft zu beteiligen.

» albert-schweitzer-stiftung.de/tierschutz-helfen/petitionen/tierschutzverbandsklage-niedersachsen

Staatliche Mittel für die ÖDP

Herzlichen DANK allen Mitgliedern und Spendern/-innen! Denn euch und Ihnen ist es zu verdanken, dass die ÖDP bei der Zuweisung der staatlichen Mittel weiterhin eine führende Rolle einnimmt. Dies ist eine wichtige Voraussetzung für die Wahlkämpfe 2013/2014!

Staatl. Mittel 2013 (je Quartal)



Was bedeuten die aktuellen Daten?

1. Die ÖDP nimmt auf Bundesebene eine Spitzenposition bei der Zuweisung der staatlichen Mittel ein. Im Rahmen der Parteienfinanzierung rangiert die ÖDP weit oben (ausgenommen sind bei der Tabelle die Bundestagsparteien sowie rechte Gruppierungen).

2. Grund dafür sind die soliden Eigeneinnahmen durch Spenden natürlicher Personen und Mitgliedsbeiträge. (Die „Sonstigen“, nämlich Freie Wähler, Piraten-Partei, Familien-Partei, Tierschutz-Partei, haben nur einen geringen bis sehr geringen Anteil an Eigeneinnahmen – daher nützen ihnen ihre Wahlergebnisse hier so gut wie nichts).

3. Bei einer weiteren Steigerung der ÖDP-Wahlergebnisse (Landtagswahl Bayern und Bundestagswahl) sowie hohem Spendenaufkommen (in Bundes-/Landes-/Kreisverbänden) und neuen Mitgliedern vor Ort ist erneut mit einer deutlichen Steigerung der staatlichen Mittel für 2014 zu rechnen. Dies wiederum ist als „Finanzspritze“ für den Europa-Wahlkampf und die Kommunalwahlen im nächsten Jahr von großer Bedeutung.

Daher die herzliche Einladung an alle Mitglieder und alle bisherigen und zukünftigen Spender/-innen und Wähler/-innen:

Unterstützen Sie die ÖDP – je nach den eigenen Möglichkeiten! Jede Hilfe ist wertvoll! Im Voraus herzlichen Dank!

Parteienfinanzierung (Quelle: www.bundestag.de)

„Das Parteiengesetz regelt, wie sich Parteien finanzieren und in welcher Höhe sie staatliche Mittel als Teilfinanzierung erhalten. Maßstab für die Verteilung dieser Mittel ist die Verwurzelung der Parteien in der Gesellschaft. Dies wird zum einen daran gemessen, wie viel Stimmen eine Partei bei der jeweils letzten Europa- und Bundestagswahl und den jeweils letzten Landtagswahlen erzielt hat (Mindestwahlergebnis 0,5 % bei einer bundesweiten bzw. 1,0 % bei einer Landtagswahl). Zum anderen wird der Umfang der Mitglieds- und Mandatsträgerbeiträge und rechtmäßig erlangten Spenden zugrunde gelegt (= Eigeneinnahmen).

Wegen des verfassungsgemäßen Verbots einer ‚überwiegenden‘ staatlichen Parteienfinanzierung darf diese nicht höher sein, als die von den Parteien erwirtschafteten Eigeneinnahmen des Vorjahres (‚Relative Obergrenze‘).

Aufgrund der ‚absoluten Obergrenze‘ (2012: 150,8 Mio. Euro) sind die für die einzelnen Parteien errechneten Beträge proportional entsprechend zu kürzen, sodass diese Parteien für das Jahr 2012 im Ergebnis ca. 0,83 € je Stimme (für die ersten 4 Mio. Gesamtstimmen) und ca. 0,37 € je Zuwendungs-Euro erhalten haben.“

Was bedeutet das konkret für die ÖDP?

Für jeden Spenden-Euro, der 2012 an die ÖDP gegangen ist, legt der Staat noch mal 0,37 € obendrauf. Wenn man z.B. 100 € an die ÖDP gespendet hat, erhält die Partei nochmals 37 € aus der staatlichen Parteienfinanzierung hinzu. Und wenn man selbst steuerpflichtig ist, erhält man vom Finanzamt 50 % der gespendeten Summe – durch Steuernachlass – „zurück“. Völlig legal und legitim. ■



Werner Roleff ist Beisitzer im Bundesvorstand der ÖDP.

Kontakt:
werner.roleff@oedp.de

Alte Menschen zu Hause pflegen!

Das Thema Pflege und Alter wird uns in den kommenden Jahren in nie gekannter Form begleiten. Alter und Sterben sind Themen, die unsere Gesellschaft verdrängt. Meldungen über Pflegekandale in Heimen verhalten ohne Konsequenz.

von Johanna Schildbach-Halser

Heimbewohner werden nach der Gesundheitsreform vermehrt zu Sozialhilfeempfängern. Die Standards in den Heimen sollen gesenkt werden, Stimmen zum Thema Sterbehilfe werden laut.

Aus humanen und finanziellen Gründen fordert die ÖDP, der ambulanten Pflege den Vorzug zu geben. Dazu muss die Pflegebereitschaft in den Familien gestärkt wer-

den. Zum Beispiel durch finanzielle Leistungen für den Pflegenden, leistungsgerechte Rentenansprüche und bauliche Standards für den privaten Wohnungsbau. Kostendeckende Finanzierung der ambulanten Pflege muss Vorrang haben vor der stationären Unterbringung. Außerdem müssen Tages- und Kurzzeitpflegeeinrichtungen zur Entlastung der Pflegenden ausgebaut werden, ebenso wie die Angebote der Verhinderungspflege und ambulant betreute Wohngemeinschaften für demenzkranke Menschen. Der Pflegenotruf (ärztlicher und pflegerischer Rat) sollte verstärkt werden und mehr Hospize für die

Die ÖDP fordert:

- Verstöße gegen die Menschenwürde sind zu ahnden und den Betreibern ist die Lizenz zu entziehen.
- Ungerechtfertigte Einnahmen wegen zu wenig Fachpersonal sind

Aus humanen und finanziellen Gründen fordert die ÖDP, der ambulanten Pflege den Vorzug zu geben.

von den Kostenträgern zurückzufordern.

- Die Arbeitsbedingungen des Personals und die Bezahlung sind so zu gestalten, dass humane Pflege möglich ist.
- Die ÖDP setzt sich vehement gegen eine Reduzierung der ärztlichen Versorgung für alte Menschen ein.

Unsere Gesellschaft muss Finanzierungswege finden, um alte, kranke und behinderte Mitbürger menschenwürdig zu pflegen und bis zum Tod zu versorgen. In diesem Bereich gibt es arbeitsmarktpolitische Ressourcen, z.B. für sinnesbehinderte Jugendliche die Ausbildung zum „Fachpraktiker für

personale Dienstleistung“ (Inklusion), bessere Bedingungen für den Bundesfreiwilligendienst, Freiwilliges Soziales Jahr, „Arbeit statt Sozialhilfe“ sowie Unterstützung und Förderung des Ehrenamtes.

In erster Linie muss jedoch die Leistung der Familien angemessen bei der Pflege eines Angehörigen finanziell und gesellschaftlich anerkannt werden. Dies würde der desolaten Pflegenotstandsituation viel von ihrer Schwere nehmen und die immensen Kosten senken, die bei einer Langzeitunterbringung im Heim entstehen.

Die ÖDP sieht in den Hilfen für die Familien und pflegenden Angehörigen einen wichtigen Grundstein, der gesundheitspolitisch richtig und volkswirtschaftlich vernünftig ist, um eine humane Gesellschaft zu bewahren und die Würde des Menschen von der Zeugung bis zum Tod zu garantieren.

Johanna Schildbach-Halser ist für die ÖDP Bezirksrätin im Bezirkstag von Oberbayern.



www.oedp-oberbayern.de/

Zum Titelthema

Ökologische und soziale Ausbeutung unserer Welt

Bei alledem, was Sebastian Frankenberger oder, von der ÖP befragt, der Parteienforscher Prof. Kranenpohl in der letzten Ausgabe an Rezepten vorgestellt haben, um den Bekanntheitsgrad der ÖDP zu den Wahlen zu steigern, vermisse ich stets etwas Entscheidendes: die agitative Auseinandersetzung mit jener Partei, die sich in unserem Land als maßgeblich, als Garant für einen „grünen“ Lebensstil vorstellt. Warum scheut man das, während wir Ökodemokraten doch eine Menge an Alleinstellungsmerkmalen besitzen, die ein elementar anderes Leitbild „grüner“ Politik repräsentieren? Es ist in meiner Sicht hochwichtig, ganz generell: Ich selber habe mich bemüht, bei öffentlichen Verlautbarungen die ÖDP obenan als wichtiges „politisches Korrektiv“ zu den „Grünen“ zu positionieren – zu jener Partei, die vom SPIEGEL (26/2010) einmal treffend als die „Wohlfühlpartei“ etikettiert worden ist; dies unter dem Nachweis sträflicher Vernachlässigung von genuin ökologischen Vorhaben ihrer Parteibasis! Warum steht ein solches „Alleinstellungsmerkmal“, eine selbstbewusste, dazu historisch bedeutsame Gegnerschaft zu den „Grünen“, nicht obenan in der Liste von „10 Gründen, ÖDP zu wählen“ (Website der Bundespartei)?

Dies sollten wir in erster Linie den Wählern plausibel machen, unter gut begründeten Hinweisen auf die immer ungehemmtere ökologische und soziale Ausbeutung unserer Welt, auch auf das bereits galoppierende Klimadebake: Es geht uns doch um einen Lebensstil, der sich von dem gründlich unterscheidet, den die „Wohlfühlpartei“ seit Langem „kultiviert“ hat! Frankenberger erwähnt kurz (S. 15) die alte „ÖDP-Maxime ‚Weniger ist mehr‘“ – doch sie ist heute wichtiger denn je. Toll, dass er durch alle Wahlkreise Bayerns radeln will. Doch überzeugender noch erschien mir, im Pressespiegel, die umfassend konsequente Haltung von Frau Schimmer-Göresz. Oder die von Arnd Lepère aus Hessen. Kritisieren wir doch vernehmbar die Wandlung eines „grünen“ Ministerpräsidenten in Baden-Württemberg mit seiner Kumpanei zu Autofirmen und S-21-Tunnelbauern, der längst nicht mehr ökologische Wahrheiten ausspricht wie die, es gäbe schon zu viele Autos auf der Welt ... oder Anzeigen widerspricht wie der auf S. 39 der ÖP aufgegriffenen: „Klimaschutz beginnt mit Stahl!“ Die Schwerindustrie reibt sich die



Hände bei alledem, was unter „Grün“ heute alles als nachhaltig durchgehen darf; die ökologische Wahrheit steht dem völlig entgegen. Dürfen wir überhaupt so leben und wirtschaften, dass „Energielücken“ solch immenser Ausmaße entstehen? Weniger ist mehr – diese Botschaft kann nur die ÖDP glaubhaft verkörpern!

Wolfgang Martin Wettlaufer,
72076 Tübingen

Zu Bücher

Umweltmedizinischer Ansatz

Das in der ÖP vorgestellte Buch von F. M. Wuketits mit dem Titel „Zivilisation in der Sackgasse“ führt die epidemische Zunahme psychischer Erkrankungen wie Depression und Burnout in unserer Gesellschaft auf einen Mangel an entwicklungsgeschichtlicher Anpassung zurück. Dem Erfolg herkömmlicher Therapieversuche in der psychotherapeutischen Praxis wird folgerichtig mit gewisser Skepsis begegnet; der Autor fordert, „die Natur des Menschen [zu] ergründen“ und meint damit die „psychische Grundausstattung, erworben in vielen Jahrmillionen“, die „auf die Erfordernisse dieser Zivili-

sation nicht zugeschnitten“ ist (S. 21). Er hebt dabei u. a. auf Themen wie Leistungsstress, überzogenes Tempo, ausartende Flexibilität, Formen der Überregulierung und Informationsflut sowie auf „entwurzelte Seelen“ ab, da der Mensch nicht mehr in kleineren Gruppen zusammenlebt, wie es seinem Wesen entspricht.

Das Buch erklärt also die psychische Überforderung vieler Menschen primär mithilfe soziobiologischer Überlegungen, die wiederum auf evolutionsgeschichtlichen Erkenntnissen basieren. Damit lässt es eine rein auf individuelle und biografische Faktoren begrenzte psychogene Sichtweise einwandfrei hinter sich. Dennoch erscheint eine wichtige Ergänzung angebracht. Depressionen und Ähnliches lassen sich noch unter einem weiteren überindividuellen – und zwar nicht psychogenen – Aspekt von entwicklungsgeschichtlicher Seite erklären.

Denn auch durch umweltmedizinische Forschungsergebnisse ist wissenschaftlich belegt, dass der menschliche Organismus auf vielfältige neuartige Umwelteinwirkungen, zum Beispiel chemische Fremdstoffe, nicht genügend eingerichtet ist und deshalb mit Krankheitssymptomen reagiert. Dabei greift der Körper oft auf alte, ursprünglich für die Auseinandersetzung mit Infekten entwickelte Strategien zurück. Beispielsweise tritt bei einigen Personen hohes Fieber auf, sobald sie ihnen unzutragliche Stoffe einatmen.

Genauso lässt sich bei vielen Menschen mit einer vorgegebenen und nachweisbaren, jeweils verschiedenen körperlichen Disposition eine direkte Linie ziehen von für sie schädlicher Umwelteinwirkung, beispielsweise im Wohnbereich oder am Arbeitsplatz, in Nahrungsmitteln oder in Kosmetika, hin zu einem depressiven Erscheinungsbild. Dies ist möglich auf dem Erklärungsweg, den die vielschichtigen kausalen Zusammenhänge des Stoffwechsels darstellen.

Darüber hinaus können sich Fremdstoffe aus der Umwelt neurobiologisch beeinträchtigend auswirken und deshalb die Verarbeitung psychogener Belastungen, ob individuell oder allgemein soziobiologisch bedingt, erschweren. Auch hier kann also die umweltmedizinische Diagnose zum Tragen kommen.

Der Autor des Buches weist auf die Möglichkeit von zivilisationsbedingt eingebildeten Krankheiten und Nocebo-Effekten hin (S. 71 f.). Genauso ernsthaft sollte er auch solche pathophysiologischen Zusammenhänge in sein Denken einbeziehen, zumal sie ja die von ihm betonte Forderung nach „artgerechter Menschenhaltung“ voll untermauern, freilich mit einer von der Physik herkommenden Argumentation.

Für die ÖDP dürfte der geschilderte umweltmedizinische Ansatz sicher nicht unwichtig sein. Hier besteht Gesprächs- und Handlungsbedarf in mehrfacher Hinsicht!

Literaturhinweis: Kurt E. Müller, *Depression bei umweltmedizinischen Erkrankungen*, in: *umwelt • medizin • gesellschaft* – 4/2010.

Gertraud Hofmann,
84307 Eggenfelden

Spenden benötigt!

Liebe Leserin, lieber Leser!

Das für uns wichtige Wahljahr 2013 ist angebrochen. Damit wir finanziell eine stabile Basis für unsere politische Arbeit schaffen können, sind wir auf Ihre Unterstützung angewiesen!

Wir bitten Sie deshalb um eine regelmäßige Spende für die ÖDP bzw. für den Erhalt unseres Mitgliedermagazins ÖkologiePolitik. Herzlichen Dank dafür!

Ja, ich unterstütze ab sofort / ab _____

- die politische Arbeit der ÖDP
 das Mitgliedermagazin ÖkologiePolitik

mit einer Spende in Höhe von _____ Euro

- monatlich halbjährlich
 vierteljährlich jährlich

Bitte entsprechendes Feld ankreuzen!

Bitte buchen Sie den Betrag von meinem Konto ab:

Kontonummer _____
Bankleitzahl _____
Bankinstitut _____

Meine Adresse lautet:

Name, Vorname _____
Straße _____
PLZ, Ort _____
E-Mail _____
Datum, Unterschrift _____

Hinweis: Spenden an politische Parteien werden steuerlich begünstigt.

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Ökologisch-Demokratische Partei, Pommergasse 1, 97070 Würzburg, Tel. 09 31/ 4 04 86-0, Fax 09 31/ 4 04 86-29, www.oedp.de

Vielen Dank!

Allgemeines

ÖDP – quo vadis?

Beim letzten Bundesparteitag in Coburg stellte sich diese Frage ernsthaft für solche Parteimitglieder, denen ein umfassender Tierschutz sehr wichtig ist.

Was war geschehen? Am Samstag wurde noch ein Antrag für das Bundestagskurzprogramm ohne Probleme angenommen, der zum Inhalt hatte, dass die ÖDP Tierversuche ohne Ausnahmen ablehnt. Am darauffolgenden Tag wurde über denselben Inhalt abgestimmt, diesmal im Rahmen der Überarbeitung des Grundsatzprogramms. Die abstimmenden Parteimitglieder stimmten dann mehrheitlich gegen diesen Antrag.

Somit hat die Partei eine Position verlassen, die sie seit mehr als zwei Jahrzehnten konsequent vertreten hat. Im Bundestagswahlprogramm aus dem Jahre 1990 ist zu lesen: „Sofortiges grundsätzliches Verbot aller Tierversuche mit dem Ziel ihrer völligen Abschaffung.“ (Frühere Quellen liegen mir nicht vor.)

Die Formulierung aus dem Jahre 1994 hat sich bis in die jüngste Zeit erhalten: „Verbot aller physisch und psychisch quälerischen und leidvollen Experimente an und mit Tieren.“

Und nun kommt aus heiterem Himmel die Aufweichung dieser für die ÖDP fundamentalen Forderungen: Der pharmazeutisch-medizinische Bereich wird jetzt ausgenommen.

Machen wir uns als ÖDP hier nicht verdächtig, trotz eines Konzernspendenverbots ein williger Erfüllungshelfer eines Wirtschaftszweiges zu werden, den wir mindestens genau so aufmerksam und kritisch beobachten und beurteilen sollten, wie wir dies in den Bereichen Atomindustrie, Mobilfunk und Gentechnik erfolgreich tun?

Wie kommt es, dass die vielen überzeugenden Argumente gegen Tierversuche, wie sie u.a. bei den Ärzten gegen Tierversuche zu finden sind, einfach ignoriert werden?

Liebe Leserinnen und Leser,

die Leserbrief-Seiten sind Ihr Forum in ÖkologiePolitik. Wir freuen uns über Ihre Zuschriften! Aber bitte bedenken Sie: In der Kürze liegt die Würze! Abdruck und Kürzungen behält sich die Redaktion vor. Bitte senden Sie Ihre Zuschriften bis zum **01.09.2013** an:

ÖkologiePolitik, Erich-Weinert-Str. 134, 10409 Berlin
Fax (0 30) 49 85 40 50, florence.bodisco@oedp.de

Schauen wir auf die Bereiche Atomkraft, Gentechnik, Mobilfunk u.a., dann wird uns schnell klar, dass hier ein Interessennetzwerk dahintersteckt, dem es längst nicht mehr um Wohl und Gesundheit der Menschen geht.

Vielen von uns sind doch die allseits bekannten Verneidungen und Verleugnungen der Gefahren von Atomenergie, Gentechnik u.a. hinreichend bekannt. Ganz ähnlich scheint es im Bereich der Tierversuche zu verlaufen. Mit sehr viel Geld und zweifelhaften Begründungen werden die Tierversuche für pharmazeutisch-medizinische Zwecke für absolut notwendig dargestellt. Die Contergankatastrophe vor rund sechzig Jahren wird mit der Begründung verharmlost, dass man seinerzeit nicht an tragenden Tieren getestet habe. Wer kann garantieren, dass bei allen weiteren Tierversuchen nicht irgendein anderer Faktor übersehen wird, der für das Versuchsergebnis von elementarer Bedeutung ist?

Bei der Abstimmung in Coburg hat anscheinend folgendes Argument den Stimmungsumschwung gebracht: Wenn wir keine Versuche an Tieren mehr machen dürfen, müssen wir das eben an Menschen vornehmen. Das war für die Mehrheit überzeugend.

Was diese Mehrheit aber nicht beachtet, ist die Tatsache, dass jedes Medikament nach den Tierversuchen eine Versuchsreihe mit Menschen (klinische Tests) durchlaufen muss.

Ferner hat diese Mehrheit die Aussagen der Ärzte gegen Tierversuche völlig ignoriert, dass die Ergebnisse der Tierversuche in den wenigsten Fällen auf den menschlichen Bereich übertragen werden können. Diese Übertragung von Tier auf Mensch gleicht schlichtweg einem russischen Roulett. Es ist doch bekannt, dass einige pflanzliche Wirkstoffe für bestimmte Tiere unschädlich, für Menschen aber lebensbedrohlich sind. Eine Vielzahl von Beispielen zeigt, dass bestimmte Stoffe auf Menschen und Tiere ganz unterschiedlich wirken.

So können Avocados bei Hunden tödlich wirken. Zwiebeln und Knoblauch enthalten Wirkstoffe, welche die roten Blutkörperchen (Erythrozyten) im Körper des Hundes zerstören. Frisst ein Hund viel Schokolade, vor allem Bitterschokolade oder Zartbitterschokolade, kann es zu lebensgefährlichen Vergiftungserscheinungen kommen (vgl. Tiermedizin-Portal). Hunde können an Weintrauben sterben (tz-online).

Ebenso gibt es die umgekehrten Fälle: Was für die Menschen giftig ist, muss nicht immer auch für Tiere (z.B. Vögel) giftig sein.

Wer möchte sich bei dieser Sachlage noch allen Ernstes auf Tierversuche verlassen?

Dabei gibt es eine ganze Reihe von Erfolg versprechenden Alternativen, deren Aufzählung diesen Rahmen hier sprengen würde (vgl. Ärzte gegen Tierversuche).

Wie kann man bei dieser Sachlage noch Tierversuche zur Medikamententestung für Menschen heranziehen?

Die ÖDP bezeichnet sich selbst als eine Partei, die weder links noch rechts steht, sondern vorne. Das hat sie u. a. auch mit der Aussage gezeigt, dass sie die sog. „sprechende Medizin“ ins Bayern-Programm aufgenommen hat. Die „sprechende Medizin“ beinhaltet eine ganzheitliche Betrachtung der Patientenpersönlichkeit, ausführliche Beratungsgespräche, Präventionsempfehlungen und Ähnliches.

Viele Ärzte wissen inzwischen, dass die Ursachen sehr vieler Krankheiten im Bereich von sozialen und psychischen Faktoren zu suchen sind. Ferner sind die heutigen Zivilisationskrankheiten vielfach durch Alkoholmissbrauch, Rauchen, falsche Ernährung, Stress, mangelnde Bewegung u.Ä. verursacht.

Neue Medikamente, die mit Tierversuchen erprobt werden, haben meist doch nur das Ziel von Symptombehandlungen, ohne sich jemals um die Ursachen zu kümmern. Dahinter steckt ein sehr mechanistischer Denkansatz, der längst überholt ist. Bei den Haupttodesursachen Kreislauferkrankungen und Krebs ist doch diese Medizin mit ihrem überholten Denkansatz noch keinen Schritt nach vorne gekommen. Wir sehen doch die immensen Probleme, welche unsere Krankenhäuser haben, die infolge der einseitigen Ausrichtung auf Medikamente und technische Apparate reihenweise in finanzielle schwarze Löcher stürzen.

Von diesem Denkansatz hat sich die ÖDP doch schon längst gelöst, hat sich hier nach vorne begeben – bis diese ominöse Abstimmung in Coburg kam.

Eine Vermeidung dieser misslichen Lage wäre denkbar gewesen, wenn alle Delegierten des Coburger Parteitags sich mit der ausführlichen Begründung des betreffenden Antrags befassen hätten, die sich in wesentlichen Punkten auf die Ausführungen der Ärzte gegen Tierversuche stützt.

Will die ÖDP ihr Gesicht beim Thema Tierschutz noch halbwegs wahren, so muss sie diesen Schandfleck auf ihrer ansonsten doch sehr weißen Weste schnellstmöglich entfernen, am besten noch bevor die neuen Grundsatzprogramme in Druck gehen.

Franz Weber,
88263 Horgenzell

BITTE PROTESTIEREN! von Edgar Guhde

Tierische Lebensmittelbestandteile kennzeichnen!

Schreiben Sie bitte an:
Bundesministerium für Ernährung,
Landwirtschaft und Verbraucherschutz
Frau Ministerin Ilse Aigner
Rochusstraße 1, 53123 Bonn
poststelle@bmelv.bund.de

Sehr geehrte Frau Ministerin Aigner,

Millionen Verbraucher in Deutschland möchten sich vegetarisch oder vegan ernähren und auf jegliche Form von Tierbestandteilen oder Produkten tierischen Ursprungs in ihren Lebensmitteln verzichten. Andere Menschen meiden aus religiösen Gründen bestimmte Tierarten oder wollen beim Einkauf nur bestimmte Formen der Tierhaltung unterstützen. Die Wahlfreiheit ist jedoch erheblich eingeschränkt: Die derzeitige Gesetzeslage lässt viele Fälle zu, in denen tierische Produkte oder Tierbestandteile ohne jede Kennzeichnung in Lebensmittel gelangen.

Sehr geehrte Frau Ministerin, wer sich vegetarisch oder vegan ernähren möchte, muss die Möglichkeit dazu haben! Die gesetzlichen Lücken müssen geschlossen werden, um Wahlfreiheit möglich zu machen. Ich fordere Sie daher auf, folgende gesetzliche Klarstellung durchzusetzen:

(1) Wo Zutaten oder Verarbeitungshilfsstoffe tierischen Ursprungs eingesetzt werden, muss dies deutlich erkennbar sein. Das gilt auch für tierische Bestandteile in Aromen, Zusatzstoffen und technischen Hilfsstoffen, die während des Produktionsprozesses zum Einsatz kommen.

(2) Die Begriffe „vegan“ und „vegetarisch“ müssen wie folgt rechtlich definiert werden: Vegetarisch: Ohne Zutaten hergestellt, die von einem toten Tier stammen (Ovo-Lacto-Vegetarismus); erlaubt sind Ei- und Milchprodukte. Vegan: Ohne jegliche tierische Bestandteile (einschließlich Milch- und Eiprodukte) hergestellt.

Mit freundlichem Gruß

Absage an 380-kV-Leitung

Auf ihrem Bundesparteitag in Coburg fordert die ÖDP eine dezentrale Energieversorgung. Die Delegierten verabschieden auch ein Verbot von Plastiktüten.

Von Mathias Mathes

Coburg – Der Bundesparteitag am Wochenende in Coburg ist für die ÖDP der Startschuss zum Bundestagswahlkampf. Parteivorsitzender Sebastian Frankenberger bekennt sich klar zu einer dezentralen Energieversorgung, was auch eine Absage an die geplante 380-kV-Leitung durch das Coburger Land bedeutet. Die Auseinandersetzung um das Naturschutzprojekt „Grünes Band“ ist bei den ökologischen Demokraten hingegen noch nicht auf überregionaler Ebene angekommen.

„Die Energiewende muss in Bürgerhand erfolgen“, betont Frankenberger. Für seinen Stellvertreter Karl Heinz Jobst steckt hinter dem Durchsetzen umstrittener Stromtrassen Methode. Der von der ÖDP durchaus begrüßte Umstieg auf erneuerbare Energien werde so in Verruf gebracht.

Dass die Starkstromleitung durch den Landkreis Coburg nicht für den Transport von Windstrom aus Norddeutschland notwendig sei, steht für ÖDP-Kreisrat Christoph Raabs mittlerweile fest. Der „Lokalmatador“ beim Bundesparteitag sieht die



Seehofer, Söder, Zeil und Ude als Sechser. Damit wollen Christoph Raabs, stellvertretende Vorsitzende Susann Mai, Bundesvorsitzender Sebastian Frankenberger und stellvertretender Vorsitzender Karl Heinz Jobst (von links) zeigen, welche Politiker wie beim Schafkopf aussortiert werden sollten. Foto: Mathes

Sechser-Team der ÖDP

ÖDP-Chef Sebastian Frankenberger zieht mit einem Team von fünf Mitstreitern in den Wahlkampf für die Bundestagswahl. „Wir wollen die Verantwortung auf viele Schultern verteilen“, sagte Frankenberger am Samstag beim Parteitag in Coburg. Frankenberger hat sich in Bayern vor allem als Hauptinitiator des Volksbegehrens für den Nichtraucherschutz einen Namen gemacht, das zum Volksentscheid und zu ei-

nem strikten Rauchverbot in der bayerischen Gastronomie führte. In das Sechser-Team gewählt wurde neben Frankenberger der hamburgische Landesvorsitzende Volker Behrendt, Verena Föttinger aus Baden-Württemberg, die Oberpfälzerin und Spitzenkandidatin der bayerischen ÖDP, Claudia Wiest, die Oberbayerin Christiane Lüst sowie die stellvertretende Bundesvorsitzende Susann Mai.

380-kV-Stromtrasse lediglich als „Entlastungsleitung“, durch die längst nicht nur Öko-Strom fließen werde.

Beim „Grünen Band“, über dessen Umsetzung der Kreistag in einer Sondersitzung am 7. Juni abstimmt, hat sich Raabs inzwischen positioniert: Als ÖDP-Vertreter stehe er einem Naturschutzprojekt zwar grundsätzlich positiv gegenüber. Er kann der Umsetzungsphase jedoch nur zustimmen, wenn es einen Konsens mit Landwirten und Grundbesitzern gebe. Raabs hat wenig Hoffnung, dass es dazu noch kommt. Das Vorhaben sei nicht ausreichend „kommuniziert“ worden. „Gerade im Dialog mit den Bauern sind einige Fehler gemacht worden“, so seine Einschätzung.

Die Delegierten verabschieden einen Antrag zum Verbot von Plastiktüten. „Wir wollen ein Zeichen setzen gegen die Müllberge und gegen die Verschwendung von Rohstoffen“, so Bernd Richter, Antragsteller und Landesvorsitzender der ÖDP in Baden-Württemberg.

Zudem spricht sich die ÖDP mit großer Mehrheit für die Einführung des „schwedischen Modells“ aus, das die Inanspruchnahme sexueller Dienste gegen Bezahlung unter Strafe stellt. „Mit dieser Entscheidung haben wir ein Alleinstellungsmerkmal. Wir sagen konkret, was wir im Namen der Menschenwürde nicht dulden“, begründet Martin Eichler, Bezirksvorsitzender der ÖDP in Oberfranken, seinen Antrag.

Informationsfreiheit als Landesgesetz

ÖDP-Vorsitzender Sebastian Frankenberger auf Wahlkampftradtour in Traunreut – Station in Palling ist ausgefallen

Traunreut (mix.) Sebastian Frankenberger, Bundesvorsitzender der ÖDP (Ökologisch Demokratische Partei), hat sich viel vorgenommen. Er will in 90 Tagen durch 90 Stimmkreise touren und das mit dem Fahrrad. Am Freitag machte er Station in Traunreut und dabei unter anderem Werbung für die Informationsfreiheitsgesetz, die am morgigen Sonntag in der Stadt zur Abstimmung steht.

Der junge ÖDP-Politiker hätte sich gerne am Rathausplatz in Traunreut den Fragen der Bürger gestellt. Schließlich ist er mit dem Rad durch ganz Bayern unterwegs, um die Anliegen der Menschen zu sammeln und in den Landtag zu bringen. Die Resonanz am Freitagmittag war jedoch nicht allzu groß. Sebastian Frankenberger suchte gezielt das Gespräch mit Passanten, die jedoch entweder ganz offen ihre Politikverdrossenheit zum Ausdruck brachten oder auf die Schnelle keine Anregungen für den Landtag parat hatten.

Der ÖDP-Vorsitzende nahm Stellung zum morgen stattfindenden Bürgerentscheid über die Informationsfreiheitsgesetz. Seinen Angaben zufolge ist die Partei Vertreter in Sachen Informationsfreiheit. „Wir bräuchten diese Informationsfreiheit eigentlich schon von der Landes-



Bezirksstadtkandidat Andreas Huber (links) und Landtagskandidat Helmut Kauer (rechts) öffneten mit dem ÖDP-Bundesvorsitzenden Sebastian Frankenberger symbolisch eine Kiste mit eingesperren Informationen. Foto: mix

gesetzgebung her. Es sollte ganz selbstverständlich sein, dass die Leute Informationen bekommen, wenn sie sie wollen. Schließlich leben wir in einer Demokratie mit Volkssouveränität“, betonte Frankenberger. Er verstehe nicht, warum man davon Angst haben sollte, und meint: „Wer gegen seine solche Satzungen ist, muss sich die Frage gefallen lassen, was er zu verbergen hat.“ In über 50 Kommunen in Bayern funktionieren es mit der Satzung schon hervor-

gen. Zusammen mit Helmut Kauer, Traunreuter ÖDP-Politiker und Direktkandidat für die kommende Landtagswahl, sowie Andreas Huber, Biolandwirt und Direktkandidat für den Bezirkstag, eröffnete Sebastian Frankenberger symbolisch die Ketten, die um eine Kiste mit „verborgenen Informationen“ gespannt waren.

Helmut Kauer zeigte sich in Bezug auf die Abstimmung am Sonntag kritisch: „Die notwendigen 3300 Stimmen sind schon

ganz schön viel.“ Für einen Erfolg des Bürgerentscheides sei es ihm im Vorfeld in der Stadt etwas zu ruhig gewesen, meinte der Traunreuter Kreisrat. „Viele wissen nicht einmal, um was es da geht“, so Kauer. Wie um seine Aussage zu bekräftigen, kam eine Passantin an den Stand und wollte wissen, was es mit der „Einladung, die ich von der Stadt gekriegt hab“ auf sich hat. Sebastian Frankenberger nahm auch noch zu anderen Themen Stellung. Auf dem Weg mit dem Fahrrad in die Stadt Traunreut seien ihm die großen Gewerbegebiete und Industriebetriebe aufgefallen, betonte er. Seine Partei sei für einen sofortigen Stopp eines weitergehenden Flächenverbrauches, zu viele Grünflächen seien in den letzten Jahren schon versiegelt worden. Vehement wehre sich die Partei auch gegen die flächendeckende Einführung von Tetrafunk. Sie fordert vielmehr ein Moratorium, um die versätere, nicht hundertprozentig funktionierende Technik zu stoppen, deren Kosten

und gesundheitliche Folgen noch viel zu wenig bekannt seien. „Das wird doch nur wieder ein weiteres Millionengrab“, so der Politiker. In Bezug auf die hohe Integrationskraft der Stadt Traunreut erläuterte er zudem, dass die ÖDP für jede Schulklasse in jeder Schulart neben der Lehrkraft eine zusätzliche Kraft fordere, um eine bessere individuelle Förderung der Schüler zu gewährleisten. „Wir sollten uns ein Beispiel an den skandinavischen Ländern nehmen und viel mehr in die Bildung stecken“, ermahnte er. Bevor er nach Traunreut kam, diskutierte Frankenberger am Freitagmorgen bei einem Frühstück auf dem Bio-Bauernhof der Familie Huber in Waging am See Anliegen der Landwirtschaft. Als Anliegen, die er in den Landtag mitnehmen solle, gab ihm Andreas Huber mit auf den Weg: Weniger Ankauf von Futtermitteln aus dem Ausland, nachhaltigere Landwirtschaft der Bauern durch Eigenproduktion von Futtermitteln und kleinere Wirtschaftskreisläufe durch regionale Handel. Die Station in Palling fiel aus Zeitmangel aus, da der Trupp mit einer Stunde Verspätung dort ankam und ohne Unterbrechung weiter radelte nach Traunreut. Das Thema Windkraft fiel dadurch ebenfalls aus.

Traunreuter Tagblatt, 15./16.06.2013

Egelkraut plädiert für Grünpfeile an Ampel

In der ÖDP-Versammlung weist der Oberkotzauer Kommunalpolitiker auf Verkehrsprobleme hin. Er berichtet auch von seinem Einsatz für den Bahnhof.

Oberkotzau – Die Kiesversammlung der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) hat sich mit den bevorstehenden Wahlen und dem Umwelttag am 2. Juni in Hof befasst. Kreisratsmeister und Marktgemeindevorstand Ernst Egelkraut berichtete aber auch über Oberkotzauer Verkehrsprobleme.

Dabei ankreuzte er seine Forderung, Grün-Pfeile an der Einmündung der Frankenbrücke zur Konradreuther- und Hofer Straße anzubringen. Dies habe er bereits vor zwölf Jahren vorgebracht. Der Marktgemeindevorstand habe diesen Vor-

schlag jedoch „unter allerlei Vorwänden“ immer wieder abgelehnt. Nach seinen Beobachtungen gibt es die grünen Pfeile seit Jahren in Marktrechtsitz. Sie haben sich laut Auskunft der dortigen Stadtverwaltung in jeder Hinsicht bewährt.

Besserer Verkehrsfluss

Da von der Frankenbrücke erfahrungsgemäß vier von fünf Fahrzeugen nach rechts abbiegen, wurde der Verkehr mit einem grünen Pfeil viel flüssiger ablaufen, argumentierte Egelkraut. Eine Gefährdung von Fußgängern sei nicht zu befürchten, da diese auf der Hofer Straße rot haben und bei der Frankenbrücke müssen alle Fahrzeuge trotz des grünen Pfeils erst anhalten. Sollte es wieder erwarten Probleme geben, ließen sich die Schilder ohne große Kosten wieder abbrauchen.

Als Vorsitzender des Fördervereins Bahnhof Oberkotzau bekam Egel-

kraut von der DB Station und Service die kompletten Planunterlagen für die vorgesehene Erhöhung der Bahnsteige als direkt betroffener Nachbar. Die geplante Maßnahme fand nicht in allen Punkten seine ungeteilte Zustimmung, wie er sagte.

Die Erhöhung der Bahnsteige von 38 auf 55 Zentimeter sei zu begründen. Am meisten bedründe ihn der komplette Abriss von Treppenturm und Treppe als Abgang von der Frankenbrücke zu den Gleisen. Kritik übte er auch am Wiederaufbau der sechs Meter hohen Treppe samt Treppenturm, wenn auch in geänderter Richtung.

Für Unterführung

Nach Ansicht Egelkrauts macht im Interesse der Fahrgäste nur eine Unterführung im Rahmen der Städtebauliche Sanierung Sinn. Auch eine Weiterführung der Unterführung in Richtung „Schwarze Brücke“ sei

ernsthaft zu erwägen. Nur dadurch hätte der Norden Oberkotzau eine direkte hochwasserfreie, barrierefreie Verbindung zu den Zügen.

Auch die geplante Verlegung des Bahnsteiges an Gleis 2 in Richtung Rehan und die totale Überbauung des nach wie vor bestehenden Ladegleises stieß auf massive Kritik von Ernst Egelkraut. Er sagte: „Erstens besteht überhaupt keine Notwendigkeit zur Verlegung und zweitens wäre dann eine Reaktivierung des Ladegleises nicht mehr möglich.“ Wenn man bedenke, dass der Gütertransport auf der Schiene nur ein Viertel der Energie erfordere als auf der Straße, müsse man sich diese Option offenlassen. Nur so könne eine zukunftsfähige Planung aussehen.

Sollte die geplante Unterführung unter Gleis drei und vier nicht machbar sein, sei ein kleiner Umweg durch die – dann treppentfreie – Saalesteig-Unterführung möglich.

Coburger Neue Presse, 06.05.2013

Frankenpost, 06.05.2013

„Die Schmerzgrenze ist überschritten“

ÖDP startet Petition und will Landesregierung für bezahlbare Mieten in die Pflicht nehmen

Unter dem Titel „Die Landesregierung in die Pflicht nehmen und bezahlbare Mieten sichern“ startet der Bundes- und Landesverband der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) eine Petition.

„Die Situation auf dem Nürnberger Wohnungsmarkt hat sich stark zuspitzt, weil das Angebot so gering ist – sowohl bei Mietwohnungen wie auch bei Immobilien“, unterstreicht Manuela Forster, Landesvorsitzende der ÖDP in Bayern.

Um allzu drastische Mietpreiserhöhungen in bestehenden Mietverhältnissen zu verhindern, gibt es eine sogenannte Kappungsgrenze. Mit Blick auf das im Dezember 2012 von der Bundesregierung beschlossene Mietrechtsänderungsgesetz fordert die ÖDP, dass die Bayerische Staatsregierung eine Verordnung für Nürnberg und andere Großstädte erlässt, die die Kommunen ermöglicht, die Mieterhöhung auf 15 Prozent alle fünf Jahre zu begrenzen, „um eine ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen sicherzustellen“, so Forster. Derzeit liegt die Mietpreiskappung bei bis zu 20 Prozent in drei Jahren. Forster wendet sich die ÖDP gegen eine weitere Privatisierung des

öffentlichen Wohneigentums und macht sich für die Ausweitung eines altersgerechten und barrierefreien Wohnungsangebots stark.

Gunther Geiler, Geschäftsführer des Deutschen Mieterbundes Nürnberg, begrüßt, „dass die Politik sich der Interessen der Mieter annimmt“. Karl Heinz Jobst, stellvertretender Bundesvorsitzender der ÖDP, ergänzt: „Die Parteien verhalten sich hier sehr vorsichtig, da sie alle den Vermietern nicht wehtun wollen.“ Die ÖDP wolle mit der Petition ein Signal geben.

Sozialverträglich und günstig

Hinzu kommt der sozialpolitische Aspekt: Gerade für einkommensschwache Familien sei es in Nürnberg schwierig, bezahlbare Wohnungen zu finden, weiß ÖDP-Stadtrat Thomas Schrollinger. „Wir verlieren in der Stadt immer mehr Wohnungen im unteren Mietsegment“, fährt er fort. Das sei nicht zuletzt eine Folge der



Thomas Schrollinger. F.: Daut

energetischen Sanierungen, die die Mieten in die Höhe treiben.

Ende 2012 habe es 8000 Vormerkungen für Sozialwohnungen in Nürnberg gegeben, sagt Schrollinger. Tendenz steigend. „Es gibt immer mehr Menschen, die sich eine Wohnung auf dem freien Markt nicht mehr leisten können“, warnt er.

Der ÖDP-Stadtrat fordert konkret für Nürnberg, „dass bei Bobauungsgebieten mindestens 30 Prozent für sozialen Wohnungsbau reserviert sein müssten“. Bei den rund 271.000 Mietwohnungen in der Stadt betrage der Anteil von Sozialwohnungen gerade mal 13 Prozent, kritisiert er. Aber auch der Mittelstand ist betroffen. Jobst: „Wenn 40 Prozent des Einkommens für die Miete ausgegeben wird, bleibt wenig fürs Leben übrig.“ In München und auch Regensburg handle es sich dabei bereits um 50 Prozent, „damit ist die Schmerzgrenze überschritten“. CLAUDIA BEYER

Nürnberger Nachrichten, 09.04.2013

Die Radioaktivität der Luft

Seit 25 Jahren führt Dr. Konrad Kreuzer Messungen durch

WEISBRUNN In diesen Tagen jährte sich zum 27. Mal die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl. Nicht zuletzt war dieses Ereignis für Dr. Konrad Kreuzer der Auslöser, in die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) einzutreten. Darüber hinaus wurde er als verantwortungsbewusster Bürger aktiv und misst seitdem die Luft-radioaktivität um das Atomkraftwerk Grafenrheinfeld.

Vier private Messstationen gibt es im nahen und ferneren Umkreis des AKW Grafenrheinfeld, mit denen die Luft-radioaktivität mittels spezieller Geiger-Müller-Zählern registriert wird. Eine davon steht auf dem Balkon von Herrn Kreuzer im Eltmann-Ortsteil Weisbrunn, eine Auswertung speichert und verarbeitet die Daten aller vier Messanlagen. Und hier werden von ihm auch alle ermittelten Werte in Monatsdiagrammen dargestellt, welche bereits von der natürlichen Strahlung herinnert sind.

„Aus allen Monatsdiagrammen ist deutlich ersichtlich“, erklärt Kreuzer, „je näher eine Messstation am AKW liegt und je stärker die Niederschläge sind, desto höher sind die Werte der dort gemessenen künstlichen Radioaktivität. Die Maximalwerte liegen immer in der Nähe vom Atomkraftwerk.“

Die Stimme von Kreuzer wird lauter, als er fortfährt: „Wir haben in der Nähe von Grafenrheinfeld, beispielsweise in Heidenfeld, das Zehn- bis 15-fache der weiter entfernten Referenzstationen gemessen, bei Castor-Verladungen in Gochsheim sogar das 50-fache.“ Gemessen wird die Ortsdosisleistung in Nanogray pro Stunde, das entspricht bei der gemessenen Strahlungsart der Einheit Nanosievert pro Stunde.

Ende 2015 soll das AKW in Grafenrheinfeld abgeschaltet werden. Der Atomüll wird lange Zeit oberirdisch zwischengelagert, denn ein sicheres Endlager ist nicht in Sicht. „Ich bin gespannt auf die Messwerte der freigesetzten Radioaktivität, wenn es an den Rückbau bzw. Abriss des AKW geht“, äußert sich Kreuzer besorgt. Messungen werden seiner Überzeugung nach an Bedeutung gewinnen.

Nicht erst seit Tschernobyl, sondern bereits seit Anfang der 1970er Jahre war der gebürtige Landshuter, Dr. Konrad Kreuzer in der Anti-Atom-Bewegung aktiv. So wandte er sich auch schon mal an seinen ehemaligen Schulkollegen und jetzigen Alt-Bundespräsidenten Prof. Dr. Ro-



Die Ehrennadel für 25-jährige Parteizugehörigkeit bei der ÖDP erhielt hier Dr. Konrad Kreuzer aus der Hand des stellvertretenden Kreisvorsitzenden Thomas Ort.

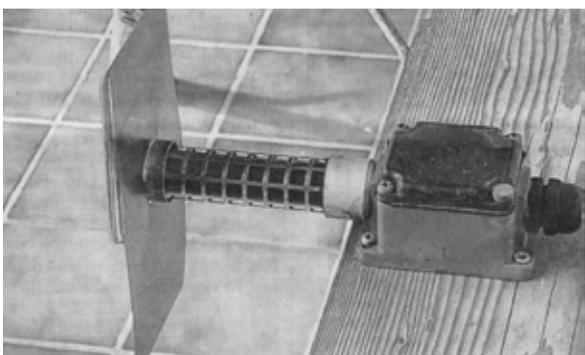
man Herzog, mit dem Anliegen, die seinerzeitige Atomrechtsnovelle nicht zu unterschreiben.

Studiert hat Kreuzer in München und Berlin. In seiner zehnjährigen Tätigkeit an der dortigen Technischen Universität schrieb er seine Doktorarbeit. Danach ging es für ihn beruflich nach Schweinfurt, wo er bei der Firma FAG Kugeltischer das Rechenzentrum mit aufbaute und in der Programmierabteilung für angewandte Mathematik und Mechanik arbeitete.

„Zur ÖDP kam ich durch unsere Tochter, die in Darmstadt die Ökologisch-Demokratisch-Studierenden führte“, berichtet Kreuzer und erzählt begeistert von den ersten Par-

teistagen der ÖDP, bei denen er und seine Frau Ursula als Delegierte mitarbeiteten. Bis 1994 leitete er den ÖDP Regionalverband Rhön/Main und hat u. a. den mitgliederstärksten Kreisverband Haßberge, der 2014 sein 20jähriges Jubiläum feiert, in die Eigenständigkeit überführt.

„Sie haben echte Pionierarbeit für die ÖDP in der Region geleistet“, lobte der stellvertretende Kreisvorsitzende der ÖDP Haßberge, Thomas Ort, während er Dr. Kreuzer die ÖDP-Ehrennadel für 25 Jahre Mitgliedschaft überreichte. Er freue sich schon, wenn er im Dezember aus gleichem Anlass wieder im Hause Kreuzer vorbeischauen dürfe, dann aber zur Ehrung von Frau Ursula Kreuzer.



Der Geiger-Müller-Zähler auf dem Balkon von Dr. Kreuzer in Eltmann-Weisbrunn liefert beständig verlässliche Daten über die Strahlenbelastung der Atomanlage in Grafenrheinfeld.

Kampf gegen hohe Mieten

ÖDP will Steigerungen spürbar begrenzen — Hart für Familien

Der Petition „Für bezahlbare Mieten“ der ÖDP Bayern folgt nun im Nürnberger Stadtrat der Antrag, Mieterhöhungen zu begrenzen.

In Nürnberg müssten laut ÖDP Mieterhöhungen von 20 Prozent alle drei Jahre auf maximal 15 Prozent alle fünf Jahre begrenzt werden, sobald das vom Bundestag im Dezember 2012 beschlossene Mietrechtsänderungsgesetz Rechtskraft erlangt hat. Laut ÖDP-Stadtrat Thomas Schrollinger werde es für finanzschwache Mitbürger(innen) immer schwerer, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Das untere Mietsegment gehe verloren, wovon die kirchlichen und sozialen Anlaufstellen ein trauriges Lied singen könnten.

Ende letzten Jahres habe es bereits über 8000 Vormerkungen für eine Sozialwohnung gegeben. Mietsteigerungen von 13 Prozent vor allem für größere Wohnungen seien bitter für Familien; sie seien oft gezwungen, viel zu kleine Wohnungen anzumieten, nur um entsprechende Zuschüsse zu erhalten, so Schrollinger.

Nach Meinung der ÖDP müsse der Sozialwohnungsbau auch in Nürnberg mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln wieder angekurbelt werden.

Liebe ÖDPlern und ÖDPlern!

Bitte beachten Sie bei Zusendungen für den Pressespiegel die folgenden Punkte:

1. Am besten sind Originalausschnitte (speziell wenn Bilder enthalten sind).
2. Wenn Sie Ihre Originale nicht schicken möchten, machen Sie bitte gute Kopien auf weißem Papier!
3. Vermerken Sie den vollen Namen und Erscheinungsort der Zeitung, nicht die Abkürzung. Geben Sie außerdem an, ob der Beitrag im Lokal-, Landes- oder im überregionalen Teil stand. Artikel, die wir nicht zuordnen können, werden nicht berücksichtigt.
4. Bitte unterstreichen Sie nicht. Schreiben Sie auch den Namen der Zeitung nicht quer über den Text.
5. Keine Artikel faxen, sie werden häufig unleserlich oder zumindest nicht reprofähig.

Sie ersparen uns viel Arbeit, wenn Sie die Hinweise beachten. Vielen Dank!

ÖDP sieht sich bestätigt

Privatisierung der Wasserversorgung beschäftigt nun Landtag

Erding – In der Diskussion über eine mögliche Privatisierung der Trinkwasserversorgung sieht sich die Erdinger ÖDP in ihrer Vorstellung bestätigt, derzufolge eine Privatisierung vermieden werden und die Versorgung in kommunaler Hand bleiben soll: Nun bestreite auch die bayerische Staatsregierung diesen Weg, teilt die ÖDP zufrieden mit. Wie sie weiter schreibt, habe sie bereits im Februar einen Antrag zum Thema Wasserversorgung in den Erdinger Kreistag eingebracht. Darin hieß es, der Kreistag solle eine Petition an den Bayerischen Landtag richten: Das Ziel dieses Antrags sei es, den Erhalt der kommunalen Wasserversorgung in einem überarbeiteten Landesentwicklungsprogramm (LEP) wieder festzuschreiben.

Dieser Punkt, der noch Teil des alten LEP war, war auf Betreiben der FDP aus der neuen Version herausgestrichen worden. Offenbar war das dann selbst den Parteifreunden zu heikel, gerade im Zuge der Diskussion um Privatisierungspläne der EU. Die von der ÖDP beantragte Petition kam schließlich nicht zustande; Landrat Martin Bayerstorfer (CSU) war laut ÖDP in dieser Frage schon selbst tätig geworden.

Im März haben nun Abgeordnete von CSU und FDP einen Antrag an den Bayerischen Landtag gestellt, demzufolge die Rolle der Gemeinden bei der Wasserversorgung im LEP wieder klar darzustellen sei. Dieser wird am Donnerstag, 18. April, in einer Landtagssitzung beraten. In dem Änderungsantrag heißt es, folgende Zeilen sollen in das LEP aufgenommen werden: „Die öffentliche Wasserversorgung ist eine Aufgabe der Daseinsvorsorge und eine hervorzuheben Pflichtaufgabe der Gemeinden. Sie soll auch weiterhin in der Verantwor-

tung und Entscheidungshoheit der Gemeinden bleiben.“

Die ÖDP freut sich nun über diese Entwicklung. In ihren Augen hätte die von der FDP geforderte, geänderte Version des LEP den Eindruck erweckt, Bayern unterstütze Bestrebungen, den Trinkwassermarkt für private Betriebe zu öffnen. ÖDP-Kreisrat Stefan Treffler nennt die Absicht der Regierung, das LEP überhaupt zu ändern, einen „Missgriff“. Man hoffe in Bezug auf die Abstimmung nächste Woche, dass die Vernunft siegen werde. SZ



ÖDP-Kreisrat Stefan Treffler: Er hält das Vorgehen der Landesregierung für einen „Missgriff“.

Veranstaltungen der ÖDP München

Dienstag, 20.08.2013, 19:00 Uhr

Öko-demokratische Politik statt Manchesterkapitalismus?

Klaus Mrasek, Landesvorsitzender ÖDP Bayern
Hansa-Haus, Großer Saal, Briennerstraße 39 (Rückgebäude)
U-Bahn: U1 „Stiglmaierplatz“, U2 „Königsplatz“

Dienstag, 10.09.2013, 19:00 Uhr

Abschlussveranstaltung: 10 gute Gründe, die ÖDP zu wählen

Sebastian Frankenberger, ÖDP-Bundesvorsitzender
Evangelische Stadtakademie, Großer Saal Herzog-Wilhelm-Straße 24
U-Bahn: U1 / U2 / U3 / U6 „Sendlinger Tor“

Weitere Infos: www.oedp-muenchen.de

Nürnberger Nachrichten, 13.05.2013

Süddeutsche Zeitung, Erding, 15.04.2013

Haßfurter Tagblatt, 15.05.2013

FOTO: PRIVAT

Betrachtungen eines Hausarztes

Gesundheit ist keine Ware

Über 25 Jahre lang habe ich eine hausärztliche Einzelpraxis im eigenen Haus betrieben. Seit Januar 2012 bin ich nun Mitglied einer 4er-Gemeinschaftspraxis im Nachbarort. Die eigenen Praxisräume nutze ich noch an zwei Tagen mit reduziertem Personal und vermindertem Gerätepark zu Sprechstunden vor Ort. Die restliche Zeit halte ich Sprechstunden am Hauptort der Gemeinschaftspraxis ab.

von Hanns-Dieter Schlierf

Für mich persönlich ist das eher mit Vorteilen verbunden. Die gesamten unternehmerischen Leistungen werden von den Kollegen übernommen. Die neu renovierten und erweiterten Praxisräume ermöglichen mir, viel mehr kleine Chirurgie (Schnittwunden, Fremdkörperentfernung usw.) durchzuführen, was mir Zufriedenheit verschafft. Meine Patienten am Wohnort sind aber sehr unzufrieden, denn sie müssen nun sehr oft eine fünf Kilometer lange Anfahrt zum Arztbesuch in Kauf nehmen. Auch vom ökologischen Gesichtspunkt aus ist das nicht sinnvoll.

Wie kam es dazu?

Seit den Jahren, als der jetzige bayerische Ministerpräsident Seehofer Bundesgesundheitsminister war, wurde im Gesundheitswesen reformiert. Ziel war es angeblich, Kosten einzusparen, damit die Kostenexplosion im Gesundheitswesen aufgehalten werden könnte.

Nun gibt es aber überhaupt keine Kostenexplosion im Gesundheitswesen, denn der Anteil der Kosten im gesamten Gesundheitssystem am Bruttosozialprodukt ist seit etwa 30 Jahren konstant geblieben.

Fast jedes Jahr wurde ein neues Reformgesetz im Gesundheitssystem

Foto: Georgenight/Fotolia.de



tem beschlossen, die am nächsten an den kranken Menschen Arbeitenden wurden nie dazu befragt. Gleichzeitig gewann eine Berufsgruppe an Bedeutung, die man „Gesundheitsökonom“ nennt. Besonders herausragende Persönlichkeiten seien hier stellvertretend genannt: Prof. Jürgen Wasem und Prof. Karl Lauterbach, ein Arzt, der vermutlich nach seinem Studium der Humanmedizin nie mehr wirklich an der Behandlung eines Patienten beteiligt war.

Was haben nun die Reformgesetze bewirkt? Im Bereich der Krankenhäuser wurde das System der DRGs (Diagnose bezogene Fallgruppen) eingeführt, eine Methode, Bezahlung von Behandlungskosten im Krankenhaus nicht mehr an der Liegedauer des Patienten, sondern an den beim Patienten vorhande-

nen Krankheiten auszurichten. Das bedeutete aber, dass nun zahlreiche bürokratische Akte erforderlich waren, um die bei den einzelnen Patienten vorliegenden Krankheiten zu dokumentieren. Denn eine Blinddarmoperation bei einem Patienten, der gleichzeitig auch noch eine Zuckerkrankheit hat, wird besser bezahlt, als wenn das nicht der Fall ist. Eine Verschlüsselung dieser Erkrankungen wurde erforderlich, damit man sie auch am Computer nachvollziehbar erfassen und bewerten konnte. Das mussten zum großen Teil die Assistenzärzte in den Kliniken leisten. Dann fehlte aber die Zeit für die Arbeit mit dem Patienten.

Gleichzeitig verabschiedete sich der Bund aus der Finanzierung der laufenden Kosten. Es wurden

faktisch nur noch Investitionen in Großgeräte und Bauten vom Bund gefördert, die laufenden Kosten mussten über die DRGs und über Zuschüsse der Kommunen getragen werden. Damit waren kleinere Kommunen sehr häufig überfordert. Folge war der Verkauf kleinerer Häuser, die mit dem neuen System nicht mehr rentabel arbeiten konnten, an Gesundheitskonzerne wie Rhön-Klinikum AG und ähnliche. Da überrascht es nicht, wenn sich in den Aufsichtsräten solcher Firmen Namen wie vorher unter „Gesundheitsökonom“ genannt wiederfinden.

Lösungsansätze

Es muss mehr Geld ins System, eines der reichsten Länder der Welt muss sich mehr Geld leisten können, um seinen Bürgern ein hohes Maß an Gesundheit zu garantieren. Das Geld dafür muss aber auch von den Quellen kommen, die unsere mo-

es nötig, die Umverteilung von unten nach oben zu stoppen, dieses Verhältnis umzukehren und den Menschen für ihre Arbeit eine vernünftige Bezahlung zu geben. Das bedeutet unter anderem, Eltern ihre Betreuungsleistung, die sie an den Kindern erbringen, sozialversicherungspflichtig zu entlohnen. Das bedeutet auch, einen für das Leben ausreichenden Mindestlohn zu garantieren, notfalls eben durch politische Vorgaben. Das bedeutet zudem, Umweltgifte und gesundheitsbeeinträchtigende Arbeitsbedingungen zu vermeiden. Das bedeutet ferner, in einer Zeit der Automatisierung den lohnabhängig Beschäftigten mehr Freizeit einzuräumen, Druck wegzunehmen.

Die Vergabe von Geldern im Gesundheitswesen muss wesentlich unbürokratischer erfolgen. Dafür kommt durchaus auch eine sogenannte Direktabrechnung zwischen Therapeut und Patient infrage. Dabei wird dem Patienten eine

Die Vergabe von Geldern im Gesundheitswesen muss wesentlich unbürokratischer erfolgen.

derne soziale Marktwirtschaft bietet und das ist nun mal nicht allein das lohnabhängige Arbeitsverhältnis. Das Geld muss aber vor allem da landen, wo Menschen direkt am Patienten arbeiten. Dazu ist zuallererst Transparenz notwendig, denn derzeit versickert viel zu viel Geld in Bereichen, die mit der Behandlung von Patienten kaum etwas zu tun haben.

Gesundheit ist aber nicht zu verstehen als eine optimale Behandlung von Krankheiten, es muss dafür gesorgt werden, dass die Menschen ein glücklicheres Leben genießen können. Dazu ist

Rechnung für die medizinische Leistung erstellt, die vom Patienten selbst bezahlt wird. In Fällen, in denen die Bezahlung aus finanziellen Gründen nicht möglich ist, wird die Rechnung an die Krankenkasse weitergeleitet und von dieser bezahlt, ohne dass die Diagnose weitergegeben wird. Nur in Grenzfällen der Medizin (z.B. die Behandlung mit teuren hochtechnischen Geräten) entscheidet ein Gremium, etwa der GBA, über die Frage der Erstattung. Gleiches gilt auch für die Bezuschussung von Kliniken, die durch eine ungünstige Konstellation mit der normalen Bezahlung ihrer

Leistungen nicht zurecht kommen. Kontrolle muss sein, aber nicht eine Überbürokratisierung der normalen Arzt-Patient-Interaktion. Das enge Vertrauensverhältnis zwischen Arzt und Patient ist ein viel zu hohes Gut, um es monetären Kriterien unterzuordnen. Die elektronische Gesundheitskarte mit der zentralen Erfassung von Gesundheitsdaten ist aus Datenschutzgründen viel zu gefährlich und die Feldversuche dazu müssen deshalb beendet werden.

Das Personal in den Krankenhäusern braucht eine vernünftige Bezahlung und genügend Zeit, um zum Beispiel auch Hygienemaßnahmen in notwendigem Umfang durchzuführen. Die Vergabe von Leistungen im Krankenhaus an Fremdfirmen führt zu einer weiteren Beeinträchtigung der Hygiene. Die zusätzliche Einstellung einer Hygienefachkraft ist da oft nur ein Tropfen auf den heißen Stein und führt gerade bei den kleineren Krankenhäusern zu einer weiteren finanziellen Belastung.

Es ist fünf vor zwölf, aber keine der im Parlament vertretenen Parteien will die vorhandenen Probleme wirklich lösen – alle kurieren nur an den Symptomen. Es ist Zeit für einen Wechsel!

Hinweis: Den kompletten Text können Sie unter www.oedp.de lesen.

Hanns-Dieter Schlierf,
von Beruf Arzt,
Mitglied im Bundesvorstand der ÖDP, Vorsitzender der Bundesprogrammkommission und Vorsitzender des Bundesarbeitskreises Gesundheitspolitik
praxis@dschlierf.de



VORSCHAU

ÖkologiePolitik im November 2013

Kommunalpolitik

Für den Wähler ist Kommunalpolitik interessant, weil sie mit seinem Lebensalltag zu tun hat. Es geht um Straßen und Parkplätze, Grün- und Sportanlagen, Neubauten und Sanierungen, Kindergärten und Schulen, Kultureinrichtungen und Biergärten. Es geht aber auch zunehmend um Nachhaltigkeit. Oft stehen dabei einzelne Prestigeprojekte im Mittelpunkt, doch letztlich muss die Stadt als Ganzes ihren Energie- und Ressourcenverbrauch reduzieren. Das erfordert ganzheitliches Denken und einen langen Atem. Doch da die Distanz zwischen Politik und Bürgern nicht so groß ist wie auf Landes- und Bundesebene, gibt es überraschend große Zustimmung und viele positive Ansätze. Allerdings gibt es auch viele Fehlentwicklungen – allen voran die Privatisierung von öffentlichen Aufgaben und öffentlichem Eigentum.

Bei Unzustellbarkeit, Mängeln in der Anschrift und Umzug, Anschriftenberichtigungskarte!



Karikatur: Christiane Pfohlmann

TERMINE

So. 15.09.2013	Landtags- und Bezirkstagswahlen in Bayern	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Baden-Württemberg
So. 22.09.2013	Landtagswahl in Hessen	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz
So. 22.09.2013	Bundestagswahl	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen
Sa. – So. 05. – 06.10.2013	Landsvorstandsklausur der ÖDP Baden-Württemberg (n.n.)	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Hamburg
Sa. 19.10.2013	Landesparteitag der ÖDP Baden-Württemberg (im Raum Stuttgart)	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Sachsen
Sa. – So. 23. – 24.11.2013	ÖDP-Bundesparteitag (in Eichstätt)	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Sachsen-Anhalt
Sa. 30.11.2013	Landesparteirat der ÖDP Baden-Württemberg (in Stuttgart)	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Thüringen
So. 16.03.2014	Kommunalwahlen in Bayern	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Brandenburg
So. 25.05.2014	Wahl zum Europäischen Parlament	So. 25.05.2014	Kommunalwahlen in Mecklenburg-Vorpommern
		So. 25.05.2014	Kommunalwahlen im Saarland
		Herbst 2014	Landtagswahl in Sachsen
		Herbst 2014	Landtagswahl in Thüringen
		Herbst 2014	Landtagswahl in Brandenburg